

Preußische Allgemeine



Nr. 2 · 14. Januar 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Sehnsucht nach der heilen Welt

Der „Bergdoktor“ praktiziert wieder. Was der Erfolg der Serie über die Gefühlslage der Republik sagt **Seite 3**



Studie Der Islamismus an Berliner Schulen breitet sich aus **Seite 5**



Vor 30 Jahren Erste Urteile in Prozessen gegen DDR-Mauerschützen **Seite 11**

AUFGEFALLEN

Bedenkliches Gedenken

Am vergangenen Sonntag war es wieder soweit. Die Spitze der Linkspartei erinnerte an der „Gedenkstätte der Sozialisten“ in Berlin-Friedrichsfelde an die Ermordung der Kommunistenführer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 15. Januar 1919 durch rechte Freikorpskämpfer. In der DDR war dieser Tag jahrzehntelang ein zentraler Fixpunkt der offiziellen Gedenkkultur, der daran erinnern sollte, wohin das Scheitern der Arbeiterklasse in der Weimarer Republik geführt hatte, und der zugleich die Kommunisten als Opfer politischer Verfolgung hinstellte.

Um so erstaunlicher, dass der 15. Januar seit Jahren auch im vereinten Deutschland beinahe wie ein normaler Gedenktag begangen wird. Die „Tagesschau“ berichtete am Sonntag ebenso kritiklos darüber wie der bürgerliche „Tagesspiegel“. Kein Wort etwa davon, dass „Karl und Rosa“ keineswegs aufrechte Demokraten waren, die für die Sache der ersten deutschen Republik kämpften, sondern politische Extremisten, die wiederholt Aufstände anzettelten, um auch in Deutschland ein Räteresystem nach sowjetrussischem Vorbild zu errichten.

Interessant ist hierbei auch, woran in der Berliner Republik nicht erinnert wird. Etwa an die Ermordung von Matthias Erzberger und Walther Rathenau durch ebenfalls rechte Freikorpskämpfer. Beide waren Politiker der bürgerlichen Mitte, deren Ermordung die Republik von Weimar irreversibel beschädigte, während der Tod von Liebknecht und Luxemburg – so verwerflich die Tat auch war – die deutsche Demokratie im Ergebnis stabilisierte. *neh*

CORONA-POLITIK

Es ist Zeit, die Kinder in die Freiheit zu entlassen

Rund zwei Jahre nach Beginn der Pandemie werden die Kollateralschäden für die Jüngsten der Gesellschaft immer offensichtlicher

VON RENÉ NEHRING

Diese Zahl erschüttert: Bis zu 500 Kinder und Jugendliche sollen in Deutschland während des zweiten mehrmonatigen Lockdowns vor rund einem Jahr versucht haben, sich das Leben zu nehmen. Das ist laut Christian Dohna-Schwake, Leiter der Essener Kinderintensivstation, das Ergebnis einer Untersuchung des Universitätsklinikums Essen.

Die Zahl von 500 Suizidversuchen erschüttert nicht nur, sie wirft auch Fragen auf. Allen voran: Wie konnte es passieren, dass die deutsche Öffentlichkeit von den hundertfachen Dramen in den Familien nichts mitbekam? Im Frühjahr 2021 brachten parteiübergreifende Abgeordneten-Gruppen im Bundestag Anträge zur Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz ein. Hat niemand von ihnen sich erkundigt, wie es den Kindern in diesem Lande gerade geht? Oder interessieren sich die Abgeordneten gar nicht für die Kinder, sondern nur für den schönen Schein, der von diesem Thema ausgeht?

Und wo waren die deutschen Medien, die seit zwei Jahren jeden noch so kleinsten Anstieg der Corona-Zahlen mit einem „Brennpunkt“ oder einem „Spezial“ begleiten? Dass „man“ wissen konnte, wenn man denn wollte, hat die *Preußische Allgemeine Zeitung*, die wiederholt auf die Nöte der Familien verwies, gezeigt.

Eine der ganz wenigen, die früh auf die Dramen in den deutschen Kinderzimmern hingewiesen hat, ist die ehemalige Familienministerin Kristina Schröder. Ihre Amts-Vor-Vorgängerin Angela Merkel war als Kanzlerin hingegen stets vorneweg, wenn es galt, Schulen zu schließen und den Freizeitsport zu verbieten – entgegen den Appellen und Warnungen von Kinderärzten, Psychologen, Lehrern und Betreuern. Während Kinder millionenfach unter dem Mangel an Bewegung, unter der Trennung von ihren Freunden, unter der Enge in den elterlichen Wohnungen und zehntausendfach unter häuslicher Gewalt litten, wurde ihnen – ohne jeden Beleg – von den politischen Entscheidern unterstellt, dass sie eine Gefahr für ihre Großeltern seien.

Irreversible Entwicklungsschäden

Dabei ist hinlänglich bekannt, wie prägend die frühen Jahre für das gesamte Leben eines Menschen sind. Hier werden nicht nur die Grundlagen für die Bildung und sozialen Kompetenzen eines Menschen gelegt, sondern auch die Basis für eine gesunde Entwicklung des Körpers und seines Immunsystems. Vor diesem Hintergrund ist bereits jetzt abzusehen, dass Teile der „Generation Corona“ zeitlebens mit Lernrückständen, Störungen in der Sozialentwicklung sowie Krankheiten wie Depressionen und Adipositas zu kämpfen haben werden.

Fast zeitgleich zur Essener Studie veröffentlichten zum Jahresbeginn Detlev Krüger, langjähriger Leiter des Virologischen Instituts der Berliner Charité, und Klaus Stöhr, langjähriger Leiter des Globalen Influenza-Programms und SARS-Forschungskoodinator der WHO, zusammen mit anderen Medizinerinnen einen eindringlichen Appell, die immer noch geltenden Quarantäne- und Testregelungen für Kinder endlich aufzuheben. Die Kinder, so die Wissenschaftler, hätten bislang einen erheblichen Beitrag zur Bewältigung der Corona-Pandemie geleistet – mit gravierenden Nachteilen, unter deren Folgen sie „noch Jahre leiden“ werden.

Den Kritikern der Corona-Maßnahmen wurde im Laufe der letzten zwei Jahre vorgehalten, wissenschaftliche Fakten zu ignorieren. Mit der Essener Studie und dem Appell von Krüger/Stöhr liegen nun gewichtige Befunde und Stimmen aus der Wissenschaft vor, die in Bezug auf die Lage der Kinder eine klare Sprache sprechen. Eine Fortsetzung der Corona-Maßnahmen gegen die Kleinsten in unserer Gesellschaft ist nicht mehr zu rechtfertigen.

Und sollte irgendwann eine veränderte Lage neue Maßnahmen auch für Kinder erforderlich machen, dann nur, wenn diese Maßnahmen auch tatsächlich ihrem Schutz dienen – und nicht den Interessen der Erwachsenen. Diese haben nicht das Recht zu entscheiden, dass sich die Jungen für die Alten zu opfern haben.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Wie Linksextremisten versuchen, die Corona-Protteste zu infiltrieren **Seite 4**

Kultur

Das Frankfurter Städel zeigt den Aufstieg Rembrandts zum Star des 17. Jahrhunderts **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Das Heimatmuseum von Jurij Userzow in Kraupischken nimmt langsam Gestalt an **Seite 13**

Lebensstil

Wie Manager mit Lego-Steinen lernen, Probleme besser zu lösen **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Luca App Nach anfänglicher Euphorie erwägen anscheinend etliche der 13 Bundesländer, die Lizenzverträge abschlossen, diese bis Ende März laufenden Verträge nicht zu verlängern – oder gar vorzeitig auszusteigen

„An der Realität vorbei entwickelt“

Warum die anfängliche Begeisterung für das Anwendungsprogramm allmählicher Ernüchterung weicht

VON WOLFGANG KAUFMANN

Gleich nach Ausrufung der COVID-19-Pandemie im März 2020 begann die Entwicklung von speziellen Anwendungsprogrammen (Apps) für Mobiltelefone zur Erleichterung der Kontaktnachverfolgung bei positiv Getesteten. Einige Monate später stellte das kleine Berliner IT-Unternehmen neXenio GmbH seine Luca App vor. Für die machte dann vor allem der Rapper Michael Bernd Schmidt alias Smudo von der Musikgruppe „Die Fantastischen Vier“ mit Sätzen wie „Die Pandemie betrifft uns alle ... Nicht motzen, sondern mitmachen“ medienwirksam Werbung.

Missachtung von Urheberrechten

Im Unterschied zur anonym arbeitenden Corona-Warn-App des Robert-Koch-Institutes ist die Luca App prinzipiell in der Lage, die konkreten Daten von Personen mit Kontakten zu positiv Getesteten in Geschäften, Restaurants, Veranstaltungsräumen und anderswo digital an die Gesundheitsämter zu übermitteln. Damit soll sie helfen, sogenannte Infektionsketten schnell und effektiv zu unterbrechen.

Gravierende Sicherheitslücken

Aufgrund dieses vermeintlichen Vorteils entschieden sich mit Ausnahme von Sachsen, Thüringen und Nordrhein-Westfalen alle übrigen Bundesländer für den Erwerb von Lizenzen zur Nutzung der Anwendung. Inzwischen ist auf die Euphorie allerdings Ernüchterung gefolgt. So bezeichnete die Programmiererin Bianca Kastl, die mehrere Pilotprojekte der Gesundheitsämter zur Einführung des Programms unterstützte, die Luca App als „tot“, sowohl „technologisch“ als auch „in der Wirkung“, „denn Luca wurde an der Realität vorbei entwickelt“.

Gigantischer Datenwust

Und tatsächlich gibt es eine lange Liste von Kritikpunkten, auf die ganz unterschiedliche Institutionen, Gruppierungen und Personen wie das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), der Chaos Computer Club (CCC), der frühere Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Peter Schaar, diverse Länder-Daten-



Hat sich weitgehend durchgesetzt: Kontaktverfolgung per Luca App

Foto: imago images/Sven Simon

schutzbeauftragte und Leiter von Gesundheitsämtern sowie 70 führende deutsche IT-Sicherheitsexperten verwiesen haben. Beispielsweise werden in der Anwendungssoftware einfache Programmkomponenten anderer Entwickler unter klarer Missachtung von deren Urheberrechten verwendet.

Gefährdung von Gesundheitsämtern

Außerdem weist die Luca App gravierende Sicherheitslücken auf, die sie anfällig für Missbrauch machen. So werden die Daten zwar zweifach verschlüsselt, jedoch ist der Code relativ leicht zu knacken.

Als besonders problematisch gilt auch die zentrale Speicherung der individuellen Kontaktdaten der Nutzer der App. Sie sind ein lohnendes Ziel für Hacker jedweder Art, weil sich aus ihnen beispielweise persönliche Bewegungsprofile sowie Aussagen über die Zugehörigkeit zu bestimmten Menschengruppen ableiten lassen. Das gilt gleichermaßen für die Teilnahme an religiösen und politischen Veranstaltungen wie privaten Treffen. Andererseits

ist die Anmeldung mit falschen Kontaktdaten oder das Fingieren des Aufenthalts an einem Ort möglich.

Ausstieg in Vorbereitung

Aus der Sicht der Gesundheitsämter produziert die Luca App nur einen gigantischen Datenwust und erhöht damit letztlich den Arbeitsaufwand der Mitarbeiter, anstatt ihn zu reduzieren. Viele Gesundheitsämter ignorieren daher erklärtermaßen die Informationen der App über mögliche Kontaktpersonen von positiv Getesteten.

Diesen für die Krankheitsbekämpfung offenkundig wenig wertvollen Informationen steht die Gefahr gegenüber, dass Computer-Kriminelle via Luca nicht nur persönliche Daten der Nutzer stehlen, sondern auch die IT-Systeme der Gesundheitsämter sabotieren, um beispielsweise Erpressungstrojaner zu installieren oder Dateien zu sperren. Ferner entzündete sich Kritik an der parallel angestrebten kommerziellen Nutzung der Marke Luca, beispielsweise durch eine Verknüpfung mit Ticket-Reservierungsprogrammen oder Zugangskontrollsystemen bei sportlichen und kulturellen Veranstaltungen. Obwohl all diese Probleme, Mängel und Risiken schon beizeiten bekannt wurden und der CCC schließlich sogar eine „Bundesnotbremse für die Luca App“ forderte, investierten die Bundesländer insgesamt rund 25 Millionen Euro in den Erwerb der Software, weil sie auf eine bessere Überwachung ihrer Bürger in der Pandemie hofften.

„Geldverbrennungsmaschine“ Allerdings scheint es mittlerweile so, dass etliche Länder erwägen, die noch bis Ende März laufenden Lizenzverträge nicht zu verlängern. Darüber hinaus denkt Brandenburg inzwischen sogar über den vorzeitigen Ausstieg nach. Furore machte zudem auch die Warnung des hessischen SPD-Bundestagsabgeordneten und Digitalexperten Jens Zimmermann, der ganz offen von einer „Geldverbrennungsmaschine“ sprach und von der weiteren Nutzung der Luca App abriet.

„Geldverbrennungsmaschine“

„Geldverbrennungsmaschine“

CORONA-GEWINNLER

Fantastische Epidemiefprofite mit Staatshilfe

Die ARD ermöglichte Sänger Smudo Werbung in eigener Sache, und Mecklenburg-Vorpommern ignorierte die Konkurrenz

Entwickelt wurde das Luca-App-System von dem Berliner Unternehmen neXenio GmbH. Dabei handelt es sich um eine Patrick Henning, Philipp Berger und Christoph Meinel gehörende Ausgründung des privaten Hasso-Plattner-Institutes für Digital Engineering. Dahingegen erfolgt die Vermarktung der Anwendungssoftware durch die ebenfalls in Berlin ansässige Culture4Life GmbH mit den Geschäftsführern Patrick Hennig und Marcus Trojan. Anteilseigner sind neXenio mit 41 Prozent, Marcus Trojan mit 27,5 Prozent, die Fantastic Capital Beteiligungsgesellschaft UG mit 22,9 Prozent und die Centineo Investment I GmbH & Co KG mit 8,3 Prozent.

Laut dem Internetauftritt der Luca App stehen hinter der im November 2020 gegründeten Fantastic Capital Beteiligungsgesellschaft vorrangig die Mitglieder der Musikgruppe „Die Fantastischen Vier“. Von daher hat es ein Geschmäckle, wenn der Frontmann dieser Band, Michael Bernd Schmidt alias Smudo, in der ARD-Talkshow von Anne Will und bei diversen anderen Gelegenheiten eindringlich für die Kontaktnachverfolgungs-Software geworben hat.

„Smudos Steuer-Millionengrab“

Die also von einem privatwirtschaftlichen Unternehmen mit eindeutiger Gewinnerzielungsabsicht in Umlauf gebrachte

Luca App wurde überstürzt von 13 der 16 Bundesländer und mit Steuergeldern erworben. Die Infektionsschutzverordnung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, das am 8. März vergangenen Jahres 440.000 Euro für die Luca-App-Lizenz zahlte, enthielt sogar Passagen, welche die Nutzung der Software durch Gastronomen und Veranstalter vorschrieben.

Umso brisanter ist ein Urteil des Oberlandesgerichtes Rostock vom 11. November, dem zufolge der Kauf ohne vorherige Ausschreibung rechtswidrig war, denn trotz aller Dringlichkeit habe durchaus die Möglichkeit bestanden, auch Angebote anderer Anbieter einzuholen. Tatsächlich gab es von denen mehr als dreißig.

„Die Luca App ist nicht der einzige Fall, bei dem COVID-Glücksritter weit über ein angemessenes Niveau hinaus Kapital aus der Pandemie schlagen“

Linus Neumann
Sprecher des CCC

Mecklenburg-Vorpommern war keineswegs ein Einzelfall. Mehrere andere Bundesländer verfahren genauso.

„Zwielichtige Vergabepraxis“

Insofern scheint der IT-Sicherheitsberater und Sprecher des Chaos Computer Club, Linus Neumann, Recht zu haben, wenn er die „zwielichtige Vergabepraxis“ rund um „Smudos Steuer-Millionengrab Luca App“ geißelt und den Verkauf der Software an den Staat als typisches Beispiel dafür bezeichnet, wie „COVID-Glücksritter weit über ein angemessenes Niveau hinaus Kapital aus der Pandemie schlagen“.

W.K.

CORONA-APPS

Noch ist keine perfekte auf dem Markt

Während viele Staaten gleich zu Beginn der Corona-Pandemie auf die Nutzung von Mobiltelefon-Apps zur Kontaktnachverfolgung setzten, machte sich unter IT-Experten Skepsis breit, was die Brauchbarkeit dieser Softwarelösungen betraf. So listete der renommierte US-amerikanische Computer-Sicherheitsfachmann Bruce Schneier vom Berkman Center for Internet & Society in Harvard im Frühjahr 2020 eine Reihe von Gründen dafür auf, dass die Corona-Apps schwerlich die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen könnten, getreu seinem Credo: „Wenn Sie glauben, Technologie könne Ihre ... Probleme lösen, dann verstehen Sie die Probleme nicht oder Sie verstehen die Technologie nicht.“

Dass Anwendungen wie die Luca App kein Allheilmittel zur Beendigung der COVID-19-Pandemie sind, ergibt sich schon daraus, dass in der Bundesrepublik nur 41 Prozent der Menschen im Rentenalter Smartphones benutzen. Dennoch haben die digitalen Heilserwartungen hierzulande mittlerweile zur Entwicklung einer Vielzahl von Lösungen zur elektronischen Kontaktnachverfolgung geführt.

Das Gleiche gilt für das Ausland. So sind mittlerweile in fast allen europäischen und asiatischen Staaten nationale Corona-Apps verfügbar. Dabei zeigt sich, dass die Software eher Nutzen bringt, wenn der Datenschutz keine Rolle spielt, wie im Falle von TraceTogether in Singapur, und die Bevölkerung dies toleriert. Andernfalls führt jeder Schritt hin zu einer De-Anonymisierung der Nutzer zu Akzeptanzverlusten oder gar Boykotten.

Darüber hinaus kann der zu häufige Einsatz von Kontaktnachverfolgungs-Software zu Schwierigkeiten führen, wenn diese technisch bedingt massenhafte Fehlalarme auslöst oder die Gesundheitsbehörden durch nicht mehr zu bewältigende Datenmengen überfordert. Letztlich gibt es bis heute nirgendwo auf der Welt eine perfekte Corona-App. Wenn dem so wäre, dann hätte diese sich längst zum Verkaufsschlager ohnegleichen entwickelt.

W.K.

Die große Sehnsucht nach Normalität

Der ZDF-„Bergdoktor“ geht in die 15. Staffel. Für ein Millionenpublikum ist der TV-Arzt längst für mehr zuständig als für die Leiden seiner fiktiven Patienten. Was der Erfolg einer populären Fernsehserie über die emotionale Lage der Nation aussagt

VON REINHARD MOHR

Nun saust er wieder in seinem alten nickelgrünen Mercedes 200, 94 PS, Baujahr 1979, über Berg und Tal am „Wilden Kaiser“ in den Tiroler Alpen: Dr. Martin Gruber, der legendäre „Bergdoktor“ ist wieder da, jeden Donnerstagabend im ZDF um 20.15 Uhr.

Zwischen Intensivstation und Bergbauernalltag, rätselhaften Virenstämmen und dramatischen Felsstürzen schieben sich traumhaft schöne Bildsequenzen aus dem ewigen Luis-Trenker-Fundus, der daran erinnert, dass Filme wie „Der Berg ruft“ und „Flucht in die Dolomiten“ immer schon die notorische Sehnsucht nach Freiheit und Abenteuer, unberührter Natur und seelischer Geborgenheit stillten.

Therapeut der Fernsehnation

Nicht nur von seinen TV-Patienten, sondern auch von den bis zu acht Millionen Zuschauern wird die Ankunft des „Bergdoktors“ im Januar 2022, zu Beginn des dritten Corona-Jahres, so dringend erwartet wie nie. Denn der österreichische Schauspieler Hans Sigl, 52, Titelheld der äußerst erfolgreichen Fernsehserie, die nun in die 15. Staffel geht, ist nicht nur für Fettleber, komplizierte Herzklappenprobleme und infektiösen Reizdarm zuständig, sondern vor allem für das seelische Wohlbefinden des Fernsehpublikums, das längst weit über die deutschsprachigen Länder Europas hinausreicht. Selbst aus Japan pilgern inzwischen Touristen zu den pittoresken Drehorten zwischen Ellmau, Söll, Schelfau und Going. Im Sommer gibt es sogar „Fan-Feste“ am „Wilden Kaiser“.

Unzweifelhaft ist der Bergdoktor vor allem ein telepathischer wirkender Seelendoktor. „Es ist ja auch kein Zufall, dass zwei archaische Begriffe im Serientitel sind: Berg und Doktor. Das berührt bei den Leuten was“, sagte Sigl kurz vor Weihnachten dem „Spiegel“.

Doch nicht alle wollen dazu stehen. Schon gar nicht Akademiker, die eigentlich fünfstündige Beckett-Adaptionen im Experimentalkino bevorzugen sollten. Eine gestandene Universitätsprofessorin, so Hans Sigl im Gespräch mit dem Autor anno 2017, habe ihm einmal leise zugeflüstert, dass sie den „Bergdoktor“ schaue, ebenso wie ihr Mann, gleichfalls Professor. Ein echtes Geständnis, fast wie im Beichtstuhl.

Sigls nicht ganz abwegige Vermutung: „Viele Zuschauer aus den gebildeten Ständen wollen nicht zugeben, dass sie am Ende geweint haben, wenn jemand im Krankenhausbett gestorben ist.“ Kommt hier also zur zeitgeist- und klimabedingten Flug- und Mallorca-Scham auch noch die „Bergdoktor“-Scham, die Erbsünde verbotener Gefühle von Sehnsucht nach Heimat und Geborgenheit vor wild gezackten Gipfelpanoramen?

„Manchmal kommt es mir so vor, als würden wir eine Art Alpen-Porno drehen“ – Sigls vor Jahren halb ernst, halb ironisch geäußerte Befürchtung, als verlogene Heimatschmus-Peepshow für Spießler mit Berghüttenhintergrund zu gelten, hat sich längst erledigt. Denn er hat „eine Fangemeinde“, so schreibt die Frauenzeitschrift „Brigitte“ in ihrem aktuellen sieben Seiten langen Porträt, „die es sonst nur im Fußball gibt“.

Darunter ist auffallend viel junges Publikum. Bei den 14- bis 49-Jährigen erzielte der Bergdoktor zuletzt einen Marktanteil von über zehn Prozent, doppelt so viel wie im sonstigen Programm bei der Generation Netflix. In der Mediathek wurde die letzte Staffel allein bis April 16,2 Millionen Mal abgerufen.

Aber was ist es eigentlich genau, was sogar die Feministin Alice Schwarzer, bekennender „Bergdoktor“-Fan, vor den Fernseher lockt? Hans Sigl meint es zu wissen: „Die Se-



TV-Serie mit therapeutischer Wirkung: „Bergdoktor“ Martin Gruber (links), ist nicht nur für komplizierte Herzklappenprobleme und infektiösen Reizdarm zuständig, sondern vor allem für das seelische Wohlbefinden der Fernsehnation

rie ist der reine Eskapismus“, sagt er dem „Brigitte“-Reporter. Ein Fluchtrefflex also.

Auch wenn es nicht alles erklärt: Da ist etwas dran. Denn in diesen eher dunklen Wintertagen stöhnen viele Zeitgenossen, ob geimpft oder ungeimpft, doppelt geimpft, getestet oder geboostert, ob Querdenker oder Nachdenker, ob binär oder non-binär-divers, weiß oder schwarz: Ich kann nicht mehr, ich will nicht mehr! Ich will hier raus, weg aus diesem Endlos-Albtraum! Sind wir ein Land am Rande des Nervenzusammenbruchs?

Genervt vom Alltag

Es beginnt früh im ZDF-Morgenmagazin und endet irgendwann nach Mitternacht: 2G, 2G-plus, 3G, dritte, vierte, fünfte Welle, Omikron und Deltakron, Schulen schließen oder nicht, Hochrisikogebiet und Quarantäne, die 17. Ministerpräsidentenkonferenz mit Beschlussvorlage, Impfpflicht oder nicht, wenn ja, wann und für wen, Ethikrat und Expertenrat, Leopoldina und Lockdown light, RKI, Drossten, Streeck und Kekulé, Dr. Melanie Brinkmann (nicht verwandt mit dem Chefarzt der „Schwarzwaldklinik“), Heerscharen von Intensivmedizinern, Inzidenz-Propheten, Infektiologen, Epidemiologen, Statistikprofessoren und Bundesärztekammerpräsidenten, Kassandras und Kubickis. Und über allem thront Karl Lauterbach, der den Refrain eines berühmten Liedes zu seiner persönlichen Wahrheit gemacht hat:

„Über sieben Brücken musst du gehen
Sieben dunkle Jahre überstehst
Sieben Mal wirst du die Asche sein
Aber einmal auch der helle Schein.“

Er hat es geschafft: Er ist Bundesgesundheitsminister geworden und laut „ARD-Deutschlandtrend“ der beliebteste Politiker des Landes – noch vor Bundeskanzler Scholz.

Doch jeder hat seine Schmerzgrenze. Bei mir war es letzte Woche soweit: Nach der dritten Corona-3G-Impfpflicht-Quarantäne-FFP2-Masken-Anmoderation der wie stets putzmunter aufgedrehten Moderatorin und dem nachhaltig zerknautschten, miesepetrigem Gesicht des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich, habe ich, mit der Tasse Kaffee am Schreibtisch sitzend, wildentschlossen vom ARD-Morgenmagazin auf 3Sat umgeschaltet, wo sich unter folkloristisch-regionaltypischen Klängen jeden Mor-

gen ein alpines Schneepanorama – vom Gröden-Tal in Südtirol über Lech am Arlberg bis nach Oberstdorf im Allgäu – ans andere reiht.

Und das kleine Wunder geschah: Der beruhigende, heilende Effekt trat unmittelbar ein. Mir ging es gleich viel besser. Es wirkt: Augen-Yoga für die Seele.

Die herrlichen, weiß bedeckten Alpengipfel, über denen hier und da die Sonne aufgeht, erinnern die geplagten Zeitgenossen auch daran, dass es noch eine Welt jenseits von Corona gibt; dass das Leben, von dem die Italiener seit je behaupten, es sei „bella“, mehr ist als die Summe der Weltprobleme, die uns pausenlos serviert werden. Und siehe: Die Anziehungskraft des Vertrauten ist gewaltig, sie berührt tatsächlich den Grund der Menschenseele von Kindheit an – ob beim charismatischen „Bergdoktor“, den sich jeder als Hausarzt wünscht, oder den Bildern majestätischer Naturschönheiten, die manch einer schon auf Skiern im Tiefschnee durchquert hat.

Nicht ohne Grund setzt die melodramatische Fernsehserie auf den Wiedererkennungseffekt, auf Wiederholung, Traditionen, Rituale, vertraute Bilder aus vergangenen Tagen. Es ist ein bisschen so wie bei geliebten Urlaubs- und Lebensorten, die für Kindheit und Jugend prägend waren: Sie werden zu Archetypen glücklicher Augenblicke, in die man intuitiv immer wieder zurückstrebt.

Zwei Jahre Corona, von den anderen Großkatastrophen nicht zu reden, haben die Grundlagen des individuellen wie gesellschaftlichen Vertrauens erschüttert. Wohin man schaut: Unsicherheit, Risikofurcht, Streit, Zukunftsangst – eine Melange, die sich immer häufiger gewalttätig entlädt, auch wenn sich die Mehrheit noch zusammenreißt. Jürgen Habermas sprach in den achtziger Jahren von einer „neuen Unübersichtlichkeit“. Heute könnte man von einer „neuen Desorientierung“ reden, dessen politisches Opfer Nummer 1, dies nebenbei, die Christdemokraten sind. Sie wissen nun überhaupt nicht mehr, wer sie sind: „weltoffen“, aber ortlos.

Unbeschwerter Freude, gar Fröhlichkeit und Ausgelassenheit jedenfalls sind so selten geworden wie Humor und Ironie, die schon allein von der gendgerechten Korrektheit gnadenlos unter Beschuss genommen werden.

Das Rund-um-die-Uhr-Bombardement immer neuer Negativmeldungen erzeugt bei

den einen Panik bis zur Hysterie, bei anderen eine aggressive, teils depressiv unterlegte Gleichgültigkeit, die sich bis zur wahllosen Menschenfeindlichkeit steigern kann. Selbst die Edeka-Kassiererin um die Ecke erzählt von immer mehr fleghaftem Verhalten, offener Feindseligkeit bis zu körperlichen Attacken. Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste können ein Lied davon singen.

Das, was Politiker phrasenhaft die „Spaltung der Gesellschaft“ nennen – oder, wie Kanzler Scholz, genauso phrasenhaft leugnen – besteht im Kern aus der wachsenden Kluft zwischen Teilen der Bevölkerung, ihren Sorgen, Wünschen und Alltagserfahrungen und der volkspädagogisch belehrenden Rhetorik der politisch-medialen Klasse.

Trotz aller abstrakten Appelle zum „Zusammenhalt der Gesellschaft“ fällt es der Politik schwer, mit jenen Gefühlen und Bedürfnissen der normalen Leute umzugehen, die der fiktive Bergdoktor ersatzweise und exemplarisch bedient: dort, wo man lebt, zu Hause zu sein, am richtigen Ort, umgeben von den richtigen Leuten in halbwegs überschaubaren sozialen Zusammenhängen, beachtet und respektiert von der politischen Führung des Landes, die im besten Fall noch eine glaubwürdige und akzeptierte Autorität verkörpert. Doch „Heimat“ gehört immer noch zum vergifteten Vokabular in Deutschland, auch wenn die Grünen hier und da versuchen, den einst als „reaktionär“, ja „fascistoid“ geltenden Begriff umzudeuten und für sich zu reklamieren.

Vernachlässigung der Gefühlslagen

Die sträfliche Vernachlässigung psychologischer und emotionaler Aspekte durch die offizielle Politik, die glaubt, immer nur noch mehr Milliarden „in die Hand nehmen“ zu müssen, um „sozialen Ausgleich“ zu schaffen, ist in Deutschland womöglich auch eine Folge des traumatischen Schocks aus der Epoche der Weimarer Republik: Hyperinflation, Massenarbeitslosigkeit, soziale Unruhen, Aufstieg der NSDAP – Hitler. Bis heute spielt die untergründige Angst eine Rolle, bei einer globalen Wirtschaftskrise, womöglich im Zusammenwirken mit Terrorattacken und dramatischen Veränderungen des Weltklimas, könnten die Dämme der Demokratie in Deutschland brechen. Die Corona-Pandemie kommt als Spaltpilz und Krisenbeschleuniger noch hinzu.

Doch gerade jetzt ist ein gebetsmühlhafter Zeitgeistkanon von „Weltoffenheit“, „Nachhaltigkeit“ und „Diversität“, der sich mit deutscher Hypermoral und dem aggressiven Partikularismus immer neuer Minderheiten verbindet, der falsche Weg, die Gefahr zu bannen. Weltrettungsrhetorik und politische Korrektheit ersetzen nicht die Vertrauensbasis einer Volksnähe, auf die sich sogar ein Intellektueller wie Willy Brandt verstand – trotz seiner notorischen Unnahbarkeit.

So ist die Sehnsucht nach dem Bergdoktor nicht nur ein Indiz für die immer schon bestehende Neigung, sich wenigstens für ein paar Stunden aus dem Wahnsinn des Alltags zu verabschieden. Sie ist auch ein Warnzeichen für die Politik in Zeiten, da Sonntagsreden nicht mehr reichen – weder auf der Basis von 1G, 2G, 2G plus noch 3G.

Leider macht das politische Spitzenpersonal, von dem so gar keine persönliche Überzeugungskraft ausgeht, weder Charisma noch belastbare Glaubwürdigkeit, wenig Hoffnung. In dieser Hinsicht hat es der Bergdoktor leichter: Ihm werden die guten Geschichten auf den Leib geschrieben.

● Reinhard Mohr war von 1996 bis 2004 Redakteur des „Spiegel“ und bis 2010 Autor von „Spiegel Online“. Zuletzt erschien „Deutschland zwischen Größenwahn und Selbstverleugnung. Warum es keine Mitte mehr gibt“ (Europa Verlag 2021).

www.europa-verlag.com

MELDUNGEN

„Kalender der Vielfalt“

Berlin – Die Zentralstelle für Prävention beim Berliner Landeskriminalamt hat in einem „Kalender der Vielfalt“ für das Jahr 2022 den antisemitischen Al-Quds-Tag in einer Reihe mit christlichen, jüdischen und hinduistischen Feiertagen aufgeführt. Der Al-Quds-Tag wird jedes Jahr am letzten Freitag des muslimischen Fastenmonats Ramadan von Feinden Israels veranstaltet. Nach Kritik hat die Berliner Polizei den im Intranet veröffentlichten „Kalender der Vielfalt“ inzwischen zurückgezogen und eine Überarbeitung angekündigt. Laut Angaben der Polizei sollte der Kalender einen „Überblick über Gedenk- und Feiertage“ sowie „polizeilich relevanter Tage“ geben. Karsten Woldeit, der innenpolitische Sprecher der Berliner AfD-Fraktion, bezeichnete die Herausgabe eines „Kalenders der Vielfalt“ durch die Polizei als eine „schwer erträgliche Instrumentalisierung der Polizeibehörde für eine dubiose Vielfaltsideologie“.

N.H.

Extremismen im Vergleich

Karlsruhe – Entgegen anderslautenden Behauptungen der Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) scheint die größte Bedrohung für die Demokratie in Deutschland weniger vom Rechts- denn vom islamischen Extremismus und Terrorismus auszugehen. Darauf lassen zumindest die Zahlen über die neu eingeleiteten Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe schließen. Von Anfang Januar bis Ende Oktober vergangenen Jahres hat diese Justizbehörde 210 Ermittlungsverfahren eröffnet, die sich gegen muslimische Extremisten oder Terrorverdächtige richten. Dahingegen gab es lediglich zehn neue Verfahren gegen Linksextreme und fünf gegen Rechtsextreme. 2020 war das Verhältnis ähnlich. 372 Ermittlungsverfahren gegen radikale Moslems standen zehn gegen rechte und vier gegen linke Extremisten gegenüber.

N.N.

Neuer Bericht der BAMF

Nürnberg – Die Aufnahme von „Geflüchteten“ wird den Fachkräftemangel in Deutschland kaum wirksam beheben können. Darauf deutet nun auch ein weiterer Halbjahresbericht des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hin, der Auskunft über die berufliche Qualifikation der 27.000 volljährigen Asyl-Erstantragsteller aus Syrien, Afghanistan, dem Irak, der Türkei, Georgien, Algerien, Somalia, Vietnam, Nigeria und dem Iran im Zeitraum von Januar bis Juni des vergangenen Jahres gibt. 34 Prozent von ihnen verweigerten jedwede Angabe über ihren Bildungsweg oder die zuletzt ausgeübte Tätigkeit. Von den auskunftsbereiten 17.700 Immigranten hatten 11,1 Prozent keinerlei Schule und 21 Prozent lediglich die Grundschule besucht. Nur 2,7 Prozent konnten einen Universitätsabschluss vorweisen. Mindestens ein Drittel der neu angekommenen Asylsucher war in der Heimat nicht ins Berufsleben eingebunden gewesen.

W.K.



Magdeburg, Anfang Januar: 2500 Menschen protestieren gegen die Corona-Maßnahmen

Foto: imago images/Christian Schroedter

CORONA-MASSNAHMEN

„Wir impfen euch alle“

Wie Linksextremisten versuchen, die Corona-Proteste zu infiltrieren

VON NORMAN HANERT

In der Innenstadt Magdeburgs haben sich in den Abendstunden des 3. Januar nach Schätzungen der Polizei erneut etwa 2500 Menschen an einer Demonstration gegen die Corona-Politik beteiligt.

Wie aus einem Beitrag auf der Internetplattform „Indymedia“ hervorgeht, sollen auch „dutzende AntifaschistInnen“ Teil des Protestzuges gewesen sein. In dem Artikel heißt es zur Begründung, man wolle die Proteste nicht „reaktionären Kräften“ überlassen. Stattdessen wird als Ziel genannt, die „Bühne des Protestes“ zu nutzen, um sie „mit eigenen konkreten sozialen Inhalten und Forderungen zu füllen“.

Sollte es sich dabei nicht um eine Aktion von Akteuren unter „falscher Flagge“ handeln, stellt die Teilnahme von Linksradi-kalen an Corona-Protesten eine neue Entwicklung dar. Zwar wurde auch schon im Frühjahr 2020, als deutschlandweit die ersten Demonstrationen gegen die staatlichen Pandemiemaßnahmen begannen, vereinzelt in linksextremen Kreisen zu Protesten aufgerufen. Auch in einem Beitrag im anarchistischen Wochenblatt

„Zündlumpen“ hieß es im März 2020: „Revolve gegen Staat und Zivilisation statt freiwilliger Quarantäne“.

Durchgesetzt haben sich in der linksextremen Szene allerdings Parolen wie „Antifa durchgeimpft“ oder „Wir impfen euch alle!“. Zu lesen sind solche Losungen

Dutzende Antifaschisten sollen Teil des Protestzuges gewesen sein

mittlerweile regelmäßig, wenn Antifa-Gruppen gegen die Kritiker der staatlichen Corona-Politik mobil machen. Mittlerweile bundesweit setzen sich linksradi-kale Akteure immer stärker als Gegenpol zu den Corona-Protestlern in Szene. Damit haben sich viele Linksradi-kale in eine sonderbare Situation manövriert. Während sie sonst eine Dauerfeindschaft zum Staat und der parlamentarischen Demokratie pflegen, stellen sie sich bei den Pan-

demie-maßnahmen plötzlich als Befürworter und Verteidiger staatlicher Maßnahmen dar. Weitgehend akzeptiert sind in der Szene nicht nur Maskenpflicht und Kontaktbeschränkungen, sondern auch eine allgemeine Impfpflicht.

Stark ausgeprägt ist die Neigung, unter dem Etikett der Pandemiebekämpfung der Gesellschaft noch radikalere Einschränkungen zu verordnen. Schon vergangenes Jahr hatten Linksradi-kale versucht, sich an die Kampagne „#ZeroCovid“ anzuhängen. Ziel der „kapitalismuskritischen Kampagne“ sei es, über einen „solidarischen europäischen Shutdown“ das öffentliche und wirtschaftliche Leben zeitweilig so weit stillzulegen, dass die Zahl der Corona-Neuinfektionen auf Null sinkt.

Mit Losungen wie „Den Kapitalismus in den Shutdown schicken! Drei Wochen bezahlte Pause statt dritter Welle!“ organisierten im Frühjahr vergangenen Jahres Aktivisten der Interventionistischen Linken auch „ZeroCovid“-Aktionstage. Anhänger des vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachteten Zusammenschlusses riefen dabei beispielsweise in Nürnberg vor einem Rüstungsunternehmen zu einem Produktionsstopp bei bezahltem Urlaub für alle Mitarbeiter auf.

Zu den Forderungen der Linksradi-kalen gehörten ebenso die Vergesellschaftung von Pharmakonzernen. In einem Aufruf der Interventionistischen Linken zu einem Aktionstag am 10. April wurde darüber hinaus unterstellt, die staatliche Pandemiepolitik habe eine „soziale und rassistische Schieflage“. Zur Begründung hieß es: „Das Risiko, an Covid 19 ernsthaft zu erkranken und zu sterben, tragen weit überproportional die Menschen, die sich nicht schützen können: Die Menschen, die keine geräumige Wohnung, keinen eigenen Garten haben, die mit ihren Händen arbeiten und für die Homeoffice deswegen keine Option ist – und natürlich diejenigen, die zwangsweise in engen Sammelunterkünften untergebracht sind wie Geflüchtete oder Wohnungslose, wenn sie nicht auf der Straße leben wollen.“

Die Interventionistische Linke setzt dabei auf ein Vorgehen, das auch schon bei der Berliner Initiative zur Enteignung von Wohnungsunternehmen zu beobachten war. Sie sucht sich Themen, die stark im Fokus der öffentlichen Diskussion stehen, als Vehikel, um ihre eigenen Ziele, wie umfassende Enteignungen und Verstaatlichungen, in die Öffentlichkeit zu tragen.

IMMIGRATION

Stille Sympathie für fragwürdige Organisationen

Während deutsche NGOs Spenden für ausreisewillige Afghanen sammeln, hält sich Berlin auffallend zurück

Seit dem Abzug westlicher Truppen aus Afghanistan gab es den Verdacht, dass deutsche Nichtregierungsorganisationen (NGO) versuchen, die Einwanderung afghanischer Staatsbürger nach Deutschland zu unterstützen. Im November berichtete die Deutsche Welle (DW), dass die gemeinnützige Organisation „Mission Lifeline“ aus Dresden offensiv um Spendengelder für ausreisewillige Afghanen wirbt, um den Ankauf von Pässen von den jetzigen Machthabern in Kabul zu finanzieren. Dass dies illegal ist, zeigt sich an der in dem DW-Bericht zitierten Aussage eines Sprechers des Auswärtigen Amtes (AA), dass „sich die Bundesregierung [...] an Recht und Gesetz

halten muss“, und daher „den Kauf von Pässen nicht unterstützen“ könne.

Dass die Regierung dennoch auf Seiten der Ausreisewilligen steht, zeigte ein Bericht der „Welt“, die das Auswärtige Amt mit der Äußerung zitierte: „Jeder, der es zu einer deutschen Auslandsvertretung in ein Nachbarland schafft [...], bekommt mehr oder weniger unverzüglich einen Termin zur Visabeantragung“.

Der menschenrechtspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Jürgen Braun, sah darin einen Widerspruch zu Äußerungen der Bundesregierung, dass sie „keinen ‚Pull-Effekt‘ auslösen“ wolle, und fragte deshalb bei der Bundesregierung

nach, ob NGOs dazu eingesetzt würden, unter Umgehung des Auswärtigen Amtes und der vor Ort zuständigen Vertreter Visa für die Einreise nach Deutschland zu beschaffen. In ihrer Antwort gab die Regierung an, dass ihr Berichte bekannt seien, „nach denen Nichtregierungsorganisationen ehemalige Ortskräfte und besonders gefährdete Afghaninnen und Afghanen, denen eine Aufnahme in Deutschland zugesagt wurde, bei der Passbeantragung auch finanziell unterstützen“. Über etwaige Passgeschäfte oder die Aktivitäten von Schleppern sagte sie nichts.

Für Braun spricht deshalb viel dafür, „dass die Bundesregierung den Handel mit

Pässen und die Schleppertätigkeit von NGOs stillschweigend duldet“. Fragwürdig ist für ihn auch die Zahl der Betroffenen. Angeblich würden nur ehemalige „Ortskräfte“, zum Beispiel Dolmetscher der Bundeswehr, nach Deutschland geholt. Doch laut der Antwort der Regierung auf seine Nachfrage „wurden bisher etwa 4700 Ortskräfte gemeldet, davon sind nach derzeitigem Kenntnisstand etwa 1600 nach Deutschland eingereist“. Braun weist darauf hin, dass laut Medienberichten seit Machtübernahme der Taliban rund 5900 deutsche Visa für Afghanen ausgestellt wurden und es keine plausible Erklärung für die abweichenden Zahlen gibt.

RELIGION

Scharia auf dem Schulhof

Radikale Moslems: Studie enthüllt tiefgreifende Intoleranz an Berliner Lehranstalten

VON NORMAN HANERT

Seit Jahren bekunden Bund und Länder, für wie wichtig sie den Kampf gegen Extremismus, Rassismus und Diskriminierung halten. Diese Bemühungen weisen allerdings ein massives Wahrnehmungsdefizit auf. Wie eine Untersuchung zeigt, ist an Berliner Schulen religiös motivierte Diskriminierung offenbar ein weit verbreitetes Problem.

Für die Studie hatte der „Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung“ eine Befragung von Schulleitern, Sozialarbeitern und Erziehern an zehn Neuköllner Schulen in Auftrag gegeben. Bis auf eine Ausnahme lagen alle untersuchten Schulen in „immer stärker sozial segregierten Einzugsgebieten“. Die Schüler kamen „zu deutlich über 90 Prozent aus Familien mit nicht deutscher Herkunftssprache, meist muslimisch“.

„Stark repressiver Verhaltensdruck“

Wie aus der Bestandsaufnahme hervorgeht, berichtete das befragte Personal von neun der zehn Schulen über regelmäßige religiöse Konflikte. In vielen Fällen geht es dabei um einen „stark repressiven Verhaltens- und Anpassungsdruck“, der meist von streng muslimisch geprägten Schülern ausgeübt wird. Der Druck, mit dem etwa die Einhaltung des Ramadan durchgesetzt wird, reiche von Beleidigungen von Mitschülern und Respektlosigkeiten gegenüber dem Lehrpersonal bis hin zu Gewaltvorfällen.

Selbst Pädagogen berichteten von Forderungen an Lehrerinnen mit muslimischem Hintergrund, ein Kopftuch zu tragen und sich anders zu kleiden. Als Folge gebe es mittlerweile auf vielen Schulhöfen ungeschriebene Gesetze, die sich an einer strengen Auslegung des Islam orientieren. Ganz subtil und alltäglich werde dabei unterlaufen, „was Freiheit im Umgang, bei Kleidung, beim Essen ausmacht“.

Zutage gefördert hat die Befragung, dass bereits ganz junge Schüler „mit Diskriminierungen und religiös begründeten Abwertungserfahrungen konfrontiert werden“. Laut der Untersuchung verheimlichen insbesondere Kinder mit einem kurdischen oder alevitischen Hinter-



Ort massiver religiöser Diskriminierung: Schulhof in Berlin-Neukölln

Foto: imago images/EPD

grund solche Erfahrungen, weil sie Angst haben, das Opfer systematischer Demütigungen zu werden. Mit Blick auf ältere Schüler berichten die Studienautoren von einem erheblich steigenden Radikalisierungsrisiko, das von sozialen Bezugsgruppen, bestimmten Moscheen, Internetkanälen wie „Generation Islam“ oder Kampagnen wie „#NichtOhneMeinKopftuch“ befeuert werde.

Die Probleme mit radikal-islamisch geprägten Schülern ziehen sich laut den Befragungen bis in den Unterricht, etwa wenn es um Themen wie die Evolution oder die Entstehung der Welt geht. Eine Schulleiterin berichtet zudem: „Und dann will man Israel aus dem Atlas herauschneiden und übermalen. Das kommt immer wieder vor.“

Laut der Untersuchung gibt es auch mit Eltern massive Probleme. Zum Teil weigerten sie sich, weiblichen Lehrkräften die Hand zu geben oder überhaupt mit diesen zu sprechen. Auch berichten Grundschulen von einer „Vielzahl von El-

tern, die man nicht erreiche“. Diese Eltern „erscheinen weder zum Elternsprechtag, Elternabend oder nach persönlicher Einladung“. Weiter heißt es, „die Mehrheit der Eltern halte sich nicht an Absprachen und komme irgendwann spontan, oftmals während der Unterrichtszeit, vorbei und wolle mit einer Lehrkraft sprechen. Wenn dies zu dem Zeitpunkt nicht möglich ist, reagieren die Eltern oftmals ungehalten und verständnislos.“

Grüne Politikerin gegen Projekt

Neuköllns Bürgermeister Martin Hikel (SPD) spricht im Vorwort zu der vorgelegten Studie sogar von Hilferufen, die bereits in den vergangenen Jahren immer wieder aus Bildungseinrichtungen gekommen seien, „weil bestimmte Religionsinterpretationen keinen Spielraum, keine Toleranz für andere Meinungen oder sogar auch für wissenschaftliche Erkenntnisse zulassen“.

Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern, plant der „Verein für Demokratie

und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung“ bereits seit einigen Jahren, im Bezirk Neukölln eine Anlauf- und Dokumentationsstelle einzurichten, die Vorfälle registrieren und Schulen Hilfe geben soll.

Obwohl es dabei eine große Unterstützung vom Neuköllner Bezirksamt gibt, ist nicht sicher, ob dieses Projekt wie geplant in diesem Jahr umgesetzt werden kann. In der Berliner Landespolitik wirken offenbar Kräfte, die dem Projekt ablehnend gegenüberstehen.

Wie die Tageszeitung „Die Welt“ berichtet, bezeichnete etwa die Vorsitzende des Ausschusses für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation im Berliner Abgeordnetenhaus, die Grünen-Abgeordnete Susanna Kahlefeld, das Projekt als „fachlich falsch aufgesetzt“. Laut dem Bericht soll die Politikerin kritisiert haben, statt Lehrern eine Hilfestellung zu bieten, sei das Ziel „einzig und allein, Religion an sich als ein Problem darzustellen“.

REGIERUNGSBILDUNG

Medien-Wirbel um grüne Super-Senatorin

Während um Ulrike Gotes Wohnort viel Gewese gemacht wird, bleibt die eigentliche Frage offen

Noch bevor Berlins neue Gesundheitsministerin Ulrike Gote (Grüne) überhaupt ihre Arbeit aufgenommen hatte, musste sie erfahren, wie schnell die Medien in der Hauptstadt auf eine unvorsichtige Wortwahl anspringen. Gote, bislang Gesundheitsdezernentin in Kassel, hatte Anfang Dezember gegenüber der „Hessischen/Niedersächsischen Allgemeinen“ („HNA“) geäußert, sie wohne in Kassel in „fußläufiger Nähe zum ICE-Bahnhof“, dies „mache ein Pendeln vorerst möglich“. Als Folge berichtet die „Berliner Zeitung“ von einer „Fern-Pendlerin“ als neuer Senatorin. Der „Tagesspiegel“ wirft die Frage auf, ob die „Pendel-Senatorin der Grünen reif für Berlin“ sei. Auch Vertreter der Berliner CDU stellen die Frage, ob der Wohnort der neuen Gesundheitsministerin in Hessen mit ihrer Arbeit in Berlin vereinbar ist.

Bei all der Aufregung unter den Tisch gefallen war, dass Gote in ihrem Interview von „vorerst“ gesprochen hatte. Wie die „HNA“ inzwischen auch berichtet, hat die Senatorin bereits im Dezember über ein Immobilienportal eine Wohnung in Berlin gefunden und angemietet.

Kaum angemessene Erfahrung

Bei der Aufregung über die „Pendel-Senatorin“ sind andere wichtige Punkte bislang viel zu kurz gekommen. Etwa die Frage, wie geeignet die von auswärts geholte Grünen-Politikerin als Gesundheitsministerin der Millionenstadt Berlin überhaupt ist. Als Dezernentin für Schule, Soziales, Frauen und Gesundheit war Gote auch in Kassel für ein sehr breites Aufgabengebiet zuständig. Allerdings konnte sie dabei nur relativ kurze Zeit Erfahrungen bei der Leitung einer größeren Ver-

waltung sammeln. Gote war nämlich erst 2019 nach Kassel gekommen. Zuvor war die Politikerin von 1998 bis 2018 Landtagsabgeordnete in Bayern und für eine Weile auch Stadträtin in Bayreuth gewesen. Gote ist nun allerdings nicht mehr nur für eine Stadt wie Kassel oder Bayreuth zuständig, sondern für eine Millionenmetropole mit Bundeslandstatus.

In jedem einzelnen der elf Berliner Bezirke leben mehr Menschen, als in Kassel mit seinen gut 200.000 Einwohnern. Gotes recht kurze berufliche Erfahrungen in Hessen dürften damit eher denen von Stadträtin der Berliner Bezirke entsprechen. Die 56-Jährige übernimmt in Berlin zudem als Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung ein Mega-Ressort.

Insbesondere die hohen Anforderungen an die Super-Senatorin durch die Co-

rona-Pandemie bergen die Gefahr, dass in Berlin künftig die Bereiche Wissenschaft und Forschung zu kurz kommen werden. Im Vorgängersensat war das Wissenschaftsressort sehr hoch angesiedelt. Zuständig war nämlich Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller selbst.

Auch ein Blick nach Brandenburg wirft die Frage auf, ob mit der Schaffung breit aufgestellter Super-Ministerien eine Überforderung vorbestimmt ist. In Brandenburgs Landesregierung ist die Grünen-Politikerin Ursula Nonnemacher als Gesundheitsministerin für die Eindämmung der Corona-Pandemie zuständig, als Verbraucherschutzministerin parallel aber auch für die Bekämpfung der afrikanischen Schweinepest. Beide Probleme sind derart groß, dass jedes für sich einen Minister voll beschäftigen könnte.

Hermann Müller

KOLUMNE

Ignoriert

VON THEO MAASS

Unlängst beklagte der brandenburgische Innenminister Michael Stübgen von der CDU die fortschreitende Delegitimierung stattlichen Handels durch ein ihm nicht genehmes Medium. In Berlin schafft die neue Gesundheitsministerin Ulrike Gote von den Grünen diese „Delegitimierung“ wohl schon mit ihren Wortbeiträgen.

Gote fordert, den Zugang zu Restaurants nicht mehr auf Genesene und „Geboosterte“ zu beschränken, wenn man sein Schnitzel vor Ort verzehren will. Indes: Schon heute ignorieren zahlreiche Gastronomen die 2G-Regelung und bedienen vertraute Stammgäste ohne Kontrollen. Frisuren verdienen durch zusätzliche Heimarbeit gut dazu.

Da die Ordnungsämter damit beschäftigt sind, Falschparker zu verfolgen und die Halter von unangeleiteten Dackeln in den Parks kostenpflichtig zu verwarnen, beschränkt sich die Durchführung von 2G-Kontrollen auf Stichproben vornehmlich in stark frequentierten Gaststätten.

Die Senatorin „klärt auf“: „Wir müssen wissen: Vollständig geimpft ist man bei Omikron eigentlich nur mit dem Booster.“ Auf der Kommentarseite des staatlichen Regionalsenders RBB üben Bürger heftige Kritik an den neuen Maßnahmen. Einige Kostproben: „Am Eingang steht der Türsteher mit der Spritze. Der Kellner kontrolliert Impfstatus, falls unbekannt oder nicht geboostert gibt's als Vorspeise einen Pieks.“

Ein anderer kündigte an: „Ehrlich, ich lasse mich doch jetzt nicht boostern, um dann im März die Impfung gegen Omikron zu empfangen. Irgendwann ist gut. Dann gehe ich eben nicht in Berlin, sondern mal am WE in Slubice essen.“ Zwar ist es schlimm, wenn die Bürger staatliches Handeln ignorieren. Doch wenn sich das zum Massenphänomen auswächst, sollte „die Politik“ ihr Handeln vielleicht überdenken.

MELDUNG

„Fatales Signal“

Berlin – Die Landräte von Uelzen, Lüneburg, Lüneburg und Salzwedel haben die Deutsche Bahn aufgefordert, die Verbindung mit dem Interregio-Express von Hamburg über Lüneburg, Uelzen und Salzwedel nach Berlin schnellstmöglich wieder aufzunehmen. Die Bahn hat den Interregio-Express zu Beginn der Corona-Pandemie eingestellt. Begründet wurde der Schritt von der Deutschen Bahn mit wirtschaftlichen Erwägungen. In einem Brief an Bahnchef Richard Lutz sprechen die Landräte allerdings von einer bewährten Verbindung, die wichtig für Pendler und den Tourismus sei. Nach Angaben der Landräte stellt der Wegfall einen massiven Verlust von Attraktivität für die vier Landkreise dar und bedeute eine wesentliche Schlechterstellung des ländlichen Raums. Darüber hinaus stellt die Einstellung der Interregio-Verbindung aus Sicht der Landräte „in Zeiten des Klimawandels und des Klimaschutzes ein fatales Signal an die Öffentlichkeit“ dar. N.H.

● MELDUNGEN

Offener Brief zur Impfpflicht

Prag – Mehr als 3000 Staatsbedienstete haben in Tschechien einen offenen Brief an Ministerpräsident Petr Fiala gegen die Einführung einer Impfpflicht unterzeichnet. Die Unterzeichner, darunter Angehörige der tschechischen Armee, der Polizei, der Feuerwehr und von Rettungsdiensten, warnen in dem Schreiben für den Fall einer Impfpflicht vor einer Welle an Kündigungen, die „Grundfunktionen des Staates“ gefährden könne. Noch die abgewählte Vorgängerregierung unter Andrej Babis hatte im Dezember für bestimmte Personengruppen eine Covid-Impfpflicht beschlossen. Die Verpflichtung soll ab 1. März für Menschen ab 60 Jahren, Gesundheits- und Pflegepersonal, Ärzte und Medizinstudenten, Polizisten, Feuerwehrleute sowie Soldaten gelten. Von der neuen Fünf-Parteien-Koalition hatten sich vor dem Regierungsantritt mehrere Vertreter öffentlich gegen eine Impfpflicht ausgesprochen. N.H.

Bluttat in Karlsbad

Prag – Nach einer Messerattacke in der Silvesternacht im böhmischen Karlsbad hat die tschechische Polizei einen Afghanen festgenommen, der am Abend des 31. Dezember mit dem Zug aus der Bundesrepublik eingereist sein soll. Nach Berichten tschechischer Medien steht der Afghane unter Verdacht, in der Nähe des Karlsbader Bahnhofs eine 37-jährige Frau mit Stichen in Bauch und Brust lebensbedrohlich verletzt zu haben. Die schwerverletzte Frau wurde in ein Krankenhaus gebracht und befindet sich inzwischen in einem stabilen Zustand. Drei Stunden nach Mitternacht soll der Mann auch noch eine 18-jährige Frau mit einem Messer bedroht und vergewaltigt haben. Der Verdächtige wurde nach Polizeiangaben wenig später festgenommen. Der Tatverdächtige soll mit rund 1,2 Promille unter Alkoholeinfluss gestanden haben. Im Falle einer Verurteilung drohen dem 20-jährigen Afghanen in Tschechien bis zu 18 Jahre Haft. N.H.

Bereit, zu verhandeln

Genf – Obwohl beide Seiten von den USA-Russland-Gesprächen in Genf wenig erwarten, gibt es doch erste Signale für ein Entgegenkommen seitens der USA gegenüber Russland. Ranghohe Mitarbeiter ließen gegenüber Journalisten durchblicken, dass die US-Regierung sich offen zeigen wolle bezüglich der Zahl ihrer zukünftigen Offensivraketen in der Ukraine. Russland hatte seinerseits auf Sicherheitsgarantien bestanden, dass die NATO nicht weiter nach Osten ausgeweitet werde und ehemalige Sowjetstaaten nicht in das Bündnis aufgenommen werden sollten. Das lehnte die USA kategorisch ab. Dennoch gehen Beobachter davon aus, dass die Verhandlungen in Genf die Grundlage für eine Wiederaufnahme der Vereinbarungen über die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Osteuropa bilden könnten. US-Außenminister Toni Blinken sagte, man sei bereit, über Raketenstationierungen und Militärlieferungen zu verhandeln. MRK

USA

Die Entzauberung der Kamala Harris

In ihren zwei Aufgabenfeldern hat Joe Bidens Vizepräsidentin bislang enttäuscht

VON WOLFGANG KAUFMANN

Kamala Devi Harris wurde am 20. Januar vergangenen Jahres als Vizepräsidentin der USA vereidigt. Sie ist die erste Frau in diesem hohen Amt und aufgrund ihrer indisch-jamaikanischen Wurzeln auch die erste Farbige. Harris' Kandidatur verschaffte dem jetzigen US-Präsidenten Joe Biden zahlreiche zusätzliche Stimmen aus Bevölkerungskreisen, in denen ein „alter weißer Mann“ wie er sonst nicht hätte punkten können.

Die kalifornische Juristin galt zunächst als Hoffnungsträgerin und potentielle Nachfolgerin Bidens. Fast jeder zweite US-Amerikaner zeigte sich anfangs

zufrieden mit der Amtsführung der Vizepräsidentin. Inzwischen ist diese allerdings nur noch bei 37,9 Prozent der Befragten beliebt, während 52,7 Prozent Ablehnung äußern. Das sind die schlechtesten Umfragewerte für eine Nummer 2 im Weißen Haus seit einem halben Jahrhundert, als Spiro Agnew dieses Amt bekleidete und schließlich wegen des Vorwurfs der Bestechlichkeit zurücktreten musste. Selbst aus ihrer eigenen, der Demokratischen Partei hagelt es Kritik.

Einwanderungspolitik ohne Erfolg

Die Kritik entzündet sich vor allem daran, dass Harris bisher nicht auf den beiden Aufgabenfeldern bestehen konnte, die sie von Biden übertragen bekommen hat.

Seit verganginem März zeichnet die Vizepräsidentin für die Eindämmung der drastisch angestiegenen Einwanderung aus Lateinamerika und der illegalen Grenzübertritte aus Mexiko verantwortlich. In diesem Zusammenhang reiste sie auch nach Guatemala, wo sie alle Immigrationswilligen warnte: „Ich will es hier ganz deutlich sagen ...: Kommen Sie nicht!“ Das führte zwar zu keinem Abflauen des Drucks an der Südgrenze der USA, brachte Harris aber heftigen Ärger mit der linksliberalen Einwanderungslobby ein.

Und auch beim zweiten großen Thema ihrer Amtszeit, der Wahlrechtsreform, kommt die Vizepräsidentin in keiner Weise voran. Insbesondere in den republika-

nisch regierten Staaten der USA wurden die Gesetze gegen Wahlbetrug verschärft, was angeblich zur Diskriminierung von Minderheiten führt. Dem soll durch entsprechende Bundesgesetze entgegenwirken werden, für deren parlamentarische Annahme Harris Sorge tragen soll. Das Vorhaben scheiterte aber bislang mangels ausreichender Mehrheiten.

Stillstand bei Wahlrechtsreform

Die Misserfolge auf den Gebieten Einwanderungspolitik und Wahlrechtsreform resultieren nicht zuletzt aus der fehlenden politischen Erfahrung von Harris. Sie saß vor ihrer Wahl lediglich vier Jahre im US-Senat, Biden hingegen 36. Dazu kommt ein ebenso autoritärer wie chaotischer Führungsstil der ehemaligen Generalstaatsanwältin, wobei ihre streitlustige Stabschefin Hartina Flournoy noch zusätzlich Öl ins Feuer gießt. Deshalb kündigten inzwischen etliche enternerte Mitarbeiter der Vizepräsidentin. Darüber hinaus soll es auch Spannungen mit dem Team von Biden geben.

Eine nüchterne Fehleranalyse scheint im Weißen Haus aber nicht stattzufinden. Stattdessen überwiegen Schutzbehauptungen wie die von Bidens Regierungssprecherin Jennifer Psaki, es stehe „außer Frage“, dass die Angriffe gegen Harris zu meist daher rührten, dass sie eine Frau sei und einer Minderheit angehöre: „Damit lastet wirklich viel auf ihren Schultern.“ Dies kontern Kritiker der Vizepräsidentin mit Verweisen auf die frühere Außenministerin Condoleezza Rice, die afroamerikanische Wurzeln nicht daran hinderten, stets stabile Beliebtheitswerte aufzuweisen. Ansonsten macht sich Harris selber Mut, indem sie immer wieder betont: „Ich habe eine Aufgabe zu erledigen. Und ich werde diese Aufgabe erledigen.“ Sollte ihr das tatsächlich noch gelingen, dann könnte sie Biden in drei Jahren politisch beerben, andernfalls droht der Absturz in die Bedeutungslosigkeit.



Im Gegensatz zum Präsidenten ist sie jung, farbig, weiblich und ohne lange politische Erfahrung: Vizepräsidentin Kamala Harris

MEMORIAL

Russland verbietet Erinnerungskultur

Vorwurf des Verstoßes gegen das Gesetz „Ausländischer Agent“ – Stalin darf nicht mehr kritisiert werden

Die älteste Menschenrechtsorganisation Russlands, Memorial, die von Andrej Sacharow mitgegründet worden war, wurde vom Obersten Gericht des Landes wegen Verstoßes gegen das Vereinsrecht verboten. Mit diesem Urteil droht Russland wieder in die Zeit der Sowjetunion zurückzufallen.

Seit Jahren geht der russische Staat massiv gegen andersdenkende und nicht-regierungstreue Medien sowie Oppositionelle vor. Die Liste der kritischen Geister, die gewaltsam ums Leben kamen oder per Gerichtsurteil verboten wurden, wird immer länger. „Memorial“ ist die stärkste und angesehenste Organisation in Russland, die sich für politische Gefangene einsetzt. Zugleich arbeitet die in der Glasnostzeit unter Michail Gorbatschow gegründete Organisation auch Menschenrechtsverbrechen aus der Sowjetzeit auf und hat dazu eine nach deutschem Muster funktionierende Erinnerungsarbeit entwickelt. Beides gefällt dem heutigen russischen Staat und seinen Machthabern nicht.

Unter Wladimir Putin hat sich eine neue Geschichtskonstruktion durchgesetzt, in der sich der ehemalige KGB-Mann und heutige Präsident selbst zum

„obersten Historiker“ des Landes emporschwingt. Er möchte dem nach 1991 fast zerfallenen Land mit einer neuen Geschichtsideologie neuen Glanz und Nationalstolz verleihen, da passen die Verbrechen der Sowjetunion unter Lenin und Stalin nicht dazu.

Ruhmreiche Sowjetunion

Während in einigen Nachfolgestaaten der UdSSR, wie der Ukraine, alles Sowjetische sogar im Namen getilgt wird, erlebt die Sowjetunion in Russland eine Renaissance. Putin erinnert an die „ruhmreiche Sowjetunion“, die Erinnerung an diese soll dazu dienen, den russischen Nationalstolz zu heben – immerhin hatte die Sowjetunion Deutschland besiegt. Dass beim Sieg über Deutschland die USA und Großbritannien einen wesentlichen Anteil hatten, wird verschwiegen. Dass vorher bereits Millionen Sowjetbürger Opfer der eigenen sowjetischen Regierung geworden waren, wie es Memorial dokumentiert, soll auch dem Nationalstolz zuliebe offenbar unter den Teppich gekehrt werden.

Memorial hatte diesen Opfern wieder ein Gesicht gegeben. Die Erinnerung an diese Opfer der Repressionen war eine

große Errungenschaft der Wende von 1989/90, aber heute dürfen die Täter und das System, dem sie dienten, nicht mehr angeprangert werden. Genauso wenig wie die Täter von heute, die Andersdenkende ermorden. Auch darauf weist Memorial hin.

Schon seit Jahren hat die russische Justiz Memorial im Visier, seit 2015 gilt ein neues Vereinsgesetz, das Empfänger von Zahlungen aus dem Ausland verpflichtet, sich als „ausländischer Agent“ zu bezeichnen. Gegen dieses Gesetz soll laut dem Gericht Memorial mehrmals verstoßen haben. Nach dem Gesetz „Ausländischer Agent“ hätte die Organisation Memorial, die seit 2016 als „ausländischer Agent“ gilt, jede Veröffentlichung kennzeichnen müssen. Das lehnte Memorial jedoch ab.

Sogar der 91-jährige letzte sowjetische Präsident, Michail Gorbatschow, hatte sich wegen des Prozesses aus seinem Politkrühstand zurückgemeldet und die Einstellung des Verfahrens verlangt.

Der Prozess gegen die russische Menschenrechtsorganisation hat international große Beachtung gefunden. Russische Staatsmedien verschwiegen jedoch den Prozess, zu populär sind die Aktivisten

von Memorial in weiten Kreisen der russischen Gesellschaft, immerhin hatte die Repression Stalins auch die kommunistische Elite des Landes zu großen Teilen vernichtet. Dass die Organisation jetzt verboten wurde, dürfte für viele ihrer Mitglieder einem Ritterschlag gleichkommen, denn es ist der Beweis, dass die Gesellschaft mit ihrer Erinnerungsarbeit richtig lag und dass die russische Führung dieser Erinnerungsarbeit durchaus zutraut, jenen Wandel einzuleiten, den Putin unbedingt verhindern will.

Denn die russische Justiz stört sich vor allem daran, dass Memorial eine Liste mit mehr als 300 aktuellen politischen Gefangenen führt, darunter auch Alexej Nawalnyj. Die Angst, die unter Stalin alle Bereiche des Lebens dominierte und nur unter Gorbatschow und Boris Jelzin für 15 Jahre verschwand, sitzt heute wieder tief in den Menschen Russlands. Mit dem Verbot von Memorial hat der Massenmörder Stalin einen neuen Sieg errungen. Dessen Terrorherrschaft von 1927 bis 1953 fielen nach Schätzung sowjetischer Forscher etwa 20 Millionen Sowjetbürger zum Opfer. An die Opfer, die es in fast jeder russischen Familie gab, darf ab jetzt nicht mehr öffentlich erinnert werden. Bodo Bost

VON WOLFGANG KAUFMANN

Gemäß Artikel 14 des Grundgesetzes ist eine Enteignung „zum Wohle der Allgemeinheit zulässig“. Sie darf aber „nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt“. Solche normativen Regelungen finden sich unter anderem im Bau- und Bergrecht sowie im Gesetz über den Lastenausgleich (LAG) vom 14. August 1952.

Der Zweck des Lastenausgleichs bestand darin, denjenigen Deutschen, die infolge des Zweiten Weltkrieges und seiner Nachwirkungen wie den Vertreibungen aus den Ostgebieten Vermögensschäden erlitten hatten, einen finanziellen Ausgleich zu verschaffen. Das hierfür nötige Geld brachte der Staat auf, indem er eine Sonderabgabe auf die noch existierenden Vermögen einführt, deren Höhe bei der Hälfte des Vermögenswertes lag und die in bis zu 120 vierteljährlichen Raten in den Ausgleichsfonds einzuzahlen war.

Das Gesetz wurde 2019 verkündet

Dieses Gesetz wurde am 12. Dezember 2019 durch das neu eingeführte Gesetz zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts (SozERG) geändert, das zum 1. Januar 2024 in Kraft treten soll. Im Artikel 21 des SozERG heißt es unter Punkt 2, der Paragraph 292 des LAG werde insofern neu gefasst, als anstelle des Wortes „Kriegsopferfürsorge“ nun „Soziale Entschädigung“ stehe. Das ist ein höchst schwammiger Begriff, dessen Bedeutungsgehalt sich erst erschließt, wenn man berücksichtigt, dass die Änderung des LAG im Zusammenhang mit der Neueinführung des Sozialgesetzbuches Vierzehntes Buch – Soziale Entschädigung – (SGB XIV) durch den Artikel 1 des SozERG erfolgte.

Dieses SGB XIV soll, so das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) in einer Stellungnahme vom 14. Januar 2020, das gesamte bestehende Entschädigungsrecht bündeln und für „mehr Transparenz und Rechtsklarheit“ sorgen, um „der staatlichen Mitverantwortung an den schädigenden Ereignissen gerecht“ zu werden. Was das BMAS mit Letzterem meinte, ergibt sich aus der Auflistung jener Schadensereignisse, für welche „die staatliche Gemeinschaft eine besondere Verantwortung trägt“, im ersten Paragraphen des SGB XIV. Hier werden „Gewalttaten“, „Kriegsauswirkungen“, „Ereignisse im Zusammenhang mit der Ableistung des Zivildienstes“ sowie „Schutzimpfungen oder andere Maßnahmen der spezifischen Prophylaxe“ genannt, „die eine gesundheitliche Schädigung verursacht haben“. Dabei könne „das schädigende Ereignis ... ein zeitlich begrenztes, ein wiederkehrendes oder ein



Angesichts der hohen Anzahl von Impfungen gegen Corona könnten bei Impfschäden schnell hohe Entschädigungsansprüche gegenüber dem Staat entstehen: Impfzentrum in Bayern
Foto: imago images/Imagebroker

ENTSCHÄDIGUNGSRECHT

Ein neuer Lastenausgleich für die Opfer der Corona-Politik?

Für die Kompensation von Impfschäden könnten grundsätzlich auch Vermögenswerte nicht geschädigter Bürger herangezogen werden

über längere Zeit einwirkendes Ereignis sein“. Anspruchsberechtigt seien nicht nur die Geschädigten selbst, sondern auch deren „Angehörige, Hinterbliebene und Nahestehende“.

2024 tritt die Regel in Kraft

Speziell zu den angesichts von Corona, Boostern und zur Diskussion stehender Impfpflicht besonders aktuellen Schutzimpfungen heißt es im Kapitel 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 4 des SGB XIV, dass die Entschädigungsregelung im Falle

einer jeglichen Impfung greife, die „von einer zuständigen Landesbehörde ... öffentlich empfohlen und in ihrem Bereich vorgenommen wurde“ beziehungsweise „auf Grund einer Rechtsverordnung nach § 20 Absatz 6 oder 7 des Infektionsschutzgesetzes angeordnet wurde oder sonst auf Grund eines Gesetzes vorgeschrieben war“. Darunter fallen laut der aktuellen Fassung des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz) auch und gerade die „Schutzimpfungen

gegen das Coronavirus SARS-CoV-2“. Sollten diese schädliche Auswirkungen haben, „die über das übliche Ausmaß einer Reaktion auf eine Schutzimpfung ... hinausgehen“, dann wären staatliche Entschädigungen fällig. Dabei bietet die vom Gesetzgeber vorgenommene Verknüpfung des neuen SGB XIV mit dem umformulierten Lastenausgleichsgesetz die grundsätzliche Möglichkeit, für diese Entschädigungen auch Vermögenswerte der nicht geschädigten Bevölkerung heranzuziehen.

ENERGIEVERSORGUNG

Warnung vor bedrohlichen Engpässen

Horrende Gaspreise und Marktraumumstellung – Uniper-Chef wirbt für Zulassung von Nord Stream 2

„Ein Aus wäre ein wirtschaftliches Risiko für uns und ein Risiko für die Gasversorgung in Europa.“ Das sagte Klaus-Dieter Maubach, Chef des Düsseldorfer Energieunternehmens Uniper in Bezug auf Nord Stream 2. Deutschland muss mehr als 90 Prozent seines Gasbedarfs importieren. Gut die Hälfte des importierten Gases komme aus Russland, so Maubach. Nach der Inbetriebnahme von Nord Stream 2 könnte Gazprom seine Lieferungen deutlich erhöhen und die horrenden Gaspreise, die Verbraucher hierzulande zahlen müssen, senken. Die zum Teil geringen Füllstände der europäischen Gasspeicher könnten aufgefüllt werden.

Die Pipeline, deren Inbetriebnahme aus politischen Gründen verzögert wird,

hat der russische Staatskonzern Gazprom nur zur Hälfte finanziert, den Rest teilen sich die europäischen Unternehmen OMV, Wintershall Dea, Engie, Uniper und Shell.

Durch die Verzögerung gerät die lückenlose Gasversorgung in Deutschland in Gefahr, zumal Millionen Haushalte in den kommenden Jahren von dem niederkalorischen L-Gas (low calorific) aus den Niederlanden auf das hochkalorische H-Gas (high calorific) umgestellt werden. Hintergrund ist, dass die L-Gasvorkommen zur Neige gehen. L-Gas kommt teilweise direkt aus Deutschland oder wird aus den Niederlanden importiert. Ab dem 1. Oktober 2029 soll jedoch kein niederländisches L-Gas mehr nach Deutschland fließen. Das macht die sogenannte Marktraumumstellung

notwendig, eines der größten Infrastrukturprojekte der deutschen Erdgasversorgung. Bis 2030 müssen das Erdgasnetz sowie alle angeschlossenen Geräte wie Heizungen und Gasherde von L-Gas auf H-Gas umgestellt werden. Millionen Haushalte Deutschlands sind betroffen.

Umstellung von L- auf H-Gas

H-Gas mit einem wesentlich höheren Heizwert stammt aus Norwegen, Russland und Großbritannien, wobei die Importe aus Russland den größten Teil ausmachen. 2018 führte Deutschland 55,3 Milliarden Kubikmeter Gas aus Russland, 24,7 Milliarden aus Norwegen und 15,8 Milliarden aus den Niederlanden ein. Da die bisherigen Pipelines bereits ausge-

lastet sind, gibt es bei steigendem Energiebedarf keine Alternative zu Nord Stream 2.

Schon jetzt gibt es mehrere Gasanbieter und mehr Wettbewerb. Zugang zum Flüssiggas LNG erhält die Bundesrepublik über Terminals in den Niederlanden, Belgien und Frankreich, eigene sind in Planung. Die USA und nordafrikanische Länder zählen zu den LNG-Lieferanten.

Vor allem die Industrie in Nordrhein-Westfalen benötigt eine sichere Energieversorgung, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Schätzungen zufolge droht der EU jedoch eine Importlücke von 120 Milliarden Kubikmetern Erdgas bis zum Jahr 2035. Nord Stream 2 könnte zirka ein Drittel des zusätzlichen Bedarfs decken (siehe auch Seite 8). *Manuela Rosenthal-Kappi*

MELDUNGEN

Krügerrand nachgefragt

Berlin – Die Krügerrand-Goldmünze aus Südafrika hat im vergangenen Jahr einen neuen Exportrekord erreicht. Nach Angaben der Vermarktungsgesellschaft Prestige Bullion sind bis Ende November 2021 innerhalb von zwölf Monaten Krügerrand-Münzen mit einem Gesamtgewicht von 700.000 Feinunzen aus Südafrika exportiert worden. Das sind über zwanzig Tonnen Gold. Mehr als acht Zehntel dieser Exporte sind laut dem Marketingdirektor Richard Collocott nach Deutschland gegangen. Wie aus einer Goldstudie hervorgeht, die von der Reisebank und dem Research Center for Financial Services der Steinbeis-Hochschule Berlin erstellt wurde, besitzen deutsche Privathaushalte inzwischen mehr als neuntausend Tonnen Gold. Die Goldmenge von Privatpersonen in Deutschland übersteigt damit 2,7-mal den Bestand der Bundesbank. Deutsche Privathaushalte und die Bundesbank halten damit 6,2 Prozent der Goldvorräte der Welt. *N.H.*

Im Ausland eingedeckt

Berlin – Nachdem der Bundesrat im Dezember abermals ein Verkaufsverbot für Silvesterfeuerwerk und Böller erlassen hatte, sind viele FeuerwerksHersteller im zweiten Jahr in Folge praktisch ohne Einnahmen geblieben. Silvester steht nach Angaben des Verbands der pyrotechnischen Industrie in der Branche für rund 95 Prozent des Umsatzes. Bereits vor dem Jahreswechsel hatte der Verband das Verkaufsverbot als einen „Todesstoß“ für die gesamte Branche bezeichnet. Mit Hinweis auf das Verkaufsverbot hat Weco, Europas größter FeuerwerksHersteller, inzwischen angekündigt, sein Werk im sächsischen Freiberg Ende dieses Jahres zu schließen. Angekurbelt hat das Verkaufsverbot für Feuerwerkskörper in Deutschland dagegen den Einkaufstourismus in Nachbarländer wie Tschechien, Polen oder Dänemark. Laut einem Bericht des Südwestrundfunks (SWR) hatten sich viele Deutsche auch in Frankreich, Luxemburg und Belgien mit Feuerwerkskörpern eingedeckt. *N.H.*

Abkommen ohne EU

London/Oslo – Großbritannien und Norwegen haben ein Abkommen geschlossen, in dem sie der Fischereiflotte des Vertragspartners zugestehen, 30.000 Tonnen Grundfisch in den Gewässern vor der eigenen Nordseeküste zu fischen. Victoria Prentis, seit dem September vergangenen Jahres Minister of State for Farming, Fisheries and Food, lobt die Abmachung. Sie „bietet Chancen für die britische Flotte und sichert ein starkes Gleichgewicht, das sowohl der Fischindustrie als auch dem Schutz der Meeresumwelt dient“. Das Fischereiministerium in Oslo bestätigte den Abschluss des Vertrages und ergänzte, dass weitere 17.000 Tonnen Hering auf beiden Seiten in den Gewässern hinzukämen. Die EU, deren Mitglieder im Gegensatz zu Großbritannien und Norwegen höchstens einen kleinen Teil der Nordseeküste ihr Eigen nennen, sind an dem Abkommen nicht beteiligt. *F.B.*

KOMMENTAR

Energiepolitisches
Desaster mit Ansage

MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Außenministerin Annalena Baerbock schießt, wo sie nur kann, scharf gegen Nord Stream 2. Bei ihren Antrittsbesuchen versucht sie, die europäischen Partner auf Linie zu bringen. Die der USA, die das Projekt am liebsten unterbinden möchten, ist es sowieso. Der Vorwurf lautet, Russland nutze die Pipeline im Ukraine-Konflikt als politische Waffe. Von Kanzler Olaf Scholz ist nur wenig zu hören, außer dass es sich bei dem Projekt um ein privatwirtschaftliches handle.

Ein Ende von Nord Stream 2 wäre ein hausgemachtes wirtschaftliches Desaster – für Deutschland, seine Wirtschaft und für seine Verbraucher. Trotz drastisch steigender Energiepreise und einer der höchsten Inflationsraten seit Jahrzehnten halten grüne Politiker an ihrer übereilten Ausstiegspolitik aus der fossilen Energie fest. Auch wenn sie an Grenzen stoßen, wie kürzlich bei den EU-Staaten, die Atomenergie zur grünen Energie deklarieren wollen.

Opfer sind die Verbraucher, die derzeit Preissteigerungen fürs Heizen von bis zu 300 Prozent stemmen müssen. Realität fern setzt unsere Regierung auf Energie aus Erneuerbaren Energien und E-Mobilität. Wären die zuständigen Volksvertreter offen für Zahlenmaterial, wüssten sie, dass noch viel Wasser den Rhein hinunter fließt, ehe die Erneuerbaren Energien die Kapazität bisheriger Energieerzeuger ersetzen können.

Gas bleibt wichtig

Wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint, kommen die bisherigen Energiequellen ins Spiel. Da zum Jahresende die letzten deutschen Atomkraftwerke vom Netz gehen, wird Gas ein wichtiger Energieträger bleiben. Nord Stream 2 sollte als zusätzlicher Lieferant eine wichtige Rolle bei der Versorgung des europäischen Marktes spielen. Doch nun droht dem Projekt aus politischen Gründen eine Blockade, wobei sich einmal mehr die Hybris der Pipeline-Gegner zeigt. Denn es ist ja nicht nur Deutschland, das auf russische Gaslieferungen angewiesen ist, sondern ganz Europa. Genauso abhängig sind die Russen von den Gaslieferungen, da die EU immer noch der größ-

te Absatzmarkt für russisches Gas ist. Unter umweltpolitischen Aspekten könnten Gaskraftwerke als Brückentechnologie bei der Erreichung der CO₂-Klimaziele dienen. So etwa bei der Umstellung von L- auf H-Gas bei der Marktraumumstellung (siehe Seite 7). H-Gas hat aufgrund seiner besseren Heizkraft einen geringeren Verbrauch. Dieses Gas erzeugt weniger Stickstoff und stößt weniger CO₂ bei der Verbrennung aus. Es hilft, die Umwelt zu schonen.

Profiteure sind die USA

Nord Stream 2 bietet zusätzliche Import-Möglichkeiten, die zur Entspannung der Lage auf dem Gasmarkt beitragen, was sich positiv auf die Gaspreise in Europa auswirken dürfte. Das Projekt jetzt zu politisieren, trifft nicht nur Gazprom, sondern auch die anderen beteiligten Firmen. Laut Angaben von Nord Stream 2 sind über 1000 Unternehmen aus 25 Ländern an Planung, Ingenieurleistungen und dem Bau des Pipeline-Systems beteiligt gewesen. Genehmigungs- und Konsultationsprozesse fanden zwischen neun Staaten statt, zahlreiche Behörden, Juristen und Umweltsachleute waren involviert.

Das Projekt wurde zudem privat finanziert, die fünf führenden EU-Konzerne haben jeweils 950 Millionen Euro investiert. Das bedeutet, dass bereits bei der Zulassung zum Bau europäische Standards zugrunde gelegt wurden. Die EU verfügt über einen funktionierenden internen Energiemarkt, auf dem Erdgas in Konkurrenz zu anderen Energiequellen steht. Eine Blockade aus politischen Gründen würde nicht nur zu Schadenersatzansprüchen der beteiligten Firmen führen, sondern auch zu Lieferengpässen, die sich als Desaster sowohl für die Industrie als auch für den Verbraucher erweisen würden.

Von der Taktik der Europäer profitieren einzig die USA. Die hohe Nachfrage in Europa hat den Amerikanern einen Rekord beim Flüssiggas-Export beschert. Er ist laut US Energy Information Administration um 42 Prozent gestiegen. Fünf Millionen Kubikmeter LNG gingen nach Deutschland, dem größten Gasverbraucher in Europa. Diese Menge reicht aber lediglich, um ein Drittel des Bedarfs in einem Wintermonat zu decken.



Unruhen in Almaty: Tausende demonstrieren seit Jahresbeginn in der größten Stadt und anderen Orten Kasachstans Foto: pa

HINTERGRUND

Chaos in Kasachstan

BODO BOST

Die massiven Bürgerproteste, die in Kasachstan zu Neujahr begannen und binnen weniger Tage zum Rücktritt der gesamten Regierung und zum Sturz zahlreicher Denkmäler des Langzeitherrschers Nursultan Nasarbajew führten, kamen wahrscheinlich auch für Russlands Präsidenten Putin und seine Geheimdienste überraschend. Nachdem die Demonstranten die Standbilder von Nasarbajew in verschiedenen Städten gestürzt hatten, zündeten sie Regierungsgebäude an und besetzten den Flughafen von Almaty. Etwa 150 Demonstranten und 20 Sicherheitskräfte sollen getötet worden sein. Bislang hatte das zentralasiatische Land als das stabilste aus der Erbmasse der UdSSR gegolten.

Begonnen hatten die Proteste in der Stadt Schangaösen, der Öl- und Gasstadt im Westen Kasachstans. Hier war der Protest gegen die Verdoppelung des Preises für Flüssiggas (LPG), das die meisten Kasachen als Kraftstoff für ihre Autos verwenden, besonders stark. In den folgenden Tagen weiteten sich die Demonstrationen auf andere kasachische Städte aus. Obwohl die Regierung sofort ankündigte, die Kraftstoffpreise wieder zu senken, und Präsident Tokajew sein Kabinett entließ, gingen die Proteste weiter. Der Ruf „Shal

ket!“ („Alte Männer müssen weg!“) wurden von Demonstranten in ganz Kasachstan skandiert. Sie meinten Nursultan Nasarbajew, den letzten kommunistischen Parteichef des Landes, der 1991 sein Land in die Unabhängigkeit geführt und es zu seinem Familienbetrieb umfunktioniert hatte. Dieser ist zwar 2019 als Präsident zurückgetreten und durch seinen damaligen Verbündeten Tokajew ersetzt worden. Doch behielt Nasarbajew den Vorsitz des Sicherheitsrats. Nun scheint dies Tokajew nicht mehr gereicht zu haben.

Ende einer Erfolgsgeschichte

Seit seiner Unabhängigkeit war Kasachstan, anders als etwa Weißrussland, eine der wenigen Erfolgsgeschichten der postsowjetischen Transformation. Reich an Öl, Gas, Kupfer, Kohle und Uran war das Land in der Lage, auch ohne seinen ehemaligen sowjetischen Schutzherrn zu florieren. In den 1990er Jahren ließ Nasarbajew die Entwicklung privater Unternehmen zu, während er seine politische Kontrolle ausbaute und das Parlament dominierte. Nach der Öl- und Gasindustrie übernahm der Nasarbajew-Clan auch das Baugewerbe, das Bankwesen, die Telekommunikation und den Einzelhandel.

In den letzten Jahren hat die Regierung damit begonnen, die individuellen Freiheiten und Bürgerrechte zu beschneiden.

Journalisten und politische Gegner wurden zum Schweigen gebracht oder gar inhaftiert. Bei den Wahlen 2018 entpuppte sich die einzige zugelassene Oppositionspartei als vom Regime gekauft. Deshalb gibt es jetzt auch keine organisierte Bewegung hinter den Protesten.

Der schnelle Ruf nach ausländischen, hauptsächlich russischen Soldaten, durch Präsident Tokajew lässt darauf schließen, dass der Präsident seinen eigenen Sicherheitskräften nicht mehr traut und dass die Demonstranten über Rückhalt in den Sicherheitsorganen verfügen. Auch die Verhaftung des stellvertretenden Geheimdienstchefs lässt darauf schließen, dass eigentlich Nasarbajew ausgeschaltet werden soll. Wie Lukaschenko in Minsk spricht Tokajew jedoch von Terroristen und ausländischen Verschwörern im Zusammenhang mit den Demonstranten. Aber wie in Weißrussland glauben die Demonstranten in Kasachstan nicht mehr, dass ihr Präsident das Problem noch lösen kann, denn er ist Teil des Problems.

Putin wird sich seine Hilfe jedenfalls teuer bezahlen lassen, wie zuletzt in Weißrussland und in Armenien. Im Norden Kasachstans leben noch viele Russen, auch der russische Weltraumbahnhof Baikonur liegt dort. Grund genug also, sich hier ähnlich einzubringen wie seit 2014 im Osten der Ukraine.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

PORTRÄT

Doping für den Unangepassten

An Sportlern kann man ganz gut ablesen, wie es um unsere Psyche in Zeiten von Corona bestellt ist. Weil sich Fußballnationalspieler Joshua Kimmich nicht impfen lassen wollte, wurde er als Opfer medialer Massenhysterie regelrecht an den Pranger gestellt. Noch staatstragendere Panik-Wellen hat der Fall des serbischen Tennisspielers Novak Djokovic ausgelöst, dem zunächst die Einreise zu einem Turnier nach Australien verwehrt wurde, weil er noch ungeimpft ist. Dabei war er zuvor an Covid erkrankt und hatte genügend Antikörper gebildet, was zwar eine Impfung für Australier überflüssig macht, absurderweise aber nicht für Ausländer.

Inzwischen hat die Nummer Eins der Herren-Weltrangliste eine Staatsaffäre ausgelöst, die auch für Australiens Regierungschef Scott Morrison zur peinlichen Nummer wurde. Nachdem er persönlich mit dafür gesorgt hat, dass Djokovic vier

Tage lang in einem Abschiebehotel mit anderen Ausländern untergebracht war, entschied ein Gericht, dass der Grand-Slam-Sieger sein Visum zurückerhielt.

Zuvor schon hatten die Veranstalter der Australian Open von Melbourne dem neunfachen Rekordsieger eine Ausnahmegenehmigung erteilt, damit er seinen Titel vom Vorjahr verteidigen kann. Mit

seinen Dauerrivalen Roger Federer und Rafael Nadal gehört Djokovic zu den drei Spielern, die jeweils 20-Grand-Slam-Titel bei den großen Turnieren von Melbourne, Paris, Wimbledon und New York gewonnen haben. In Australien will der 34-jährige Serbe, der eine Zeit lang auch von unserem Tennisidol Boris Becker trainiert wurde, alleiniger Rekordhalter werden.

Sollte Premier Morrison Gründe finden, um das Gerichtsurteil aufzuheben, muss Djokovic – möglicherweise mitten im Turnier – wieder abreisen. Wenn Einzelkämpfer Djokovic in Melbourne aufspielt, wird es zwei Lager geben: einige wenige werden seiner nicht-opportunistischen Haltung applaudieren, doch die meisten anderen werden ihn dafür ausbuhnen. Für Djokovic könnte das wie Doping wirken: Einer gegen alle, einer gegen die vom Corona-Wahn ausgelöste Spaltung in Politik, Sport und Gesellschaft. H. Tews



Sieger in Australien 2021: Djokovic

Licht aus, Spot an für Rembrandt

Eine Selbstinszenierung, die gewirkt hat – Frankfurter Städel-Museum zeigt, wie der holländische Maler zum Künstlerstar aufstieg

VON VEIT-MARIO THIEDE

Anfang der 1630er Jahre zog Rembrandt Harmenszoon van Rijn von Leiden nach Amsterdam um. In der damaligen Welthandelsmetropole und reichsten Stadt der Erde buhlten an die 200 Maler um die Gunst der Kundschaft. Gleichwohl stieg Rembrandt schnell zum Marktführer der Porträt- und Historienmalerei auf, wie eine mit 140 Gemälden und Graphiken aus internationalen Sammlungen ausgestattete Ausstellung „Nennt mich Rembrandt! Durchbruch in Amsterdam“ im Frankfurter Städel-Museum zeigt. Sie stellt auch Rembrandts Schüler und Konkurrenten mit attraktiven Werken vor.

Eine wichtige Hilfestellung beim Durchbruch Rembrandts auf dem heiß umkämpften Amsterdamer Kunstmarkt leistete der Galerist Hendrick Uylenburgh. Der stellte ihm ein Atelier zur Verfügung und vermittelte Porträtaufträge. Rembrandt porträtierte die zahlungskräftige Oberschicht. In der Ausstellung laden sein „Bildnis eines stehenden Mannes (Andries de Graeff)“ (1639) und das daneben hängende, von Nicolaes Eliaszoon Pickenoy ebenfalls lebensgroß und ganzfigurig gemalte „Bildnis eines stehenden Mannes“ (1628) zum Bildvergleich ein.

Etwas steif, aber würdevoll steht der von Pickenoy porträtierte wohlhabende Bürger in einem Innenraum neben einem mit Teppich bedeckten Tisch und schaut unverwandt zu uns herüber. Einnehmend lässig wirkt dagegen der von Rembrandt ins Bild gesetzte Andries de Graeff. Den linken Fuß zierlich vorgeschoben, ist er vor sein Haus getreten. Rembrandt macht daraus eine kleine Bildgeschichte: Die Tür steht offen – will uns der Hausherr etwa hineinbitten?

Zahlreiche weitere von Rembrandt, seinen Schülern und Konkurrenten geschaffene Bildnisse bevölkern den ersten Teil der Ausstellung. Rembrandt setzte



Schaut mich an!: Besucher vor Rembrandts selbstbewusstem „Selbstbildnis mit Samtbaret und einem Mantel mit Pelzkragen“, 1634

mit seiner Porträtkunst auch sich selbst und seine Ehefrau Saskia ins rechte Licht. Auf dem Gemälde „Saskia van Uylenburgh“ (um 1634/35–1638/40) tritt die rechte Gesichtshälfte hell beleuchtet aus der Dunkelheit hervor. Sorgfältig hat der Künstler den über Saskias Haar gelegten hauchdünnen Schleier, ihren mit Goldfäden durchwirkten weißen Kragen und die goldenen Glieder ihrer Ketten gemalt.

Der Wechsel von eher summarisch dargestellten und sorgfältig gemalten Partien im starken Lichtkontrast kennzeichnet auch sein „Selbstbildnis mit Hut und zwei Ketten“ (um 1642/43) und viele weitere Gemälde. Aber auch die Konkurrenten verstanden ihr Handwerk, wie etwa

Dirck van Santvoorts spektakuläres „Gruppenbildnis der Regentessen und Aufseherinnen des Amsterdamer Frauenzuchtshauses“ (1638) beweist. Das Großformat zeigt einen recht dunklen Innenraum mit vier schwarz gekleideten Frauen. Strahlend weiße Hauben und Mühlsteinkragen fassen ihre sorgfältig porträtierten Gesichter ein. Drei der Damen beobachten uns, eine zählt Geld.

Im zweiten Teil der Schau spielt die Historienmalerei die Hauptrolle – Rembrandts weitere Paradedisziplin. An ihr rühmten die Zeitgenossen seinen Erfindungsreichtum, der selbst altbekannten Themen verblüffende neue Seiten abgewann. So erstaunt an seinem Gemälde der

Entführung des Ganymed (1635), dass der in Gestalt eines Adlers auftretende Göttervater Zeus nicht etwa den schönen Jüngling, sondern ein heulendes Kleinkind in den Fängen hält, das sich in die Hose macht, wenn es denn eine anhätte.

Neben der antiken Mythologie standen auch die Protagonisten des Alten Testaments beim Amsterdamer Publikum hoch im Kurs. Blutspritzend drastisches Meisterwerk dieses Genres ist „Die Blendung Simsons“ (1636). Rembrandt versetzt uns in ein Zelt, aus dem eine Frau mit geraubtem Haarschopf in der erhobenen Linken enteilt. Auch hier wieder gilt das für Rembrandt charakteristische Gestaltungsprinzip „Licht aus, Spot an!“.

Das Licht fällt auf einen schmerzgekrümmt zu Boden gegangenen Mann, den fünf bewaffnete Gestalten überfallen. Einer sticht ihm die Augen aus. Auf diese so nie zuvor ins Bild gesetzte Weise schildert Rembrandt die Geschichte des Richters Simson, dem Gott übermenschliche Stärke verlieh. Die hielt so lange an, wie Simsons Haar ungeschnitten blieb. Dieses Geheimnis entlockte ihm seine Geliebte Delila und lieferte den Schlafenden nach dem Haarschnitt seinen Feinden aus: den sie für ihren Verrat gut bezahlenden Philistern.

Der Ausstellungstitel „Nennt mich Rembrandt!“ spielt darauf an, dass der Meister bald nach seiner Ankunft in Amsterdam gemäß dem Vorbild berühmter italienischer Künstler wie Tizian und Raffael nur noch mit seinem Vornamen signierte. Braun und somit unauffällig hat er sein „Rembrandt“ unter den geblendeten Simson ins Bild gesetzt. Dagegen wird seine Signatur im Meisterwerk „Judith beim Bankett des Holofernes (?)“ (1634) geradezu zum Blickfang.

Das Fragezeichen hinter dem Bildtitel weist darauf hin, dass es sich bei ihm um eine Vermutung handelt. Links entdeckt man in der Dunkelheit einen Kopf. Soll das der Feldherr Holofernes sein, dem Judith zur Errettung ihrer Heimatstadt den Kopf abschneiden wird? Hell beleuchtet reißt Rembrandt die seelenruhig neben einem Tisch sitzende alttestamentliche Heldin aus der Bilddunkelheit. Ihre linke Hand liegt an einer blauen Armlehne. Auf dieser funkelt in goldenen Buchstaben Rembrandts Signatur.

● Bis 30. Januar im Städel-Museum, Schaumainkai 63, Frankfurt am Main, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr, Eintritt ab 16 Euro. Internet: www.staedelmuseum.de. Der Katalog aus dem Hirmer Verlag kostet im Museum 39,90 Euro, im Buchhandel 49,90 Euro

LITERATUR

Das Lachen ist ein scharfes Schwert

Im Humor vereint: Molière und Grimmelshausen, die beide vor 400 Jahren geboren wurden

Die großen europäischen Kulturnationen waren in den zurückliegenden Jahren im Jubiläumsrausch. Anlässlich runder Jahrestage hatten England, Spanien, Deutschland und Italien voller Stolz wegweisende Geistesgrößen auf den Schild gehoben und riefen 2016 das Shakespeare- und Cervantesjahr, 2017 das Lutherjahr oder zuletzt 2021 das Dantejahr aus.

Fehlte bloß noch Frankreich. Aber das hat sich mit dem 400. Geburtstag des Dramatikers Molière jetzt erledigt. Gefeierte wird ab 15. Januar, dem Tag seiner Taufe. In seiner Heimat genießt der Autor einen ähnlichen Kultstatus wie Shakespeare in Großbritannien: Beide sind identitätsstiftende Bindeglieder ihrer Nation. Und neben den Stücken von Shakespeare zählen Molières Komödien wie „Der Menschenfeind“, „Der Geizige“ oder „Der eingebildete Kranke“ zu den ältesten Klassikern, die sich noch in den Repertoires heutiger Theater halten – von denen antiker Dramatiker wie Aristophanes mal abgesehen.

Doch anders als sein Kollege von der britischen Insel, der auch Tragödien und Historienstücke verfasst hat, hinterließ

Molière ausschließlich Komödien. Weil er über viel Humor verfügte? Nicht nur. Das Lachen kann auch ein scharfes Schwert sein, das tief in soziale Missstände sticht. Eines seiner bekanntesten Stücke, „Tartuffe“, traf so präzise die Scheinheiligkeit der französischen Hofgesellschaft, dass es nach der Premiere auf Schloss Versailles verboten wurde, obwohl Ludwig XIV. Gefallen daran fand.

Molière zählte neben den Dramatikerkollegen Corneille und Racine, den Musikerfreunden Lully, Charpentier und Couperin sowie den Dichtern Boileau und La Fontaine zu den Künstlern, die der Sonnenkönig am Hof protegierte, weshalb man in Frankreich das 17. Jahrhundert auch als das Grand Siècle, das Große Jahrhundert, bezeichnet. Nach strapaziösen Wanderjahren mit einer Schauspieltruppe traf der aus einer Pariser Händlerfamilie stammende Molière als Hoftheaterdirektor, dessen Ensemble den Titel „Königliche Theatergruppe“ führen durfte und in dessen Stücken Ludwig XIV. höchstpersönlich in den Balletteinlagen mitwirkte, auch finanziell ideale Bedingungen an. Er

nutzte sie, um mit Typensatiren die Hofgesellschaft aufs Korn zu nehmen.

Anders als die Tragödie war die Komödie in der Französischen Klassik, wie die barocke Stilepoche Ludwigs XIV. genannt wird, nicht hoch angesehen. Molière schaffte den Umschwung. Aus seiner Theatergruppe erwuchs 1680 die Comédie-Française, die heute als eine von sechs Bühnen den Rang eines Nationaltheaters mit nationalem Kulturauftrag besitzt. Zu Molières Geburtstag stellt das Haus an der Pariser Place Colette alljährlich in einem Glaskasten vor dem Eingang jenen



Warten auf den Autor: Der leere Molière-Stuhl in der Comédie-Française Foto: pa

Stuhl aus, von dem aus Molière beim „Eingebildeten Kranken“ Regie führte.

1673 starb Molière in Paris. Und nur drei Jahre später starb im deutschen Renchen unweit der heutigen französischen Grenze nahe des Rheins ein gleichaltriges deutsches Schriftstellergenie, das mit Molière viel gemeinsam hatte: Hans Jakob Christoffel von Grimmelshausen, der Autor des barocken „Abenteuerlichen Simplicissimus Teutsch“. Auch er wurde vor 400 Jahren geboren. Da man aber weder sein genaues Geburts- noch Taufdatum hatte, fallen die Feiern viel geringer aus. Dabei fand auch er einen Weg, eine blutige Hölle, die des Dreißigjährigen Krieges, die er als Kind und als Soldat miterlebt hatte, auf satirische Weise literarisch zu verarbeiten. Das Lachen aus Verzweiflung – sowohl Grimmelshausen als auch Molière haben es in schwierigen Zeiten perfekt beherrscht. Harald Tews

● Molière-Ausstellung im Espace Richaud von Versailles (15. Januar bis 17. April) und viele weitere Jubiläumsveranstaltungen: www.moliere2022.org

MUSEUM

Freier Eintritt für die Moderne

Am 24. Februar 1997 fand die Eröffnung der Galerie der Gegenwart in Hamburg statt. Aus Anlass des 25. Jahrestags dürfen sich das ganze Jahr über alle Besucher bis zum vollendeten 25. Lebensjahr auf kostenlosen Eintritt freuen. Der Erweiterungsbau der Hamburger Kunsthalle stieß bei den Hanseaten nicht nur wegen der Kostenexplosion während des Baus auf wenig Gegenliebe. Auch das Gebäude selbst, ein von Oswald Mathias Ungers entworfener Kubus, der wie eine würfelförmige Trutzburg vor dem im Stil der Neorenaissance gehaltenen Altbau steht, war für viele gewöhnungsbedürftig. Besucher schätzen vor allem das Café mit Blick auf die Binnenalter, während im Kubus oft eine sterile Ladenatmosphäre herrscht. Um ein junges Publikum im Jubiläumsjahr für moderne Kunst zu begeistern, gibt es eine Reihe neuer Ausstellungen, die am 14. Januar mit „Futura“, eine Schau rund um Zeitlichkeit, „Nachhaltigkeit“ und Visionen startet. Internet: www.hamburger-kunsthalle.de tws

ERNST ZINDEL

Der Konstrukteur der „Tante Ju“

„Der große Dessauer“, der „fliegende Speisewagen“ und der „fliegende Möbelwagen“ stammen auch von dem Junkers-Ingenieur

VON MANUEL RUOFF

Ernst Zindels Wiege stand im niederösterreichischen Mistelbach, unweit des heutigen Dreiländerecks Österreich-Tschechien-Ungarn. Dort kam er vor 125 Jahren, am 23. Januar 1897, zur Welt. Am Ersten Weltkrieg nahm er ab 1914 als Kriegsfreiwilliger teil, nicht etwa in den Streitkräften der Donaumonarchie, sondern im bayerischen 3. Fußartillerie-Regiment mit Sitz in Ingolstadt. Er wurde schwer verwundet und nahm nach dem Ausscheiden aus den Streitkräften 1917 ein Schiffbaustudium an der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg auf. Dort wurde er Assistent am Lehrstuhl für Schiffbau und machte er 1920 sein Examen.

Noch im selben Jahr fing der Jungingenieur mit einem Ein-Jahres-Vertrag auf Probe als Konstrukteur bei der Junkers Flugzeugwerk AG an. Zindel war direkt dem Leiter der Dessauer Forschungsanstalt unterstellt und bearbeitete auch direkt vom Chefkonstrukteur erhaltene Aufgaben, grundsätzlich gute Voraussetzungen für eine Karriere, die er denn auch machte.

Diverse berufliche Tugenden werden an Zindel gelobt. Er war diszipliniert, korrekt, präzise und pünktlich. Er war gut motiviert und engagiert. Er machte das, was Merkel-Fans gerne der Altbundeskanzlerin nachsagen, er ging nüchtern, wissenschaftlich, analytisch, methodisch an die Lösung von Problemen und Aufgaben heran. Modern waren nicht nur die von ihm entwickelten Produkte, sondern er modernisierte auch die Methoden der Konstruktion und der Produktion.

Erstmals warmes Essen im Service

Führungsqualitäten werden ihm auch nachgesagt. So war er nicht nur selbst engagiert, sondern schaffte es auch, andere zu motivieren. Ihm gelang es, seine Mitarbeiter derart an seiner Forschungsarbeit zu beteiligen, dass seine Mannschaft die Probleme und Aufgaben, vor denen er stand, als ihre eigenen ansah und ihn als primus inter pares. Das eröffnete neue Möglichkeiten der Arbeitsteilung.

Erinnert dies an eine Übertragung der typisch preußisch-deutschen Auftragstaktik Helmuth von Moltkes auf das Zivilleben, brach Zindel mit einer ebenfalls als typisch deutsch geltenden Schwäche. In Deutschland wird traditionell großartige Grundlagenforschung betrieben, aber die ökonomische Nutzung der Ergebnisse viel zu häufig dem Ausland überlassen. Das war bei Zindel anders. Er beschränkte



In seiner Wohnung in Bad Homburg mit einem Modell der Junkers Ju 52: Der vor 125 Jahren geborene Ernst Zindel

Foto: pa

sich nicht auf Grundlagenforschung, sondern kümmerte sich auch um die praktische Verwertung ihrer Erkenntnisse.

Nach dem Tod Otto Reuters im Jahre 1922 wurde Zindel von Hugo Junkers mit der Leitung der Flugzeug-Neukonstruktionen betraut. Zwei Jahre nach Reuters Tod fand der Erstflug des dreimotorigen Verkehrsflugzeugs G 23 statt, dessen stärker motorisierte Variante G 24 von 1925 bis 1929 über siebzigmal gebaut wurde. Die G 31, eine vergrößerte Version der G 24, die statt neun 16 Passagieren Platz bot, hatte 1925 ihren Erstflug. Sie ging als „fliegender Speisewagen“ in die Luftfahrtgeschichte ein, wurde in ihr doch erstmals den Passagieren eine warme Mahlzeit angeboten, die ein Stewart auf einer Kochplatte zubereitete und servierte. Mit der viermotorigen G 38, die 1929 erstmals abhob, konstruierte Zindel das seinerzeit größte Landflugzeug.

Das größte Landflugzeug seiner Zeit

Zindels bekannteste Konstruktion ist zweifelsohne die Ju 52. Ursprünglich war die Maschine als Frachtflugzeug konzipiert und musste deshalb mit einem Motor auskommen. Der für die Lufthansa geschaffenen Passagierflugzeugvariante des „fliegenden Möbelwagens“ wurden dann zwei zusätzliche Motoren spendiert. In dieser dreimotorigen Variante erlangte Zindels Wellblech-Konstruktion als Zivil- wie als Militärflugzeug internationale Berühmtheit. 1930 hob die Ju 52/1m erstmals ab, zwei Jahre später die Ju 52/3m.

Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten wurde Junkers aus seinem Unternehmen gedrängt sowie Zindel Prokurist und Konstruktionsdirektor. Im Zuge der nun einsetzenden Aufrüstung spielten militärische Entwicklungen eine größere Rolle. Genannt seien hier die ab 1937 5752-mal gebaute einmotorige Ju 87 „Stuka“ und die ab 1939 14.882-mal produzierte zweimotorige Ju 88. Ebenfalls im Zweiten Weltkrieg militärisch genutzt wurde die Ju 90, doch handelt es sich bei dem von 1937 bis 1939 18-mal produzierten Flugzeug um eine späte Verkehrsflugzeug-Konstruktion Zindels. 40 Passagieren bot der viermotorige „große Dessauer“ Platz.

Nach dem Zweiten Weltkrieg liquidierten die Siegermächte Zindels Arbeitgeber und verboten ihm wie allen Deutschen den Bau von Flugzeugen. Nolens volens wich Zindel auf die Konstruktion von Getrieben aus. Seinen vormaligen Kollegen blieb er verbunden. Er engagierte sich bis zu seinem Tod in der Vereinigung ehemaliger Angehöriger der Junkers-Werke. Am 10. Oktober 1978 starb er in Bad Homburg.



Adelbert Delbrück

Foto: unbekannt

ADELBERT DELBRÜCK

Der „Vater der Deutschen Bank“

Vor 200 Jahren wurde der Mitbegründer und Verwaltungsratsvorsitzende des Geldhauses geboren

Der vor 200 Jahren, am 16. Januar 1822, im preußischen Magdeburg zur Welt gekommene Adelbert Delbrück entstammte einer weitverzweigten Juristen- und Theologenfamilie. Nach der Schulausbildung begann er zunächst ein Studium der Theologie, bevor er zu Jura wechselte. Während die Ausbildung der Familientradition entsprach, wurde er im Gegensatz zu seinem Vater und anderen Familienmitgliedern kein Staatsdiener. Vielmehr wurde er zuerst Justiziar einer neugegründeten Spinnerei und Weberei in Gladbach, bevor er als Generalagent einer Lebensversicherung nach Berlin wechselte. Dort gründete

er 1854 mit rheinischen Kaufleuten das Bankhaus Delbrück, Leo & Co.

Wenn Delbrück auch kein Staatsdiener geworden war, so interessierten ihn doch neben der Betriebswirtschaft auch die Volkswirtschaft, das große Ganze, die Politik. So engagierte er sich im Ältesten-Collegium der Berliner Kaufmannschaft für die Börse und als Gründungsmitglied der liberalen Deutschen Fortschrittspartei in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. 1861 gehörte er zu den Mitbegründern des Deutschen Industrie- und Handelstages, dem er auch als Vorsitzender diente.

Ab 1869 trieb Delbrück die Idee um, „eine große Bank zu schaffen, hauptsächlich für den überseeischen Handel, die uns unabhängig machen sollte von England und den Kreditgewährungen, die der deutsche Kaufmann nur in London fand und suchen konnte“.

Für das Projekt gewann er Ludwig Bamberger, einen der wichtigsten Finanzpolitiker der Reichsgründungszeit, sowie Victor Karl Magnus, dessen Bankhaus Aktien im Wert von 175.000 Talern zeichnete und der den Vorsitz im Verwaltungsrat der 1870 gegründeten Deutschen Bank übernahm. Als Magnus aus gesundheitli-

chen Gründen den Vorsitz abgeben musste, übernahm Delbrück ihn.

In dieser Eigenschaft nahm der sogenannte Vater der Deutschen Bank in den Anfangsjahren großen Einfluss auf die Geschichte der Aktiengesellschaft, geriet darüber aber in Konflikt mit ihrem ersten geschäftsführenden Direktor, Georg von Siemens. Vor dem Hintergrund dieses Konfliktes und gesundheitlicher Probleme legte er 1889 den Vorsitz nieder und schied aus dem Verwaltungsrat aus, der daraufhin zum Aufsichtsrat herabgestuft wurde. Delbrück starb am 26. Mai 1890 während eines Kuraufenthalts in der Schweiz. M.R.



Während des ersten Mauerschützenprozesses: Der Angeklagte Andreas Kühnpast steht an der Seite seiner Mutter der Mutter des getöteten Chris Gueffroy gegenüber

FEODOSIJA

Massaker der Roten Armee auf der Krim

Die Rote Armee beging im Zweiten Weltkrieg zahllose schwere Kriegsverbrechen, zu denen auch die Tötung von Kriegsgefangenen oder verwundenen Soldaten der Gegenseite gehörte. Einige dieser Völkerrechtsverletzungen wurden durch die Wehrmacht-Untersuchungsstelle (WUSt) dokumentiert. Dazu gehört auch das Massaker von Feodosija. Es stand für ein besonders grausames Vorgehen, war aber niemals Gegenstand von Gerichtsverhandlungen – ganz im Gegensatz zu den Verstößen deutscher Militärs gegen die Genfer Konvention und ähnliche Regelungen.

Die Nachricht von den gewaltsamen Übergriffen gegen Insassen eines Lazarets der Wehrmacht erreichte die WUSt am 18. Januar 1942. An jenem Tag kam es zur Rückeroberung der seit November 1941 von deutschen Truppen besetzten Hafenstadt Feodosija auf der Krim, die sich Anfang 1942 kurzzeitig wieder in sowjetischer Hand befunden hatte. Als das Infanterie-Regiment 105 der 11. Armee unter Oberst Friedrich-Wilhelm Müller in Feodosija einrückte, stießen die Soldaten auf rund 160 ermordete deutsche Schwerverwundete. Hierzu sagte

„Die Leichen trugen zum großen Teil noch Gipsverbände und Schienen ... und wiesen deutlich Merkmale auf, die den Schluss rechtfertigen, dass sie mit stumpfen Gegenständen erschlagen worden sind“

Rudolf Burkhardt
Stabsarzt der Wehrmacht

der Stabsarzt Rudolf Burkhardt gegenüber einem Ermittler der WUSt: „Die Leichen trugen zum großen Teil noch Gipsverbände und Schienen ... und wiesen deutlich Merkmale auf, die den Schluss rechtfertigen, dass sie mit stumpfen Gegenständen erschlagen worden sind.“

Doch damit nicht genug: Am Strand unweit des Lazarets fand der Mediziner „eine weitere deutsche Leiche, die durch fortgesetztes Überspülen mit Meerwasser in eine Glasschicht gehüllt war“. Dass man letztlich sogar mehrere Verwundete in die Brandung geschleppt hatte, wo sie dann starben, belegen erhalten gebliebene Fotografien vom Januar 1942 sowie die Protokolle der Aussagen dreier sowjetischer Zeugen. Des Weiteren berichtete der Krankenpfleger Bursud aus Feodosija, Rotarmisten hätten sich ihm gegenüber gerühmt, „eine Anzahl deutscher Schwerverwundeter aus den Fenstern geworfen und sie alsdann mit Wasser übergossen zu haben, damit sie in der Kälte erfrieren sollten.“

W.K.

MAUERSCHÜTZENPROZESSE

VON WOLFGANG KAUFMANN

Gemäß Paragraph 213 des DDR-Strafgesetzbuches galt der „ungesetzliche Grenzübertritt“ als Verbrechen. Und der Paragraph 27 des Gesetzes über die Staatsgrenze der DDR besagte ausdrücklich, dass die Anwendung der Schusswaffe gerechtfertigt sei, „um die unmittelbar bevorstehende Ausführung oder die Fortsetzung einer Straftat zu verhindern, die sich den Umständen nach als ein Verbrechen darstellt“. Daher wurden die vier Grenzposten Andreas Kühnpast, Peter Schmett, Mike Schmidt und Ingo Heinrich vorerst auch nicht bestraft, sondern vielmehr belobigt, nachdem sie die beiden jungen Kellner Chris Gueffroy und Christian Gaudian in der Nacht vom 5. zum 6. Februar 1989 an der Berliner Mauer unter Einsatz ihrer Kalaschnikow-Sturmgewehre gestellt hatten und das Herz des 20-jährigen Gueffroy durchschossen worden war.

Wenige Monate später kollabierte indes das Unrechtsregime in Mitteldeutschland, und die Mutter des letzten Maueropfers stellte im Januar 1990 beim DDR-Generalstaatsanwalt Strafanzeige gegen die Grenzer. Es bedurfte allerdings erst der deutschen Vereinigung, ehe die Staatsanwaltschaft Berlin am 27. Mai 1991 Anklage gegen die Vier wegen gemeinschaftlichen Totschlags erhob.

Das Verfahren vor dem Landgericht der Bundeshauptstadt endete vor 30 Jahren, am 20. Januar 1992, mit Freisprüchen für Schmidt und Schmett sowie einer zweijährigen Bewährungsstrafe für Kühnpast wegen seines nicht tödlichen Dauerfeuers auf die Flüchtenden. Dahingegen sollte der zur Tatzeit 23 Jahre alte gelernte Elektromonteur Heinrich für drei Jahre und sechs Monate ins Gefängnis, weil er gezielte Schüsse auf Gueffroys Oberkörper abgegeben hatte.

Radbruchsche Formel

Dieses Urteil wurde jedoch am 14. März 1994 vom Bundesgerichtshof (BGH) mit der Begründung aufgehoben, dass die Wehrpflichtigen Heinrich und Kühnpast „in gewisser Weise auch Opfer des Grenzregimes gewesen“ seien. Anschließend

reduzierte eine andere Kammer des Berliner Landgerichts das Strafmaß auf zwei Jahre Gefängnis auf Bewährung für Heinrich und erkannte im Falle von Kühnpast auf Freispruch.

Allerdings verpflichtete der Bundesgerichtshof die Gerichte in seiner Entscheidung dazu, die vorsätzliche Tötung von sogenannten Republikflüchtigen prinzipiell als nicht gerechtfertigten Totschlag zu bewerten, losgelöst davon, was im DDR-Grenzgesetz stand. Dabei berief sich der BGH explizit auf die sogenannte Radbruchsche Formel, eine im Jahre 1946 aufgestellte These des deutschen Rechtsphilosophen Gustav Radbruch in Bezug auf die Möglichkeit der Ahndung von Verbrechen während der Zeit des Nationalsozialismus. Diese besagte, dass sich niemand auf „unerträglich ungerechte“ Gesetze berufen könne, einschließlich solcher, welche die Gleichheit aller Menschen „bewusst verleugnen“. Und die Schwelle zum außerordentlichen Unrecht sei eben auch im Paragraphen 27 des Gesetzes über die Staatsgrenze der DDR überschritten worden, so der BGH. Deshalb greife das im Artikel 103 des Grundgesetzes festgeschriebene Verbot der rückwirkenden Bestrafung im Falle der Mauerschützen nicht. Kein Bürger eines Staates sollte davon ausgehen, dass dessen „Staatspraxis“ auf ewig Bestand habe. Diese Ansicht wurde später vom Bundesverfassungsgericht und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg geteilt.

Neben denjenigen Angehörigen der Grenztruppen, die an der Mauer und an-

Der letzte Todesfall führte zum ersten Verfahren

In 131 Prozessen wegen der Schüsse und Minenexplosionen an der innerdeutschen Grenze wurden 385 Urteile gefällt, das erste vor drei Jahrzehnten, das letzte eineinhalb Jahrzehnte nach dem Mauerfall

Die 131 Prozesse

112

Verfahren fanden in Berlin oder Potsdam statt.

19

Verfahren fanden in Neuruppin statt.

275

Täter erhielten Haft- oder Bewährungsstrafen.

derswo auf „Republikflüchtige“ geschossen und damit gegen elementare Menschenrechte verstoßen hatten, mussten sich ab dem 13. November 1992 auch die „Täter hinter den Tätern“ verantworten, denen vorgeworfen wurde, andere Personen wie eben Heinrich als Werkzeug benutzt zu haben. Dazu gehörten nach Ansicht der bundesdeutschen Justiz die Mitglieder der DDR-Staatsführung Erich Honecker, Erich Mielke, Willi Stoph, Heinz Kessler, Fritz Streletz und Heinz Albrecht. Da Honecker, Mielke und Stoph als verhandlungsunfähig galten, erhielt nur der Rest der Angeklagten Freiheitsstrafen zwischen fünf Jahren und einem Monat und siebeneinhalb Jahren wegen Totschlags.

In einem weiteren Prozess vor dem Landgericht Berlin ergingen am 25. August 1997 Urteile gegen die Mitglieder des SED-Politbüros Egon Krenz, Günter Schabowski und Günther Kleiber. Die beiden Letztgenannten bekamen eine Haftstrafe von drei Jahren, während Honeckers „Kronprinz“ und Nachfolger sechseinhalb Jahre ins Gefängnis sollte.

„Täter hinter den Tätern“

Außerdem standen ab dem 1. März 1994 zehn ehemalige Offiziere der Nationalen Volksarmee im Generals- oder Admiralsrang vor Gericht, die im Rahmen ihrer Mitgliedschaft im Kollegium des Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR auch Befehle bezüglich des Grenzregimes erlassen hatten. Dort kam es zu vier Verurteilungen wegen Beihilfe zum Totschlag. Die höchste Strafe waren drei Jahre und drei Monate.

Insgesamt wurden ab dem 20. Januar 1992 wegen der Schüsse und Minenexplosionen an der innerdeutschen Grenze in 131 Prozessen 385 Urteile gefällt. Dabei erhielten 275 Täter Haft- oder Bewährungsstrafen. 110-mal wurden die Angeklagten freigesprochen.

Die letzte Verhandlung endete am 9. November 2004, genau eineinhalb Jahrzehnte nach dem Fall der Mauer. Auf der Anklagebank saßen diesmal vier ehemalige Pionier-Offiziere der DDR-Grenztruppen. Sie zeichneten verantwortlich für die Installation von Splittermine des Typs SM-70, durch deren Detonation vier Menschen starben. Der Prozess endete mit einem Schuldspruch.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die regierungsnahen Leitmedien meldeten zuletzt immer lauter: „Querdenker-Demos eskalieren“, „Corona-Leugner werden radikaler“ und „Gewalt bei Querdenker-Aufzügen“. Dabei stellt sich die Frage, wer tatsächlich für die zu beobachtenden vereinzelt Übergriffe gegen Polizisten sowie „Berichterstattende“ verantwortlich ist: Militante Impfgegner und Maßnahmen-Kritiker oder sogenannte Agents Provocateurs, welche im Solde der Sicherheitsorgane stehen und die Protestbewegung durch das publikumswirksame Begehen von Straftaten diskreditieren sollen? Letzteres erscheint auf den ersten Blick wie ein weitere wüste Verschwörungstheorie. Doch der Blick auf die Geschichte lehrt, dass der Einsatz solcher Personen hierzulande eine ebenso lange wie unrühmliche Tradition hat.

Am Anfang stand dabei die Schädigung rechter Parteien wie der NPD. So arbeitete zeitweise jeder siebte Funktionär jener Partei für die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder. Und viele der Maulwürfe gaben sich auch alle erdenkliche Mühe, „ihre“ Partei durch die gezielte Verbreitung antisemitischer und offen neonazistischer Hetzschriften oder andere Straftaten in Verruf zu bringen. Dieses Treiben hätte am Ende sogar zu einem Verbot der NPD führen können, wenn der Schwindel nicht 2003 aufgefliegen wäre. Trotzdem hielt der bundesdeutsche Inlandsgeheimdienst an den „Schmutzfüßen“ fest, wie der frühere Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen die Brunnenvergifter nannte.

Peter Urbach und die RAF

Spätestens ab 1968 wurden Provokateure in die linke Szene eingeschleust. So lieferte der V-Mann des Berliner Verfassungsschutzes Peter Urbach Waffen, Bomben und Molotowcocktails an Personen aus dem studentischen Milieu, die später zu den Gründungsmitgliedern der Rote Armee Fraktion und der linksterroristischen Bewegung 2. Juni gehörten. Die Brutalisierung von Teilen der Linken geht also zumindest auch auf das Konto des Staates. Waren es in den 1970er Jahren die „Stadtguerillas“, welche Schützenhilfe von Leuten wie Urbach erhielten, so infiltrierten die Anstifter aus den Reihen der Polizei und des Inlandsgeheimdienstes anschließend auch diverse Hausbesetzer- und Anarchisten-Gruppierungen.

Weiter ging es nach der Jahrtausendwende mit der Unterwanderung der Umweltaktivisten-Bewegung und globalisierungskritischer Zusammenschlüsse. 2007 riefen Provokateure während der Proteste gegen den G-8-Gipfel in Heiligendamm zur Gewalt gegen die „Bullen“ auf und



„Taktische Provokateure als verummte Steinwerfer“: Die tagelangen G-20-Krawalle in Hamburg 2017 machten weltweit Schlagzeilen

Foto: Mauritius

DEMONSTRATIONEN

Das trübe Treiben der „Schmutzfüße“

Seit Jahrzehnten setzen deutsche Sicherheitsorgane Agents Provocateurs ein, um massive Maßnahmen gegen Protestbewegungen zu rechtfertigen

schufen so die Handhabe für massive Einschränkungen des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit, die später sogar das Bundesverwaltungsgericht rügte.

Ähnlich ging es im Juli 2018 im Vorfeld des G-20-Gipfels zu, als eingeschleuste Zivilbeamte der Polizei durch ihre rechtswidrigen Vermummungen passende Anlässe für die Auflösung von Demonstrationen schufen. Zuvor hatte der Linksfraktionschef Gregor Gysi den Verdacht geäußert, „dass bestimmte V-Leute geradezu zur Gewalt animieren, um das politische Anliegen totzumachen“. Dabei bezog er sich auch auf Äußerungen eines Polizisten gegenüber dem „Hamburger Abendblatt“: „Ich weiß, dass wir bei brisanten Großdemos verdeckt agierende Beamte, die als taktische Provokateure, als verummte Steinwerfer fungieren, unter die Demonstranten schleusen. Sie werfen auf Befehl Steine oder Flaschen in Richtung der Polizei, damit die dann mit der Räumung beginnen kann.“

Solche Agents Provocateurs sollen auch während der Proteste gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21 im September 2010 aktiv geworden sein, woraufhin die Sicherheitskräfte massiv Gewalt gegen die überwiegend friedlichen Demonstranten einsetzten. So kursierten Berichte über einen Vermummten mit professionellem Rückenprotector und Funkstöpsel im Ohr, der Polizisten mit Pfefferspray attackierte, was sogar zu Parlamentarischen Anfragen im Landtag von Baden-Württemberg führte. Dennoch unterließ es die Stuttgarter Staatsanwaltschaft, nach dem Angreifer zu fahnden.

Kritische Polizisten opponieren

Möglicherweise handelte es sich bei ihm um einen Kollegen des britischen Agent Provocateur Mark Kennedy alias Mark Stone, der zwischen 2002 und 2009 die linke Szene in zwei Dutzend Staaten ausspionierte und dabei vielfach zu Straftaten aufstachelte. Kennedy arbeitete für

die 1999 gegründete, von Scotland Yard geführte National Public Order Intelligence Unit (NPOIU) und war auch in Deutschland aktiv. Wie der damalige Chef des Bundeskriminalamts Jörg Ziercke im Januar 2011 vor dem Bundestags-Innenschuss eingestehen musste, ist Kennedy im Vorfeld des Gipfels in Heiligendamm von den Sicherheitsbehörden in Mecklenburg-Vorpommern angefordert worden und später noch auf Vermittlung des BKA für die Polizei in Baden-Württemberg tätig gewesen.

Wahrscheinlich deswegen hatte die Bundesarbeitsgemeinschaft kritischer Polizistinnen und Polizisten im Oktober 2010 eine Pressemeldung veröffentlicht, in der sie den Einsatz eines „von Steuergeldern finanzierten Agent Provocateur“ anprangerte. Ähnlich ablehnend äußerte sich der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages 2018 per Gutachten auf Anforderung der Linkspartei: Der Staat dürfe „in keinem Fall unmittelbar durch seine

Beamten oder mittelbar durch sie als Agents Provocateurs einen Grund für die Auflösung einer Versammlung schaffen.“

Aber halten sich die Sicherheitsorgane jetzt tatsächlich zurück? Nach Ansicht etlicher Organisatoren von Protestaktionen gegen die Corona-Politik ist dies mitnichten der Fall. So gab es im Vorfeld der großen Querdenker-Demonstration vom 3. April 2021 in Stuttgart Hinweise darauf, dass einhundert gewaltbereite „Hooligans“ bereitstünden, um zu randalieren und so massive Gegenreaktionen der Sicherheitskräfte zu rechtfertigen. Diese Krawallmacher traten zwar nicht in Erscheinung, was vielleicht aus den gezielten präventiven Anfragen der Veranstalter an die Polizei resultierte, dafür wurden aber mehrere Kleingruppen anderer Unruhestifter gesichtet, die sich auffällig von den übrigen Umzugsteilnehmern abhoben. War das nur Zufall oder zeigte sich da unvermittelt die Spitze eines veritablen Eisbergs?

MEINUNG

Die verdrängte Selektion

Der Schutz der Hochbetagten rückte mit der Pandemie verstärkt ins Blickfeld – doch was ist mit den Ungeborenen?

Nach dem Triage-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts hat die grüne Familienministerin Anne Spiegel einen besseren Schutz für Hochbetagte gefordert, sie sagte: „Der Staat und wir alle als Gesellschaft haben die Pflicht, die Schwächsten unter uns besonders zu schützen“. Nach diesen Worten hätte man glauben können, der Papst habe gesprochen. Denn genau das fordern die Päpste seit Jahrzehnten. Nur meinen sie damit alle Schwächsten der Gesellschaft, die Ampel setzt sich jedoch nur für einen Teil ein.

Für die Kirchenoberhäupter ist das Lebensrecht der Hochbetagten durch die Pandemie genauso bedroht, wie das Lebensrecht der ungeborenen Menschen am Anfang des Lebens. Besonders Papst Franziskus betont immer wieder, dass das

Lebensrecht von beiden Enden des Lebens her immer stärker in Gefahr sein mag, dass das jetzt im Zusammenhang mit der Medizinethik um die Triage besonders deutlich wird, aber bereits vor der Pandemie hatte der Papst dies immer wieder betont.

Ministerin Spiegel hat mit ihrem Kommentar zum Lebensrecht der Hochbetagten selbst den Beleg dafür erbracht, dass Franziskus mit seiner Betonung der Bedrohung des Lebens von den beiden Enden her Recht hatte. Doch scheint es so, dass die Ampelkoalition die Bedrohung durch die Selektion am Lebensbeginn, also die Abtreibung, nicht nur verleugnet, sondern diese sogar begünstigt. Denn nichts anderes ist das von Spiegel vehement verteidigte Projekt zur Abschaffung

des Paragraphen 219a, der ein Werbeverbot für Abtreibungsärzte und -kliniken beinhaltet, und dessen Streichung die Ampel zu einem ihrer ersten gemeinsamen Regierungsprojekte gemacht hat.

Wieder mehr Abtreibungen

Dass Abtreibung durchaus auch eine Selektion darstellt, beweisen nicht nur die Möglichkeiten der pränatalen Diagnostik, die heute dazu führen, dass fast keine Behinderten mehr geboren werden, weil durch diese Diagnostik eine Art vorgeburtliche Selektion des Lebens möglich ist und deshalb durchgeführt wird. Aber selbst Behindertenverbände, die jetzt das Karlsruher Triage-Urteil angestrengt haben, gehen nicht gegen die Diskriminierung von Behinderten bei der pränatalen

Diagnostik im Zusammenhang mit Abtreibung vor.

Die Pandemie schafft ihre eigenen Regeln und Gesetze. Sie wird die Lebenserwartung der Menschen, wenn auch vielleicht nur vorübergehend, verkürzen, weil vor allem ältere, vorbelastete und behinderte Menschen zur Gruppe der am stärksten Betroffenen gehören. Aber infolge von Corona, das zeigen nach fast zwei Jahren Pandemie Demographieforschungen immer mehr, ist es auch zu einem Einbruch bei der Geburtenhäufigkeit gekommen.

Die weltweite Geburtenstatistik weist seit vergangenem Jahr nur noch eine Rate knapp über der Reproduktionsziffer von 2,1 Geburten pro Frau aus. Immer mehr Staaten verzeichnen historisch niedrige

Geburtenziffern, immer mehr Ländern stehen erstmals rote Zahlen bei der Bevölkerungsentwicklung bevor.

In Deutschland, wo es bereits seit 1973 negative Bevölkerungssalden gibt, hat die Pandemie erstmals seit Jahren wieder für ansteigende Abtreibungszahlen gesorgt. Schon die Statistik, ganz gleich wie man ethisch dazu steht, zeigt, dass beide Bedrohungen des Lebens durch Corona am Anfang und Ende des Lebens wissenschaftlich zusammengehören.

Die Ampel will diesen Zusammenhang zwar noch nicht wahrhaben, sie spricht von der Pandemie nur als einer Bedrohung am Ende des Lebens, die Bedrohung am Anfang des Lebens scheint sie zu ignorieren, vielleicht aus Rücksicht auf ihre Wahlversprechen. *Bodo Bost*



KRAUPISCHKEN

Brücke zwischen den Völkern und Zeiten

Jurij Userzow baut ein neues Heimatmuseum und gibt eine Postkartensammlung heraus

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Jurij Userzow ist sicher vielen Ostpreußen bekannt, denen er auf ihren Reisen bereitwillig sein Schulmuseum in Kraupischken/Breitenstein [Uljanowo] im Kreis Ragnit zeigte.

Das in vier Räumen der örtlichen Mittelschule untergebrachte Heimatmuseum in Kraupischken/Breitenstein wurde auf seine Initiative am 17. November 1981 eröffnet. War es anfangs noch recht klein und bescheiden, wuchs seine Sammlung nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs allmählich beträchtlich. Dank der Hilfe der ehemaligen Bewohner Ostpreußens wurde es über die Grenzen der Region hinaus bekannt. Das kleine Museum haben Gäste aus zirka 60 Ländern der Welt besucht.

Immer noch bringen Besucher weitere Materialien fürs Museum, Fotos, Urkunden, Dokumente und persönliche Sachen aus der Vorkriegszeit mit, sodass Userzow Probleme mit der Unterbringung der Erinnerungsstücke und Zeitzeugnisse bekam. Inzwischen hat er aus eigenen Mitteln ein leer stehendes Haus aus dem Jahr 1907 gekauft, das sich in der Nähe der Schule befindet. Dort soll ein neues Heimatmuseum entstehen.

Zunächst sind jedoch umfangreiche Renovierungsarbeiten vonnöten, die Userzow teils mit Spenden finanziert. Sein Ziel ist es, die ostpreußische Geschichte weiterhin zu pflegen, damit die kommenden Generationen das Land ihrer Vorfahren kennenlernen können. Sein Museum soll der Völkerverständnis dienen, als Brücke zwischen den Völkern und den Zeiten.

Neben seiner Tätigkeit als Museumsdirektor hat Userzow eine einzigartige Sammlung von alten Ansichtskarten als Buch mit dem



Mit seinem Buch: Jurij Userzow



Von außen bereits fertiggestellt: Gebäude des zukünftigen Heimatmuseums in Kraupischken/Breitenstein

Foto: J.U.

Titel „Ostpreußen in alten Ansichtskarten“ herausgegeben. Die Auswahl zeigt das historische Aussehen der Städte und Gemeinden des Bernsteinlandes.

Als Heimatforscher sammelte der ehemalige Schuldirektor viele Jahre Postkarten mit Stadtansichten, die er von Reisen mitbrachte. Als sich die Grenzen des Königsberger Gebietes in den 1990er Jahren öffneten, sah er zum ersten Mal die alten Postkarten mit Ansichten des Heimatortes Kraupischken/Breitenstein und begann fortan, sie zu sammeln.

„Als erste erschienen in meiner Sammlung die Karten, die mir die ehemaligen Einwohner unseres Ortes ge-

schenkt haben: die Lehrerin Elli Kötter aus Dortmund, Edith Handke (geb. Jurat) aus Groß Bardau, Helga Hartmann (geb. Birkandt) aus Nienhagen, Irmgard Büllmann (geb. Gruber), Manfred Janke (Wedel), Johann-Heinrich Schlenther (Husum), Werner Benger, geboren in Ebenrode, Klaus Martinowski, geboren in Insterburg, Irene Tiefert (geb. Lemke) aus Laschnicken, der Sammler von Ansichtskarten aus Ragnit Siegmund Stowinsky, die Sammlerin von Nemmersdorf Gerda Nasner, und viele andere“, erzählt Userzow.

Sammlung dank vieler Ostpreußen

Dank dieser vielen Ansichtskarten, zu denen mit der Zeit immer mehr neue dazu kamen, kann man sich heute vorstellen, wie es neben den größeren Städten Ragnit, Tilsit, Königsberg und Insterburg in Orten wie Lengwethen, Untereißeln oder Schillen einmal ausgesehen hat. „Meine Sammlung umfasst über 200 Postkarten mit alten Ansichten von

45 Städten und Gemeinden unserer Region, die älteste stammt von 1900. Ich träumte immer davon, sie in einem Buch herauszugeben.“

Ein interessantes Vorwort zum Buch „Ostpreußen in alten Ansichtskarten“ hat die Historikerin Angelika Spiljowa geschrieben. „Die Sammlung der Postkarten habe ich seit Mitte der 1990er Jahre gesammelt. Es kamen Ostpreußen, und sie brachten unter anderem Ansichtskarten, Fotos, und verglichen damit, wie es früher gewesen war und was heute daraus geworden ist. Einige Ansichtskarten bekam ich in Deutschland in den Familien, bei denen ich zu Gast war. Sie wurden in Familienarchiven als Andenken an die alte Heimat und Heimatorte aufbewahrt“, kommentiert Userzow.

• **Museum** Uljanowskaja srednjaja ob-scheobrasowatelskaja schkola, ul. Schkolnaja 8, 238716 Uljanowo/Kaliningradszkaja oblast, E-Mail: uljanowo-schola@bk.ru

MELDUNGEN

Renovierung in Heilsberg

Heilsberg – Mehr als umgerechnet 3,7 Millionen Euro wird die dritte Etappe der Renovierung der Heilsberger Burg aus dem 14. Jahrhundert kosten. Es entstehen eine neue Beleuchtung, Grünanlagen und eine neue Brücke. Bei den Arbeiten werden auch die Festungsmauern des Schlosses ausgebessert. Die Stadtverwaltung versprach auch neue Parkplätze in der Nähe. Das Ermländische Museum wartet mit einem Bildungsangebot in der Burg Heilsberg auf. Das neue Angebot des Museums soll die Anziehungskraft Heilsbergs vergrößern, Der Bürgermeister der Stadt, Jacek Wisniewski, hofft auf mehr Tourismus. Die Arbeiten sollen in diesem Frühjahr beginnen und im Jahre 2024 beendet sein. Mehr als 2,6 Millionen Euro kommen aus dem sogenannten norwegischen Fonds der Europäischen Union, der Rest wird aus eigenen Mitteln der Woiwodschaft bestritten. PAZ

Schneller an der Grenze

Treuburg – Die Arbeiten zum Bau der Rail Baltica betreffen auch Treuburg. Die polnischen Staatsbahnen (PKP) haben einen Vertrag über einen Bauabschnitt von Lyck nach Trakiszki (an der Grenze zu Litauen) unterschrieben. Der Vorsitzende der PKP, Ireniusz Merschel, unterstrich, dass die Einwohner einen besseren Zugang zur Eisenbahn erhalten werden. „Modernisiert wird der gesamte Abschnitt Lyck-Treuburg, verbunden mit einer Ausfahrt zum Bahnhof Treuburg. Hier werden die Züge mit einer Geschwindigkeit von 160 Kilometern pro Stunde fahren. Die Reise von Lyck nach Treuburg wird mit einem Regionalzug 20 Minuten dauern.“ Mit dem schnellsten Zug wird man von Lyck zur litauischen Grenze in Trakiszki in 40 Minuten gelangen. Die gesamten Bauarbeiten auf der Strecke Lyck-Trakiszki beginnen im Jahr 2024 und werden drei Jahre dauern. PAZ

KÖNIGSBERG

Restaurierung des Königstors vollendet

Skulpturen König Friedrichs I., Herzog Albrechts und König Ottokars II. mussten erneuert werden

Im Herbst vergangenen Jahres haben in Königsberg Restauratoren aus St. Petersburg drei Skulpturen und fünf Wappen des Königstors repariert. Die Arbeiten waren notwendig, weil die Köpfe der Könige rissig geworden waren und die Oberfläche der Wappen abzublättern begann. Die Kosten für die Arbeiten beliefen sich umgerechnet auf gut 17.000 Euro, die das Staatsministerium für Kultur finanzierte. Die Arbeiten wurden nun abgeschlossen.

Die erste umfangreiche Restaurierung am Königstor wurde vor der 750-Jahr-Feier der Stadt im Jahr 2005 durchgeführt. Seither ist das Königstor als Baudenkmal von nationaler Bedeutung eingestuft und gilt als eine der beliebtesten Sehenswürdigkeiten der Stadt.

1843 beteiligte sich der preußische König Friedrich Wilhelm IV. als Bauherr an dem im romantisch-neugotischen Backsteinstil erbauten Stadttor. Das Königstor

war ein Element des inneren Verteidigungsringes der Stadt, der während des Zweiten Weltkriegs schwer beschädigt wurde.

Den drei Skulpturen von König Friedrich I., Herzog Albrecht und König Ottokar II., die die Fassade schmückten, wurden die Köpfe abgeschlagen. Das Tor wurde baufällig, obwohl es 1960 in die Liste der historischen Denkmäler der Stadt aufgenommen worden war. 1976 wollten die regionalen Behörden gar die Reste der Flachreliefs und Medaillons vollständig zerstören, doch Denkmalschutzexperten erhoben dagegen Einspruch. Kurze Zeit später wurde in den Räumlichkeiten des Tors eine Buchhandlung eröffnet.

Die Versuche, das Tor abzureißen, hörten jedoch nicht auf. Im Jahr 1978 wurde eine Sonderkommission des Kulturministeriums nach Königsberg entsandt, um die Frage nach dem Wert des Tores zu klären.

Im Ergebnis wurde sein Schutzstatus bestätigt. In den Jahren der Perestrojka wurde das Tor als Lager genutzt. Nach

dem Zusammenbruch der Sowjetunion verschlechterte sich sein Zustand zusehends.



Nach Verschönerungsarbeiten: Das Königstor

Foto: J.T.

Erst 2004 änderte sich sein Schicksal, als beschlossen wurde, die Eröffnung der Jubiläumsfeier in der Nähe des Königstors abzuhalten. In nur sechs Monaten wurde das Tor aus Ruinen in sein ursprüngliches Aussehen zurückverwandelt.

Im Torinneren befinden sich heute eine Außenstelle des Weltozeanmuseums sowie die Ausstellung „Das historische und kulturelle Zentrum der Großen Botschaft“. Das Museum zeigt Ausstellungen zu den Ursprüngen und der Entwicklung von Königsberg sowie zu den Besuchen bedeutender Persönlichkeiten der Stadt. Besucher erfahren mehr über die Große Botschaft von Peter dem Großen, die Partnerstädte von Königsberg sowie über die Botschaften und Konsulate, die in der Stadt tätig waren. Das Museum beherbergt auch die preußische Wunscherfüllungskatze, wegen der viele Touristen hierher kommen.

Jurij Tschermyschew

**ZUM 100. GEBURTSTAG**

Witt, Frieda, geb. **Quednau**, aus Lyck, Yorkstraße 1, am 14. Januar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Drebot, Gertrud, geb. **Seidler**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 16. Januar
Leiss, Irmgard, geb. **Liss**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 20. Januar
Scheller, Hildegard, geb. **Dronsek**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 16. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Abendroth, Christel, geb. **Torner**, aus Lyck, Thorner Straße 1, am 15. Januar
Bartuleit, Ernst, aus Perkuhnen, Kreis Elchniederung, am 17. Januar
Bettin, Dora, geb. **Kischel**, aus Bärting, Kreis Mohrungen, am 12. Januar
Brosowske, Erich, aus Prostken, Kreis Lyck, am 15. Januar
Jurkschat, Rudolf, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 19. Januar
Plaga, Gerhard, aus Lyck, am 16. Januar
Venhaus, Rita, aus Klein Stürlack, Kreis Lötzen, am 19. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Altmeyer, Heinz, aus Lyck, am 14. Januar
Kleine, Elfriede, geb. **Kramberger**, aus Lyck, am 20. Januar
Klietz, Margarete, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 19. Januar
Raupack, Elisabeth, geb. **Scharnowski**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 17. Januar
Wiese, Irmgard, geb. **Launus**, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 15. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Dreipelcher, Dr. Horst, aus Lyck, am 19. Januar
Mäder, Gerda, geb. **Janzik**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 20. Januar

Pfeiffer, Irene, aus Osterode, Ostpreussen, am 19. Januar
Rohde, Kurt, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 19. Januar
Stoll, Willy, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 20. Januar
Trakowski, Gretchen, geb. **Pape**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Gisewski, Werner, aus Abrahamsheide, Kreis Mohrungen, am 16. Januar
Mairwöger, Ursula, geb. **Buttgereit**, aus Lötzen, am 15. Januar
Raphael, Betty, geb. **Pollehn**, aus Herrnbach, Kreis Lyck, am 15. Januar
Reiche, Hilda, geb. **Mikoteit**, aus Finkenhagen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 15. Januar
Winter, Doris, geb. **Nebel**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 19. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Ehlers, Ingrid, geb. **General**, aus Hoheneiche, Kreis Elchniederung, am 17. Januar
Engels, Margarete, geb. **Weiß**, aus Parnehenen, Kreis Wehlau, am 20. Januar
Horn, Otto, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 14. Januar
Lang, Waltraut, geb. **Zahlmann**, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 17. Januar
Pohl, Margarete, geb. **Kalaszewski**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 15. Januar
Ruchotzki, Gerhard, aus Königsdorf, Kreis Heiligenbeil, am 17. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Konstanty, Adalbert, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 14. Januar
Lindner, Heinz, aus Hoffnungsmühle, Kreis Mohrungen, am 15. Januar
Pelludat, Christel, geb. **Kalex**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 17. Januar
Pusch, Gerda, geb. **Polenz**, aus Weiskitten, Kreis Fischhausen, am 15. Januar

Zacher, Hildegard, geb. **Sender**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 15. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Acksel, Irmgard, geb. **Kowalzik**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 20. Januar
Albat, Heinz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. Januar
Albers, Eleonore, geb. **Riemer**, aus Brandlacken, Kreis Wehlau, am 17. Januar
Brauch, Lonny, geb. **Stolz**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 15. Januar
Gayk, Maria, aus Großseedorf, Kreis Neidenburg, am 18. Januar
Heldt, Manfred, aus Groß Dirschkeim, Kreis Fischhausen, am 17. Januar
Kahl, Horst, aus Ortelsburg, am 15. Januar
Kirner, Magdalene, geb. **Ryck**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 14. Januar
Kleinschmidt, Manfred, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 20. Januar
Möller, Hannelore, geb. **Serrek**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 14. Januar
Rathje, Hildegard, geb. **Janzik**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 20. Januar
Sagitzki, Erika, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. Januar
Schütte, Irma, geb. **Schulz**, aus Wartefeld, Kreis Elchniederung, am 17. Januar
Schultz, Willy, aus Wehlau, am 14. Januar
Strasdeit, Heinz, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 17. Januar
Tomuschat, Kurt, aus Schalau, Kreis Tilsit-Ragnit, am 16. Januar
Warda, Edith, geb. **Diederich**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 21, am 19. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Cords, Anneliese, geb. **Stannies**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 20. Januar
Dyer, Gisela, geb. **Schubert**, aus Lyck, Hindenburgstraße 20, am 19. Januar
Ehlers, Dieter, aus Parnehenen, Kreis Wehlau, am 20. Januar

Hipel, Günter, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 18. Januar
Holz, Anni, geb. **Wittenberg**, aus Sanglienen, Kreis Fischhausen, am 18. Januar
Kibbel, Waltraud, geb. **Herrmann**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 17. Januar
Koch, Erna, geb. **Karohs**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 17. Januar
Lopian, Alfred, aus Schwiddern, Kreis Treuburg, am 14. Januar
Prigge, Maria, geb. **Modregger**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 19. Januar
Rinio, Horst, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 14. Januar
Rösler, Bruno, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 18. Januar
Tober, Käte, geb. **Baltruschat**, aus Ebenrode, am 17. Januar
Trimpop, Ruth, geb. **Schwill**, aus Georgenthal, Kreis Mohrungen, am 19. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Berg, Gerhard, aus Eisselbitten, Kreis Fischhausen, am 17. Januar
Janz, Gerhard, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 16. Januar
Leidigkeit, Heinz, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 18. Januar
Leiteritz, Ruth, geb. **Wölk**, aus Linkenau, Kreis Mohrungen, am 20. Januar
Lork, Max, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 16. Januar
Müller, Ingeborg, geb. **Scheffler**, aus Wehlau, am 17. Januar
Pilath, Heinz, aus Ortelsburg, am 20. Januar
Reichardt, Irmgard, geb. **Rogait**, aus Rehwalde, Kreis Elchniederung, am 17. Januar
Rohrmoser, Ingrid, geb. **Bernard**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. Januar
Sandau, Reinhard, aus Mühlmeistern, Kreis Elchniederung, am 19. Januar
Scharmberg, Käthe, geb. **Lappe**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 18. Januar
Schnieder, Gerda, geb. **Scheffler**, aus Buchwalde, Kreis Mohrungen, am 15. Januar
Tenzler, Inge, geb. **Radek**, aus Markshöfen, Kreis Ortelsburg, am 18. Januar
Urmoneit, Joachim, aus Nesten, Kreis Tilsit-Ragnit, am 20. Januar
Wickert, Renate, geb. **Buchholz**, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 17. Januar
Wiemann, Elfriede, aus Neidenburg, am 18. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Armardt, Ursel, geb. **Wieczorrek**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 16. Januar
Baginski, Walter, aus Reuschenwerder, Kreis Neidenburg, am 18. Januar
Blonsky, Manfred, aus Lenzen-dorf, Kreis Lyck, am 16. Januar
Böttcher, Manfred, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 19. Januar
Borchers, Edith, geb. **Tobe**, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 17. Januar
Christiansen, Renate, geb. **Fehlau**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 15. Januar
Denda, Gernot, aus Ortelsburg, am 18. Januar
Doliwa, Gotthard, aus Kurkau, Kreis Neidenburg, am 19. Januar
Gaede, Helga, geb. **Chrost**, aus Ortelsburg, am 14. Januar
Gallwitz, Horst, aus Großalbrechtstort, Kreis Ortelsburg, am 16. Januar
Gebauer, Hildegard, geb. **Bachler**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 16. Januar
Gehlhar, Waltraud, geb. **Grow**, aus Kumehnen, Kreis Fischhausen, am 19. Januar
Henneberger, Helga, geb. **Katzmarzik**, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 17. Januar
Heyden, Christel, geb. **Polixa**, aus Rodenau, Kreis Lötzen, am 18. Januar
Jaenke, Edith, geb. **Olschewski**, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, am 20. Januar
Kays, Horst, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 17. Januar
Kwiedor, Klaus, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 20. Januar
Mahnke, Heinz, aus Neidenburg, am 17. Januar
Menzel, Hartmut, aus Gundau, Kreis Wehlau, am 14. Januar
Neuhof, Edith, geb. **Großmann**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 19. Januar
Nikutta, Horst, aus Schützen-dorf, Kreis Ortelsburg, am 18. Januar
Nioduschewski, Reinhard, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 20. Januar
Olschinski, Hans-Georg, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 19. Januar
Ramp, Traute, geb. **Tamkus**, aus Finkenhof, Kreis Elchniederung, am 16. Januar
Reuter, Manfred, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 19. Januar
Riemann, Peter, aus Groß Blumenau, Kreis Fischhausen, am 15. Januar

**Hinweis**

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
 Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
 E-Mail: info@ostpreussen.de

Schnelle, Gisela, geb. **Thiel**, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 17. Januar
Ten Cate, Irmgard, geb. **Semmling**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 15. Januar
Winn, Christiane, geb. **Peters**, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, am 20. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Balzereit, Jürgen, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 19. Januar
Döring, Vera, geb. **Konrad**, aus Liebnicken, Kreis Preußisch Eylau, am 20. Januar
Dzwonnek, Siegfried, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 18. Januar
Kinzel, Wolf, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 20. Januar
Stolzenwald, Sigrid, aus Quehnen, Kreis Preußisch Eylau, am 15. Januar
Teichgräber, Ingrid, geb. **Arndt**, aus Malkienen, Kreis Lyck, am 20. Januar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Fellbrich, Günter, aus Langendorf, Kreis Wehlau, am 16. Januar
Rogowski, Siegfried, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 20. Januar

Zusendungen für die Ausgabe 4/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 4/2022 (Erstverkaufstag 28. Januar) **bis spätestens Dienstag, den 18. Januar**, an die Redaktion der PAZ:
 E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
 Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
 Buchtstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter (geschlossener Teilnehmerkreis) in Helmstedt

22. bis 24. April: Kulturseminar in Helmstedt

23. und 24. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis in Sensburg)

11. Juni: Jahrestreffen der Ostpreußen in Wolfsburg

25. Juni: Ostpreußisches Sommerfest (Veranstalter: VdGEM) in Osterode (Ostpreußen)

23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
24. September: 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern (Veranstalter: LO-Landesgruppe M-V) in Schwerin

7. bis 9. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ (geschlossener Teilnehmerkreis) in Lüneburg

10. bis 16. Oktober: Werkwochen in Helmstedt

4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden

(geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

6. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Käthe Kollwitz

Nürnberg – Dienstag, 25. Januar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Ende der U1 gegenüber: Käthe Kollwitz aus Königsberg. Bitte Impfausweis und Maske nicht vergessen, dazu auch die vorgeschriebenen Coronabestimmungen beachten. *Joachim Korth*



Fotografie aus dem Jahr 1927: Käthe Kollwitz Foto: *Hugo Erfurth*

Wir werden auf Veranstaltungen im Januar und Februar verzichten und hoffen, ab März 2022 wieder planen zu können.

Unsere Freunde erhalten rechtzeitig Einladungen, und wir bitten alle, die uns wohlgesonnen sind, geduldig abzuwarten und uns auf keinen Fall zu vergessen. Ostpreußen lebt und wir kommen wieder!

Gisela Borchers



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391.

Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465.

Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenaue, Tel.: (05901) 2968



Tilsit-Stadt

Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748. **Mitgliederfragen:** Bernd Polte, Stege 3, 19322 Abbendorf, Telefon (038791) 179873, E-Mail : koljanwanja@gmx.de

Treffen ab März geplant

Oldenburg – An unsere Freunde Ostpreußens und Westpreußens in Oldenburg, wieder haben uns die Auswirkungen der Corona-Pandemie fest im Griff, und es fällt uns schwer, perspektivisch eine Fortsetzung unserer Veranstaltungen zu planen.

Aber wir wollen uns nicht in der Untätigkeit verlieren, sondern trotz alledem in die Zukunft schauen.

Heimatbriefe heute, früher und zukünftig

Mit gewohnter Pünktlichkeit traf unser gemeinsamer (SGT,KG T-R) Heimatbrief „Land an der Memel“-„Tilsiter Rundbrief“ am 10. Dezember bei mir ein. Das Ritual ist akribisch und immer wieder gleich: Sofort in das Inhaltsverzeichnis schauen und feststellen: Welche Autoren aus der eigenen Stadtge-

meinschaft mit welchen Themen; wen kennt man von den anderen Autoren. Über mehrere Abende zieht sich dann das ausführliche Studieren aller Beiträge hin.

Seit 1992 kenne ich die Bedeutung und Wirksamkeit sowohl von den Treffen der vertriebenen Ostpreußen im endlich wieder vereinten Deutschland, als auch von deren Heimatbriefe. Für mich hatten in diesen ersten Jahren die zentralen Treffen der Landsmannschaft und besonders die Treffen der Stadtgemeinschaft Tilsit in Kiel, organisiert von dem damaligen Vorsitzenden Horst Mertineit – Ehrenbürger der Stadt Tilsit – und seinem Stellvertreter Ingolf Köhler, allergrößte Priorität und Bedeutung (wir ehemaligen DDR-Bürger hatten ja mehr als 45 Jahre bezüglich der Erinnerungspflege an die Heimat nachzuholen.

Erst später wurde mir die außerordentliche Notwendigkeit, die Ostpreußische Vergangenheit in Wort und Bild mit professioneller Dokumentation, aber auch mit der Schilderung Tausender Einzelschicksale für die Gegenwart und Zukunft zu sichern, bewusst und sehr wichtig. An dieser Stelle möchte ich die mehr als drei Jahrzehnte professioneller Arbeit diesbezüglich von Horst Mertineit als Vorsitzenden und Sprecher der Stadtgemeinschaft Tilsit und seinen Stellvertreter und Schriftleiter des Tilsiter Heimatbriefes, Ingolf Köhler, erwähnen.

Als Zeitzeugen und hervorragende Kenner ihrer Heimatstadt Tilsit haben beide Tausende Tilsiter nicht nur regelmäßig bei zentralen Treffen zusammengeführt zum Plachandern, sondern auch in vielen Beiträgen und Sonderschriften, Geschichte und Kultur sowohl von Ostpreußen und der Stadt Tilsit als auch von sehr vielen Einzelschicksalen für die Gegenwart, aber besonders für die Zukunft dokumentiert. Für uns Tilsiter vereint in der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. ist es mehr als ein Glücks-

ANZEIGE

Hochwertige Seidenkrawatte



Hochwertige graue Seidenkrawatte im Fischgrätmuster
mit gewebtem Elchschaufel-Wappen in schwarz-weiß für Euro 28,- zzgl. Verpackung und Versand Euro 2,00/Krawatte

28,- € zzgl. Versand

Bestellung: Preußische Allgemeine Angela Selke selke@paz.de Tel: 040-414008-0

fall, dass nach altersbedingter, notwendiger Beendigung der Arbeit am Heimatbrief von Ingolf Köhler, sowohl die nahtlose Fortsetzung hoch qualifizierter journalistischer Facharbeit als auch die historische Gemeinsamkeit, (zu mindestens beim Heimatbrief) Tilsit/Tilsit-Ragnit, gelungen ist.

Heiner Coenen sind wir Tilsiter sehr dankbar. Auch vielen meiner Tilsiter Zeitzeugen „Jüngeren“ Stadtvertretern und Mitgliedern unserer Gemeinschaft möchte ich ganz herzlich für kontinuierliche zuverlässige Bereitstellung von Berichten ein großes „Danke“ zurechnen. Besonders zu erwähnen ist natürlich Hans Dzian, der seit fast drei Jahrzehnten bis heute, sowohl im Heimatbrief als auch regelmäßig in der PAZ, über unsere Historie, aber auch über das heutige Tagesgeschehen in Sovjetsk, berichtet.

Zu den zuverlässigsten Autoren und diesbezüglichen Repräsentan-

ten unserer Stadtgemeinschaft, gehören Inge und Bernd Polte sowie Günter Hertel, auch Manfred Urbach, Manfred Gesien und zuletzt Weihnachten 2021, Günter Bal-schuweit.

Aber auch bedeutende Beiträge zur Tilsiter Geschichte bis 1944/45, persönliche Erlebnisse während der Flucht und über das Einleben in einen oder mehreren neuen geografischen Lebensmittelpunkten sind aus unseren Heimatbriefen nicht wegzudenken. Ein herzliches Danke! *Erwin Feige*

Wilhelm Voigt

Ein ganz großes herzliches „Danke“ für den hervorragenden Beitrag über die historische Persönlichkeit meiner/unsere Heimatstadt Tilsit! Sie haben ein bisschen die Ehre der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. gerettet!

Besonders angetan bin ich über die nach meiner Meinung, sehr ge-



Friedrich Wilhelm Voigt

lungene Würdigung des gesamten Lebens von Wilhelm Voigt und seinen berechtigten Platz in unserer Erinnerungskultur.

Nach der würdevollen Ausstellung im Schloss Ellingen unter fachlich, professioneller Mitwirkung von Mareike Schönle, ist auch die Mitarbeit unseres Stadtvertreters, Cartoonist Joachim Purwin und des Volksschauspielers Jürgen Hilbrecht bei der Eröffnung der Ausstellung vom 7. März 2020 erwähnenswert. *Erin Feige*

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

PAZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

AUSSTELLUNG

„Heimatvertriebene in Bayern“

Ob direkt oder virtuell, das Haus der Bayerischen Geschichte macht Museum nahbar

Glaswaren aus Konstein im Landkreis Eichstätt, Nylonstrümpfe aus Immenstadt im Allgäu oder Back- und Puddingpulver aus Barbing bei Regensburg: Diese Produkte stehen für die Unternehmensgeschichten der Firmen Phönix, Kunert und Ernst Müller, erfolgreiche Gründungen von Heimatvertriebenen.

Nahezu zwei Millionen Flüchtlinge und Vertriebene kamen am Ende des Zweiten Weltkriegs nach Bayern, das damals rund sieben Millionen Einwohner zählte. Ihre Integration wurde zu einer der größten Herausforderungen der jüngeren bayerischen Geschichte.

Das Haus der Bayerischen Geschichte nimmt das Thema „Flucht, Vertreibung und Integration“ mit einer Sonderausstellung in der Bavariathek auf. Im Zentrum stehen neben den Unternehmensgeschichten Biogramme und Interviews von Zeitzeugen.

Die Sonderausstellung „Neuanfänge – Heimatvertriebene in Bayern“ ist noch bis zum 15. April im Foyer der neu eröffneten Bavariathek am Donaumarkt 2 in Regensburg zu sehen; Öffnungszeiten sind Dienstag bis Freitag, 9 bis 15 Uhr, Sonnabend, Sonntag und an Feiertagen, 11 bis 17 Uhr, der Eintritt ist frei.

Frei ist auch der Eintritt in das virtuelle Museum, das über die Internetadresse www.bavariathek.de

Über die Hälfte der Vertriebenen sind Sudetendeutsche (vor allem aus Böhmen und Mähren) sowie Karpatendeutsche aus der Slowakei und der Karpatenukraine. Knapp 24 Prozent stammen aus Schlesien, knapp 5 Prozent aus Ostpreußen. Daneben finden viele der aus Jugoslawien, Rumänien und den Baltischen Ländern Vertriebenen in Bayern Aufnahme (etwa 6 Prozent).

Herkunft der Vertriebenen
13. September 1950, Haus der Bayerischen Geschichte, nach einem Entwurf von Prof. Dr. Walter Ziegler



Fast zwei Millionen Menschen flüchteten nach Bayern: Ausschnitt aus der virtuellen Ausstellung Foto: Screenshot www.bavariathek.bayern

bayern/virtuelles-museum.html zu erreichen ist.

Hier kann sich der Interessierte an seinem Endgerät zu Hause oder unterwegs durch die Ausstellungen und Beiträge lesen und schauen. Die Bavariathek will vor allem junge Menschen erreichen, ist aber auch für Menschen über 30 Jahre durchaus interessant. Dieser Hinweis erklärt jedoch, weshalb die Besucher der digitalen Ausstellung geduzt werden. Das virtuelle Museum „vertieft ausgewählte Aspekte der Dauerausstellung und der Sonderausstellungen. Multimediale „Geschichten aus Bayern“ werfen Schlaglichter auf bedeutende Ereignisse der bayerischen Geschichte, und verborgene Schätze

aus dem Depot gewähren einen Blick in vergangene Zeiten“, heißt es auf der Internetseite.

Um auf die digitale Ausstellung „Neuanfänge“ zu gelangen, wählt man auf der Internetseite www.bavariathek.bayern den Reiter „Virtuelles Museum“ aus, hier geht es über den Punkt „Geschichten aus Bayern“ zu der Ausstellung „Neuanfänge“.

Nach einer Einführung werden die Fragen beantwortet: „Wie kommt es zu Flucht und Vertreibung? Wie ergeht es den Flüchtlingen und Vertriebenen in ihrer neuen Heimat? Wie verändert die Ankunft der Neubürger Bayern?“

Neben den Textinformationen sind zahlreiche Bilder und Grafiken

eingespielt. Viele der Karten sind interaktiv, und die Besucher werden aufgefordert, zum Beispiel durch Anklicken von Fähnchen, woraufhin sich eine weitere Karte öffnet, die eine detailliertere Ansicht enthält, mehr über die deutschen Siedlungsgebiete zu erfahren. Für Ostpreußen öffnet sich beispielsweise eine Karte in den Grenzen von 1937. Eine weitere interaktive Karte enthält Bilder und Videos, die das Schicksal einiger Betroffenen nach der Kriegsniederlage nachvollziehen; darunter befinden sich auch Zeitzeugenberichte, die im Zeitzeugenportal enthalten sind (siehe unten). Die Karte zum Leben der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen in der Anfangszeit in Bayern enthält insgesamt acht interaktive Punkte. Unter Bamberg findet man auf dieser Karte ein Foto, welches das Flüchtlingslager im dortigen Theater „Harmonie“ zeigt. Auch diese Karte zeigt kurze Videos von Zeitzeugenberichten.

Weitere Informationen bietet das Haus der Bayerischen Geschichte (HDBG), Donaumarkt 1, 93047 Regensburg, Telefon (0941) 59851-0, Fax (0821) 3295-220, E-Mail: bavariathek@hdbg.bayern.de. Das Haus der Bayerischen Geschichte gibt den Hinweis, dass anonyme E-Mails nicht beantwortet werden. Die Bavariathek befindet sich direkt neben dem Museum. *HDBG / CRS*

Ostpreußisches Landesmuseum



Leah Rabin – Friedensbotschafterin aus Königsberg, Vortrag von Friederike von Natzmer, am 26. Januar um 18.30 Uhr, Eintritt: 4 Euro. Es gelten die 2G-Regeln, eine Anmeldung ist erforderlich unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de.

Rabin zu einem der wichtigsten Fürsprecher eines fortschreitenden Friedensprozesses zwischen Israel, den Palästinensern und den arabischen Nachbarn des Staates. Ihm, dem „Visionär“ des Friedens, folgte sie in ihrer politischen Arbeit nach seiner Ermordung 1995.

Durch eine Kindheit in Königsberg in einer wohlhabenden jüdischen Familie blieb Leah Rabin tief verwurzelt in der mitteleuropäischen Kultur. Nach Hitlers Machtergreifung 1933 emigrierte sie mit ihrer Familie nach Palästina – damals ein britisches Mandatsgebiet. 1948 heiratete sie Jitzchak Rabin. An seiner Seite erlebte sie die Gründung und den Aufbau des Staates Israel und seine Verteidigungskriege. Ab 1990 wurde

Beider Leben waren untrennbar verbunden, so wie beider Familiengeschichten die Entwicklungen in Europa und der Welt widerspiegeln. Rabin schrieb ein Buch mit Erinnerungen an ihren Mann: „Ich gehe weiter auf seinem Weg“.

Diplompädagogin Friederike von Natzmer beschäftigt sich seit 25 Jahren mit den Lebensläufen ostpreußischer und baltischer Frauen.

ANZEIGEN

Ein langes Leben ging zu Ende.

Liselotte Stapelfeldt

geb. Nagel
* 26. Oktober 1924 † 22. Dezember 2021

In Dankbarkeit für ein langes und erfülltes Leben nehmen wir Abschied.

Barbara Meyer-Stapelfeldt
Jürgen Meyer
Alexander und Nicki

Im Sinne von Liselotte bitten wir um eine Spende an die Kreisgemeinschaft Johannsburg e.V. auf das Spendenkonto DE49 2519 0001 1319 4771 02.

Kondolenzadresse: Barbara Meyer-Stapelfeldt
Schinkelring 60, 22844 Norderstedt

Whoin gehen wir denn? Immer nach Hause! Novalis

Hanna Comteße

geborene Schroeder
* 4. Mai 1930 in Groß Engelau/Ostpreußen
† 15. Dezember 2021 in Hamburg

In Liebe
Friederike Comteße-Isterling
Christian Isterling

Traueranschrift: Rahlstedter Weg 112 · 22159 Hamburg

Wohl dem Menschen, wenn er gelernt hat, zu erfragen, was er nicht ändern kann, und preiszugeben mit Würde, was er nicht retten kann.
Friedrich Schiller

Ruth Schoen

geb. Gregorzik
* 13. 3. 1927 † 24. 12. 2021

Traurig nehmen wir Abschied von meiner lieben Frau, unserer herzenguten Mutter, Schwiegermutter, Oma und Uromi.

Wir sind dankbar für all ihre Liebe und Fürsorge.

Gerhard Schoen
Gerlinde Beck und Familie
Carola Schmitmeier und Familie

Traueranschrift: Gerhard Schoen
Angerburger Straße 6, 31789 Hameln-Hastenbeck
Wir verabschieden uns im engsten Kreis von ihr.

ANZEIGE

Sonnabend, 11. Juni 2022
10-17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

Jahrestreffen

der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm u.v.m.

CongressPark Wolfsburg
Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg
(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

Zeitzeugenberichte

Das Haus der Bayerischen Geschichte

(HDBG) führt seit 1986 ein Zeitzeugenprojekt durch; mittlerweile verfügt das HDBG über rund 762 Zeitzeugen-Interviews, die als Videofilme und Tondokumente vorliegen. Interview wurden Personen, die aufgrund ihres Lebenswegs, ihrer beruflichen Tätigkeit oder der von ihnen ausgeübten Funktionen Teil der bayerischen Zeitgeschichte sind. Prominente Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur oder Wissenschaft kommen ebenso zu Wort wie nicht prominente Menschen. Die Interviews sind lebensgeschichtlich angelegt, vertiefen jedoch stets einen Schwerpunkt. Die thematische Bandbreite ist sehr groß: Die Gesprächspartner berichten von den Alltagssorgen in der unmittelbaren Nachkriegszeit, von den Herausforderungen des Wiederaufbaus und der Integration der Vertriebenen, vom Werden der Bayerischen Verfassung, der Entwicklung der politischen Parteien oder vom dramatischen Strukturwandel in der bayerischen Wirtschaft seit 1945. Ein großer Schwerpunkt ist Überlebenden der Konzentrationslager gewidmet.

Weitere Informationen auf der Internetseite: www.hdbg.eu/zeitzeugen/

OBERLAND

Die bewegte Geschichte einer Landschaft

Von den Deutschordensrittern bis zur Gegenwart – ein zeitgeschichtlicher Abriss auf Deutsch und Polnisch

VON MANFRED E. FRITSCHKE

Im Jahr „1945, nach dem Zweiten Weltkrieg, kamen Siedler aus den polnischen Ostgebieten, Masowien und Kleinpolen in das Oberland. Nun wurde die Landschaft polnisch und katholisch. Damit wurden der oberländische Dialekt und das evangelische Bekenntnis ausgelöscht.“

Das Oberland gibt es geographisch in Polen nicht mehr. Osterode, bis 1945 die Hauptstadt des Oberlandes, versuchte sich zur „Hauptstadt West-Masurens“ zu stilisieren – ein Begriff aus der Touristikbranche.

Diese Tatsachen beschreibt der vom Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen herausgegebene zeitgeschichtliche Abriss „Oberland – die verschwundene Landschaft“. Dort wird, ausgehend von der Zeit der Eroberung und Besiedelung des Preußenlandes durch den Deutschen Orden, die Geschichte und die Kulturlandschaft besprochen, die nach 1945 in dieser Form nicht mehr vorhanden ist. Damals bekamen die zwischen der Passarge und dem Pregel liegenden Gebiete den Namen „Niederlande“ – den südwestlich davon gelegenen Landstrich, der wesentlich höher lag, nannte man „Oberland“, bis zum 18. Jahrhundert auch „Hoggerland“ oder „Hockerland“ (buckeliges oder hügeliges Land).

Seen waren Touristenattraktion

Geographisch war das Oberland ein Teil der Südbaltischen Seenplatte vom Drausensee bis zur Kernsdorfer Höhe. Die Seen haben fluss- oder rinnenartige Gestalt, sind schmal und oftmals von Wäldern eingefasst. Sie zählten bis 1945 neben dem Oberländischen Kanal zu den touristischen Attraktionen der Region.

Nachdem der Deutsche Orden die Preußen 1234 an der Sorge erstmals besiegt hatte, wurde das Land zwischen Elbing, Mohrungen, Osterode und Neidenburg dem



Endmoränenlandschaft im Oberland: Kernsdorfer Höhe

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Ordensland angeschlossen. Nach der Niederwerfung des Prußenaufstandes von 1273 kamen deutsche Kolonisten in das Land. Zwischen 1276 (Riesenburg) und 1350 (Hohenstein) entstanden viele Städte und Siedlungen. Die Blütezeit des Oberlandes lag um 1395, danach folgten zahlreiche Kriege gegen Polen und den Preußischen Bund. Nach dem 2. Thorner Frieden am 19. Oktober 1466 blieb das „Hockerland“ innerhalb der Grenzen des verkleinerten Restes des Ordensstaates und lag direkt an der neuen Grenze zu Polen.

Mit der Umwandlung des Ordensstaates in das weltliche Herzogtum Preußen 1525 entstanden der samländische, der nangische und der oberländische Kreis. Saalfeld wurde bis zur Auflösung des ober-

ländischen Kreises 1752 dessen Hauptstadt.

Nachdem das Oberland in wechselnden Abständen von Truppen durchzogen worden war, darunter von Schweden, Russen und Franzosen, wurden nach der Niederlage Napoleons 1815 die Verwaltungsbezirke im Königreich Preußen neu geordnet: die drei neuen Kreise Pr. Holland, Mohrungen und Osterode gehörten nunmehr zu Ostpreußen, Marienwerder, Marienburg und Rosenberg zur Provinz Westpreußen.

Mit der Industrialisierung begann die wirtschaftliche Entwicklung: 1832 wurde die erste richtige Straße gebaut, zwischen 1844 und 1860 der Oberländische Kanal erbaut und nach 1880 zahlreiche Eisenbahn-

strecken angelegt. Dennoch waren andere Regionen Ostpreußens stärker am Aufschwung beteiligt.

Wirtschaftliche Entwicklung

Nach dem Ersten Weltkrieg übernahmen Arbeiter- und Soldatenräte die Macht in den Städten, erst Mitte 1919 konnten Reichswehrtruppen die Ordnung wiederherstellen. Die folgende NS-Herrschaft beeinträchtigte das Religions-, Familien- und Privatleben der Einwohner stark. Erst spät litt das Oberland unter den Einwirkungen des Zweiten Weltkrieges, noch 1943 kamen Menschen aus den zerbombten Städten Westdeutschlands nach Ostpreußen, bis sich ab Herbst 1944 der Flüchtlingsstrom nach Westen wandte.

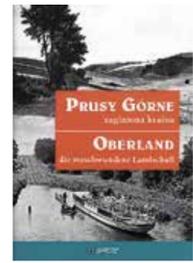
Nach Kriegsende wurden wirtschaftlich wertvolle Anlagen in die Sowjetunion abtransportiert, die Zivilverwaltung in polnische Hände übergeben und die Region mit Polen besiedelt. Ab September 1945 wurde die deutsche Bevölkerung systematisch über die Oder nach Westen ausgesiedelt.

Das Heft beschreibt ausführlich die Landschaft, die kulturellen Eigenarten, die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung sowie den oberländischen Dialekt und schildert die Entwicklungsgeschichte der Burgen, der Städte, der Kirchen, der Dörfer sowie der Gutshäuser und Schlösser. Es stellt die hausbaulichen Eigenarten der Region vor, darunter das Vorlaubenhaus, und geht auf die Volkskunst wie Holzverarbeitung, Gräberschmuck und Keramikerzeugnisse ein.

Abschließend wird – wie eingangs beschrieben – die heutige Darstellung des ehemaligen Oberlandes aufgezeigt.

Die 40-seitige, auf hochwertigem Kunstdruckpapier hergestellte Beschreibung „Oberland – die verschwundene Landschaft“ enthält zahlreiche historische und teilweise bisher unveröffentlichte farbige Abbildungen. Der gesamte Text ist zweisprachig in Polnisch und Deutsch.

Das Heft kann vom Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen in der Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 86440, Fax: (09141) 864414, E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de



zum Preis von 6 Euro zuzüglich Porto und Versandkosten bezogen werden. Weitere Informationen gibt es auch unter <http://www.kulturzentrum-ostpreussen.de>

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Fachwissen über Polnischunterricht in der Bundesrepublik fehlt

Deutsche Minderheit wehrt sich gegen Kürzungen von Mitteln für den Deutschunterricht in Schulen, die der Polonia zukommen sollen

Es regt sich zarter Widerstand in den Reihen der Deutschen Minderheit gegen die Entscheidung des polnischen Parlaments, die Bildungssubvention für Deutschunterricht als Muttersprache zu kürzen beziehungsweise zu Gunsten der Polonia in der Bundesrepublik abzuschieben.

In einer Pressekonferenz Ende Dezember in Opatów [Opole] haben neben Vertretern der Deutschen Minderheit auch Sprecher der Bewegung „Polska 2050“ ihren Unmut über die Kürzung kundgetan. Die Kürzungen treffen vorwiegend Schüler der beiden ober-schlesischen Woiwodschaften. In der Woiwodschaft Opatów lernen knapp 30.000 Schüler Deutsch als Muttersprache, was mehr als 46 Prozent aller Kinder ausmacht, in der ostoberschlesischen „Woiwodschaft Schlesien“ sind es 21.000, was 40 Prozent aller Schulkinder ausmacht.

46 Prozent der Schüler in Opatów haben Deutsch als Muttersprache

Rafał Bartek, Vorsitzender der Sozial-kulturellen Gesellschaft der Deutschen in der Woiwodschaft Opatów und Mitglied des Opatów Sejmiks (Landtag) sprach vom Alleinstellungsmerkmal der Region,

das aus der kulturellen und sprachlichen Vielfalt resultiere. „Diesen Reichtum wollen wir an nachfolgende Generationen weitergeben, denn er bietet die Möglichkeit zur wirtschaftlichen Entwicklung. Darauf bauen wir unsere regionale Identität auf“, so Bartek. Piotr Sitnik sprach als Schulleiter einer Fachschule in Kreuzburg [Kluczbork]. Es gebe viele deutsche Unternehmen, so Sitnik, die dringend junge Menschen mit Deutschkenntnissen suchten.

Die gesellschafts-politische Bewegung um den liberalen Politiker, Journalisten und Publizisten Szymon Hołownia, „Polska 2050“ hat am 29. Dezember eine Anfrage an das polnische Außenministerium gestellt, „denn in der Begründung der Kürzungen hieß es, der Polnischunterricht in der Bundesrepublik Deutschland würde nicht von der deutschen Regierung finanziert. Daher fragen wir das Außenministerium, woher es solche Erkenntnisse zieht und welche polnischen Verbände in Deutschland solche Probleme signalisieren würden“, sagte Michał Gramatyka von „Polska 2050“.

Derweilen meldeten sich Vertreter der Polonia in Deutschland selbst zum Thema. In einem Schreiben an Polens Bil-

dungsminister Przemysław Czarnek zeigt man sich erstaunt, vermeintlich vorteilhafte Lösungen für in der Bundesrepublik lebende Polen zu präsentieren, ohne die aktuellen Bedürfnisse der polnischen Gemeinschaft und deren komplexe Situation abgesprochen zu haben. „Unsere Stellung bestätigt die Tatsache, dass der Tätigkeit der polnischen Regierung sowie der öffentlichen Verwaltung der Republik Polen bezüglich der Fragen der polnischen Ge-

meinschaft in Deutschland aktuelle Studien und Fachwissen über die Polonia in Deutschland fehlen“, heißt es im Brief vom 15. Dezember, also zwei Tage vor der Abstimmung im polnischen Parlament, über die Subventionskürzung für den Deutschunterricht als Minderheitensprache zugunsten des Polnischunterrichts im Ausland.

Wissenschaftler und Forscher warnen vor negativen Folgen

Es folgten Petitionen polnischer Akademiker, Vertreter der Wirtschaft und Eltern, die für ihre Kinder muttersprachlichen Deutschunterricht beantragt haben. „Als Wissenschaftler und Forscher nationaler und ethnischer Fragen sind wir uns der weitreichenden negativen Folgen der Stigmatisierung jeglicher Minderheiten sowie potentieller Konflikte nationaler und ethnischer Natur bewusst. Daher protestieren wir entschieden gegen solche Verfahren und erwarten die Einstellung diskriminierender Aktivitäten“, steht es im offenen Brief der Akademiker. Am 20. Dezember folgten Stellungnahmen aus dem Landtag der Woiwodschaften Ermland-Masuren, am 4. Januar aus der Woiwodschaft Schlesien. In diesen wird darauf hingewiesen,

dass die Kürzungen entscheidend „die Jüngsten treffen – Kinder und Jugendliche aus Minderheitenkreisen, die in ihrem Recht eingeschränkt werden, ihre eigene Kultur und Sprache im Schulsystem zu pflegen.“

Die Jugendorganisation der Deutschen in Polen BJDm startete die Aktion #sprachlos (#niemaMowy). Die Symbolik ist so einfach wie wirkungsvoll: „Jeder, der symbolisch seine Kritik an den Kürzungen des Deutschunterrichts als Minderheitensprache zum Ausdruck bringen will, macht ein Porträtbild mit der Hand vor dem Mund und lädt es in den sozialen Netzwerken unter #sprachlos hoch“, heißt es seitens des Bundes der Jugend der Deutschen Minderheit. Dieser Aktion haben sich bereits zahlreiche Aktivisten der Deutschen Minderheit angeschlossen. „Bis 1989 war der Deutschunterricht in der Woiwodschaft Opatów verboten, ich konnte in der Schule kein Deutsch lernen, meine Eltern haben mit mir aus Angst vor Repressionen nicht in deutscher Muttersprache gesprochen. Seien wir nicht gleichgültig!“, schreibt die stellvertretende Marschallin der Woiwodschaft Opatów, Zuzanna Donath-Kasiura, die unter anderem für die Bildung zuständig ist. *Chris W. Wagner*



Schloss sich der Protestaktion an: Zuzanna Donath-Kasiura; Vizemarschallin der Woiwodschaft Opatów Foto: bjd.m

ZUM 325. TODESTAG

Andreas Stech schuf bedeutende Werke

In Braunschweig und Danzig findet man seine Arbeiten

VON MARTIN STOLZENAU

Das Herzog-Anton-Ulrich-Museum in Braunschweig wurde 1754 vom damaligen Herzog Anton Ulrich gegründet, entwickelte sich seither zu einem der größten und bedeutendsten Kunstmuseen in Deutschland und besitzt umfangreiche Sammlungen mit herausragenden Objekten. Mittendrin das Ölgemälde „Spaziergang vor den Toren Danzigs“. Das Werk vereint Porträt- und Landschaftskunst, gehört zu den bedeutendsten Bildern aus der Hinterlassenschaft des Künstlers Andreas Stech und zu den wenigen Schöpfungen, die von ihm im jetzigen Deutschland erhalten blieben. Es gilt deshalb auch von daher als Rarität.

Stech stammte aus Hinterpommern, hatte seine Hauptwirkungsstätte in Danzig und Umgebung, wo einige seiner Werke erhalten blieben, und pflegte eine intensive Zusammenarbeit mit berühmten Künstlern wie Andreas Schlüter. Stech orientierte sich in seinem Malstil an flämischen sowie niederländischen Vorbildern, schuf neben Landschaften, Stadtansichten, Porträts sowie Stillleben auch Wandmalereien und Altarausmalungen und erreichte damit über seinen Tod vor 325 Jahren hinaus eine Nachwirkung bis in die Gegenwart.

Er gilt nach Ansicht der Kunstwissenschaft heute als der „bedeutendste Maler seiner Zeit neben Daniel Schultz in Polen-Litauen“. Doch in Deutschland muss man heute nach Bildern von ihm suchen. Da ist Braunschweig ein Glücksfall.

Geburtsstadt Stolz

Stech wurde 1635 in Stolz geboren. Der Ort liegt am Fluss Stolpe nahe der Ostsee zwischen Stettin und Danzig, entwickelte sich an einer alten Handelsstraße, war mit dem Hafen Stolpmünde ab 1317 im Besitz der Herzöge von Pommern und gehört jetzt als polnische Kreisstadt mit dem Namen Slupsk und rund 90.000 Einwohnern zur Woiwodschaft Pommern. Stechs Vater stammte ursprünglich aus Lübeck, wirkte in Stolz als Maler und wechselte mit seiner Familie später nach Danzig, wo er bessere Verdienstmöglichkeiten sah.

Sohn Andreas offenbarte früh seine eigene zeichnerische Begabung, hatte seine erste Ausbildung sicher beim Vater und kam dann in die Obhut des Malers Adolf Boy, einem vielbeschäftigten Danziger Stadtmaler, der außer Porträts viele Altarsowie Genrebilder schuf und mit seinen zwölf allegorischen Frauengestalten im Altstädtischen Rathaus von Danzig bis

heute allgegenwärtig ist. Er schuf zudem die überlieferten Porträts von Maria Ludovica Gonzaga und König Johannes Casimir und verdiente sich durch die Unterweisung von Schülern ein Zubrot.

Die Reihe der Boyjünger reicht von August Ranisch bis zu Stech, der einerseits unter seinem Lehrmeister zum eigenständigen Künstler reifte und andererseits sich in dessen Tochter verliebte. Stech präsentierte zunächst der Malergilde von Danzig sein Gesellenstück und

ewigte und dann auch Stech viele nützliche Anregungen vermittelte, der so zum meisterhaften Porträtisten reifte. Schlüter war ein noch größeres Kaliber. Der Künstler, der aus Danzig stammte, machte als Bildhauer und Architekt Karriere, hatte seine Hauptwirkungsstätten in Danzig, Warschau sowie Berlin und schuf Kunstobjekte für die Ewigkeit wie das Reiterdenkmal des Großen Kurfürsten und das Berliner Schloss, das nach seinem jüngsten Wiederaufbau jetzt als Hum-

stechs. In der Klosterkirche von Oliva war er für die Ausmalung der durch Schlüter geschaffenen Altäre verantwortlich.

Zwischendurch entstanden die beiden berühmten Gemälde „Spaziergang vor den Toren Danzigs“, das jetzt im Braunschweiger Museum zu sehen ist, und „Das winterliche Panorama von Danzig“, das inzwischen wieder im Danziger Rathaus hängt.

Stech galt im letzten Lebensdrittel neben Schultz als Hauptmaler von Dan-



Gilt als eines der bedeutendsten Gemälde des Künstlers: „Spaziergang vor den Toren Danzigs“, von 1670/1685 (113 mal 86,2 Zentimeter). Das Gemälde befindet sich im Herzog-Anton-August-Museum zu Braunschweig, es ist wahrscheinlich das einzige Werk von ihm in Deutschland
Foto: Herzog-Anton-August-Museum

dann seine Meisterarbeit, heiratete die Boytochter, erhielt 1667 das Bürgerrecht der Hansestadt und trat als freischaffender Maler in engeren Kontakt zu anderen Künstlergrößen. Das waren vor allem Daniel Schultz und Andreas Schlüter.

Viele Arbeiten in und um Danzig

Schultz hatte seine Ausbildung bei seinem Onkel bekommen, sich im Ausland vervollkommen und war bis 1660 in Warschau als Hofmaler zu Ehren gelangt, ehe er die Patrizier von Danzig im Porträt ver-

boldtforum Besucher aus aller Welt anzieht.

Stech und Schlüter erfüllten gemeinsam Aufträge in Pelplin, Oliva und Warschau. Das Kloster Pelplin nahe Danzig, das ab 1258 als Tochterkloster des Zisterzienserklosters in Doberan in Mecklenburg entstanden war, erhielt zusätzlich zu seiner reichen Ausstattung aus der Barockzeit zwischen 1671 und 1675 unter den Äbten Georg Michael von Ciecholewski und Alexander Ludwig Wolff Lüdinghausen große Wandmalereien von der Hand

zig. Er glänzte mit seinen Bildern, überlegte mit seinen Porträts bis hin zu den bekannten Hevelius-Porträts die reichen Patrizierfamilien und hatte sein Auskommen. Dazu kamen als Ausdruck seiner gewachsenen Stellung verschiedene Führungsämter in der Malergilde und die dreimalige Berufung zum Ältermann. Darüber starb der Maler Andreas Stech am 12. Januar 1697 in Danzig, wo bis heute in den Museen und öffentlichen Gebäuden die erhaltenen Arbeiten von ihm zu sehen sind.

STRALSUND

Sternsinger segnen das Rathaus

Am 5. Januar konnten mehr als 50 Sternsingerinnen und Sternsinger – mehr als je zuvor – vor dem Stralsunder Rathaus von Sonja Gelinek, Senatorin und Zweite Stellvertreterin des Oberbürgermeisters, begrüßt werden.

Die kleinen Königinnen und Könige der evangelischen Kirchengemeinden St. Marien und Heilgeist-Voigdehagen sowie der katholischen Kirchengemeinde Heilige Dreifaltigkeit in Stralsund waren zu Gast, um das altehrwürdige Haus zu segnen und um Spenden für kirchliche Projekte zu bitten.

In den Tagen ab 6. Januar, Epiphania, bis 12. Januar ziehen die Kinder als Sternsinger verkleidet durch die Stadt am Strelasund. Sie besuchen Einrichtungen und Häuser und wünschen den Menschen Gottes Segen, der sichtbar für alle im Zeichen 20*+C+M+B*22 wird. Dieses Zeichen bedeutet: „Christus Mansionem Benedicat“ und heißt übersetzt „Christus segne dieses Haus“.

Die Sternsingerspenden der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde werden eingesetzt für die Menschen auf den Inseln Nem-Nem Leleu und Nord Pagai. Diese sind Teil der Mentawai-Inseln, die zu den Indonesischen Inseln gehören. Gebraucht werden die Spenden dort für die medizinische Versorgung der Menschen, für Regenwasseraufbereitungsbehälter, für die Schulbildung der Kinder und Jugendlichen, für Unterrichtsmaterialien und für die Unterstützung eines Kindergartens in Paidi.

Die katholischen Kirchengemeinden sammeln in diesem Jahr für das Kindermissionswerk „Die Sternsinger“, das unterstützt Projekte weltweit, in diesem Jahr unter anderem medizinische Hilfe für Kinder im Südsudan, Projekte zum Thema Kinderarbeit oder auch Bildungsprojekte.

Pressestelle Hansestadt Stralsund



Die Sternsinger von Stralsund

LESUNG IM BRECHT-HAUS BERLIN

Romantrilogie einer pommerschen Familie

Jan Koneffke liest aus seiner Familiensaga

In einer Romantrilogie verfolgt der Schriftsteller Jan Koneffke die Geschichte seiner aus Pommern stammenden Familie von dem ausgehenden 19. Jahrhundert bis in die 1990er Jahre. Während die Handlung des ersten Romans „Eine nie vergessene Geschichte“ (DuMont Verlag 2008, 320 Seiten, 19,90 Euro) in Pommern angesiedelt ist und die gesamte Familienkonstellation im Blick hat, liegt der Fokus in den beiden letzten Romanen auf jeweils einer Figur: In „Die sieben Leben des Felix Kannmacher“ (DuMont Verlag 2011, 510 Seiten, 19,99) steht das bunte Leben und Treiben eines vermutlich im

Zweiten Weltkrieg verschollenen Großonkels im Mittelpunkt.

Der Roman „Ein Sonntagskind“ (Galiani Verlag 2015, 585 Seiten, 24,99 Euro) beleuchtet das Schicksal von Konrad Kannmacher, eines linksliberalen Philosophieprofessors, der zu der Einsicht kommt: „Wenn man seiner Heimat zu nahe kommt, verschließt sie sich und wird zum Traum eines Fremden.“ Als 17-jähriger Wehrmachtssoldat hatte er am grauenvollen Morden in den letzten Kriegsmontaten in Pommern teilgenommen. Eine „Jugendschuld“, die ihn bis an sein Lebensende verfolgt.



Collage aus Buchcover und Autorenfoto Jan Koneffke Foto: Johannes Kauper

Koneffke, geboren am 19. November 1960 in Darmstadt, studierte und arbeitete ab 1981 in Berlin. Nach seinem Stipendium der Deutschen Akademie Rom Villa Massimo 1995 lebte er für weitere sieben Jahre in Rom und pendelt heute zwischen Wien, Bukarest und dem Karpatenort Măneciu. Der Autor schreibt Romane, Lyrik, Kinderbücher, Essays und übersetzt aus dem Italienischen und Rumänischen. Er wurde mit zahlreichen Preisen und Stipendien ausgezeichnet, darunter der Usedomer Literaturpreis 2013, und zuletzt für Ein Sonntagskind mit dem Uwe-Johnson-Preis 2016.

● **Lesung und Gespräche** im Literaturforum im Brecht-Haus, Chausseestraße 125, 10115 Berlin-Mitte. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Unerhörte Familiengeschichten aus dem östlichen Europa“ findet am Sonnabend, 22. Januar, von 17 bis 18.30 Uhr die Lesung „Eine Familiensaga aus Pommern“ mit Jan Koneffke statt. Eintritt: 5 Euro, ermäßigt 3 Euro.

● Eine Bitte an alle Interessierten: Eintrittskarten sind beim Literaturforum im Brecht-Haus zu erwerben unter: tickets.lfbrecht.de/produkte. Intranetadresse: www.kulturforum.info

„Unendlich viel Engagement und Liebe“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Herzlichen Dank für die Beilage zum Thema ‚Preußisch lecker‘. Damit schmeckte mir Weihnachten gleich viel besser“

Carola Braun, Potsdam



Beilage der Ausgabe Nr. 51

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

REICHLICHE ENTSCHÄDIGUNG ZU: SALOPP GESAGT (NR. 50)

Nachdem die Wunden des Zweiten Weltkrieges sowie der direkten Nachkriegszeit verheilt schienen, macht die polnische Regierung mit ihren gegenüber Bundeskanzler Olaf Scholz bei seinem Antrittsbesuch in Warschau erneut geforderten Reparationszahlungen zwangsläufig auch das Fass einer zutreffenderen deutschen Gegenrechnung für die 1945 durch Polen in Besitz genommenen deutschen Ostgebiete auf.

Welchen unvorstellbaren Wert ein Viertel des deutschen Staatsgebietes (Stand 1937) für Polen darstellen dürfte, hatte bereits 1952 der polnische Kardinal Wyszyński in seiner im Dom zu Breslau getroffenen Aussage zu erkennen gegeben: „Wir glauben, dass uns die göttliche Vorsehung hierhergebracht und uns für all die Ungerechtigkeiten, die unser Volk im letzten Krieg erlitt, reichlich entschädigt hat.“ Dieser damaligen Erkenntnis ist nichts hinzuzufügen.

Wolfgang Trost, Hamburg

GUT ORGANISIERTER MISSTAND ZU: WIE MEIN KIND UM EIN HAAR DEM PFLEGENOTSTAND ZUM OPPER GEFALEN WÄRE (NR. 51)

Ihre Darstellung zum Pflegenotstand, insbesondere auch in Kinderkliniken, wäre um wichtige Zusatzaspekte zu ergänzen. Auch die Kinderkliniken unterliegen bisher dem DRG-Abrechnungssystem. Das bedeutet: Pro Fall gibt es eine Summe Geld. Bisher war es so, dass die Summe der gleiche Betrag war wie in der Erwachsenenmedizin ohne Berücksichtigung, dass die Kinder- und Jugendmedizin um ein Vielfaches personal- und zeitintensiver ist. Dem soll nun Abhilfe geschaffen werden durch entsprechende Zuschläge. Ob diese am Ende zur Kostendeckung führen, ist dabei noch offen.

Ein anderes – in der Grundidee sicher wohlgemeintes – Instrument, welches die Personal- beziehungsweise Bettensituati-

on in Kinderkliniken weiter verschärft hat, sind die sogenannten Personaluntergrenzen. Dies bedeutet, dass in Abhängigkeit des Schweregrades der Erkrankung es gesetzliche Vorgaben gibt, ob der Patient allein durch eine Schwester versorgt werden muss oder ob eine Schwester auch zwei, drei oder vier Patienten versorgen kann. Früher war es so, dass die erfahrenen Schwestern dies selbst geregelt haben, da ein Patient trotz Beatmung durchaus weniger pflegeintensiv sein kann als ein Patient, der nur eine Atemunterstützung erhält. Das nun eingeführte Instrument der Personaluntergrenzen sollte die Unterbesetzung, insbesondere in kritischen Bereichen, verhindern.

Allein im Bereich der Frühgeborenenintensivmedizin fehlen in Deutschland über 2000 ausgebildete Kinderkrankenschwestern und -pfleger mit entsprechender Qualifikation. Trotz händeringender Appelle der Kliniken und Fachgesellschaften wurde durch die Politik das Gesetz zur Personaluntergrenze beschlossen und umgesetzt. Dies führt nun zu dem Paradoxon, dass Betten vorhanden sind, für die rechnerisch das Pflegepersonal nicht da ist, es einem ausreichend ausgestatteten und erfahrenen Team jedoch dennoch möglich wäre, hier Patienten zu versorgen. Dieses führt dann aber dazu, dass in einem solchen Fall die Personaluntergrenze unterschritten wird und nachfolgend der Fall deshalb seitens der Kassen nicht bezahlt wird oder es zu anderen Reglementationen kommt.

Auf diese Art und Weise zwingt man die Kliniken, Betten freizulassen, die in Spitzen durchaus belegt werden könnten. Natürlich gibt es Grenzen, bei denen eine Versorgung nicht mehr möglich ist.

In der Kinderkrankenpflege, die man als Ausbildungsberuf zugunsten des Generalisten gerade abgeschafft hat – und da hilft der Ehrenpreis für diese nun aussterbende Berufsgruppe bei „Ein Herz für Kinder“ durch Neukanzler Olaf Scholz auch nicht – kenne ich niemanden, der nicht mit viel Herzblut und unendlich viel Engagement und Liebe zum Beruf diesen ausübt. Die übergroße Mehrheit der

Schwestern und Pfleger sind dabei durch die stattgehabten Lohnsteigerungen der letzten Jahre auch nicht unzufrieden mit ihrem Gehalt.

Das, was an ihnen zehrt, sind neben einer Unterbesetzung insbesondere die immer weiter steigenden Dokumentationspflichten, da am Ende nicht ein in sich schlüssiger Verlauf eines Krankenhausaufenthaltes, der zur Genesung des Patienten geführt hat, zum Bezahlen desselben führt, sondern in der Abrechnung das korrekte Setzen von 156 Kreuzen pro Schicht (bei einem Intensivpatienten) als Grundlage hierfür genommen wird.

Die gesamte Kinder- und Jugendmedizin produziert über all ihre Bereiche knapp fünf Prozent der Kosten im Gesundheitswesen. Dafür behandeln wir ein Fünftel der Bevölkerung und nicht ganz ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Ich denke, das kann man als ressourcenschonend bezeichnen.

Dr. med. Sven Armbrust, Neubrandenburg

MEINUNG EINER GRÜNEN ECKE ZU: MEHRHEIT WILL VORRANG FÜR MENSCHENRECHTE (NR. 51)

Wie immer bei Umfragen muss man sehr genau auf die Fragestellung achten. So habe ich Zweifel an diesen Aussagen (Menschenrechte hätten für die Deutschen gegenüber Wirtschaftsinteressen Vorrang, d. Red.). Natürlich ist für eine große Anzahl von Menschen die Einhaltung der Menschenrechte ein Thema. Aber das Meinungsforschungsinstitut Insa stellt das so dar, dass es für die (angeblich) meisten Menschen das beherrschende Thema ist. Für jene, die oft geradeso auf 1000 Euro Nettohaushaltseinkommen kommen, sind jedoch andere Themen wesentlich wichtiger. Und wer sich mit diesen Menschen unterhält, wird feststellen, dass sie sich fragen, wer sich um die Einhaltung der Menschenrechte in Deutschland kümmert.

Insa hat sich in seiner Umfrage ausschließlich auf die Menschenrechte außerhalb Deutschlands konzentriert. Die

Menschen, für die die Einhaltung der Menschenrechte außerhalb Deutschlands oberste Priorität hat, findet man überwiegend in der grünen Ecke. Aus dieser Ecke kommt dann auch immer der Hinweis, dass es ja anderen Menschen in der Welt viel schlechter gehe. Dabei wissen jene überhaupt nicht, wie schlecht es vielen Menschen in Deutschland wirklich geht. Menschen, die von staatlichen Transferleistungen leben, pauschal zu unterstellen, dass sie sich keine größeren Sorgen darüber machen, wie dieses Geld erwirtschaftet wird, ist schon unverschämte.

Außerdem gibt es auch sehr viele Menschen, die im Arbeitsleben stehen und deren Nettoeinkommen nur unwesentlich höher als 1000 Euro ist. Also auch ab mit ihnen in die „Dummenecke“?

Heinz-Peter Kröske, Hameln

ZEIT FÜR VERÄNDERUNGEN ZU: GRETCHENFRAGE IMPFPFLICHT (NR. 47)

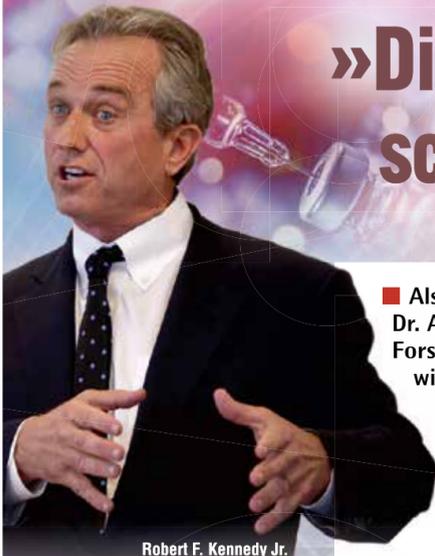
Wenn die Lage wirklich so dramatisch ist, wozu dann immer noch weiter abwarten, und auf was denn bitte? Macht doch sofort Nägel mit Köpfen und peitscht die Impfpflicht durch den Bundestag! Alle außer der AfD wären bestimmt dafür.

Und warum sollte man aus einer Impfpflicht nicht gleich ein „Impfrecht“ machen, das klingt doch schon viel besser, einfach positiver, aber positiv wirklich im positiven Sinn. Das Impfrecht sollte zu einem „Privilegrecht“ werden, also eine Art Wiedergutmachungsleistung des Staates an all seine gutmütigen Bürger. Sind wir dann alle mehrfach durchgeimpft, dann könnten wir uns wieder ganz entspannt zurücklehnen und über andere Kleinigkeiten wie den Klimawandel schwadronieren.

Unser in die Jahre gekommenes Grundgesetz sollte endlich einmal aufgepeppt und umgeschrieben werden, und unser prima Infektionsschutzgesetz? Das wartet nur so auf Ergänzungen. Die Zeit dafür ist einfach gekommen und reif.

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

ANZEIGE



Robert F. Kennedy Jr.

»Dieses Buch ist Anthony Faucis schlimmster Albtraum!«

Mikki Willis, Filmregisseur

■ Als Direktor des National Institute of Allergy and Infectious Diseases (NIAID) gibt Dr. Anthony Fauci jährlich 6,1 Milliarden Dollar an Steuergeldern für die wissenschaftliche Forschung aus. Das erlaubt ihm, die Themen, deren Inhalte und die Ergebnisse der wissenschaftlichen Gesundheitsforschung auf der ganzen Welt zu diktieren. Fauci nutzt die ihm zur Verfügung stehende finanzielle Macht, um außergewöhnlichen Einfluss auf Krankenhäuser, Universitäten, Fachzeitschriften und Tausende einflussreicher Ärzte und Wissenschaftler auszuüben, deren Karrieren und Institutionen er ruinieren, fördern oder belohnen kann.

Gründlich recherchiert, ist dies eines der wichtigsten Enthüllungsbücher dieses Jahrzehnts

»Wir haben das Buch von Robert Kennedy *Das wahre Gesicht des Dr. Fauci* ins Deutsche übersetzt. Ich bin schockiert, denn das wahre Gesicht des Dr. Fauci, aber auch die wahren Gesichter des Dr. Gallo und des Bill Gates und deren Einfluss auf die WHO, auf die globalen Mächte und letztendlich auf jeden von uns sind grausam und erschreckend. Mit ungeahnter Skrupellosigkeit und Brutalität werden seit Jahrzehnten besonders Kinder in Impfexperimenten, die Fauci, Gallo und Gates zu verantworten haben, getötet. Ihr Meisterstück liefern sie nun ab: Covid 19.

»In der Geschichte der amerikanischen Politik hat sich keine Familie so sehr in den Dienst der Bürger gestellt wie die Kennedys. John F. Kennedy und sein Bruder Robert F. Kennedy zahlten den ultimativen Preis dafür, dass sie es wagten, eine Korruption aufzudecken, deren ganze Dimension die Welt heute erst langsam begriff.

Robert F. Kennedy Jr., der das Vermächtnis seines mutigen Vaters und Onkels ehrt, warnt die Welt seit Jahrzehnten vor den Gefahren der rücksichtslosen Impfkampagnen der Pharmaindustrie.«

Mikki Willis, Filmregisseur



Lieferbar ab 10. Februar 2022
Jetzt vorbestellen!

Robert F. Kennedy Jr.

Das wahre Gesicht des Dr. Fauci

Bill Gates, die Pharmaindustrie und der globale Krieg gegen Demokratie und Gesundheit

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

© Portland Press Herald – Kontributor / gettyimages.de

UNTERNEHMENSKULTUR

Da staunt man Bauklötze

Wenn Manager mit Lego spielen – Um spielerisch zu Lösungen zu kommen, nutzen viele Unternehmen die bunten Bausteine

VON STEPHANIE SIECKMANN

Die kleinen bunten Kunststoff-Bauklötzchen des dänischen Unternehmens Lego kennen viele Menschen weltweit aus ihrer Kindheit. Nach den Bausteinen entwickelte die Firma im Laufe der Zeit auch Bausätze zu verschiedenen Themen und sicherte sich damit die Gruppe der älteren Kinder und Jugendlichen, später auch eine Fangemeinde bastelbegeisterter Erwachsener. Mit der Erweiterung des Sortiments auf den Bereich „Lego Serious Play“, dem „ernsthaften Lego-Spiel“, hat das Spiele-Imperium zudem längst Einzug in die obersten Etagen von Unternehmen gehalten. Jetzt setzen Manager die Klötzchen aneinander.

„Problemlösung“ nennt sich das, wenn vier Herren im Anzug die rund 250 Legosteine, die ihnen ein Moderator jeweils zugewiesen hat, zusammenfügen. Während der eine sich daran versucht, ein Raumschiff zu gestalten, bricht seinem Sitznachbarn der Schweiß aus, weil seine Brücke nicht tragfähig ist.

Was auf den ersten Blick kindisch erscheint, ist eine ernste Sache. Die Herren aus der Führungsetage sind Teilnehmer einer Arbeitsgruppe mit dem Ziel, Visionen für neue Geschäftsfelder zu entwickeln. Die erste Aufgabe lautet: „Gestalten Sie Ihren persönlichen oder beruflichen Meilenstein“ und ist dazu angedacht, erst einmal ins Spiel hineinzufinden.

„Lego Serious Play“ ist aktuell ein weltweiter Berater-Hit in Konzernen. Unternehmensberater, die als Moderatoren für „Serious Play“ lizenziert sind, besuchen mit einem Koffer voller Legosteine Start-ups und Konzerne, um Entwickler, Manager oder Gründer bei der Entwicklung von Visionen zu unterstützen. Nicht nur Internetfirmen haben Interesse an den spielerischen Strategie-Workshops. Auch Unternehmen wie Daimler, Nestlé, SAP, Vodafone oder die Bundeswehr haben schon bei solchen Arbeitsgruppen auf das Spiel mit Legosteinen gesetzt.

Als Tischlermeister Ole Kirk Christiansen 1932 in Dänemark ein Unternehmen gründete, das sich auf die Produktion



Da möchte man wieder Kind sein: Auch Erwachsene lieben es, aus dem Klötzchen-Chaos ein sinnvolles Ganzes zu gestalten

von Holzspielzeug spezialisierte, hat er gutes Gespür bewiesen. Er hat sicher nicht damit gerechnet, dass einmal Chefetagen weltweit tätiger Unternehmen mit seinen Bauklötzchen spielen würden. Bei der Gründung waren die Holzklötze noch als reines Kinderspielzeug gedacht.

Hochstapeln am Konferenztisch

Der Däne war findig und entwickelte seine Produktpalette fortwährend weiter. Mit der Umstellung auf Kunststoff-Spritzguss in den 1950er Jahren kamen die bunten Kunststoffsteine mit den markanten Noppen auf den Markt. Die Umgestaltung der Unterseite der Plastikbausteine ermöglichte schließlich ein sicheres Aufeinanderstapeln. Damit ergaben sich völlig neue Möglichkeiten. Bauteile wie Gara-

gentore wurden hergestellt, Räder und Fahrzeuge ergänzten die Produktpalette.

Die Einführung der Lego-Technik-Serie, bei der auch Zahnräder, Elektromotoren und weitere Technikelemente verbaut werden konnten, war der nächste Entwicklungsschritt und die logische Weiterentwicklung. Dieser Schritt sorgte dafür, dass außer Kindern nun auch Jugendliche zur Kundschaft zählten. Mit der Entwicklung von Themenwelten und Lizenzprodukten wurden komplette Sätze angeboten, die dem Unternehmen dazu verhalfen, sich Platz drei der größten Spielwarenhersteller der Welt zu sichern.

Vom Baukasten mit Kunststoff-Klötzchen und Zahnrädern hin zu einem Strategiespiel für Unternehmer ist es auf den ersten Blick noch ein weiter Weg. Doch

manchmal liegt das Gute nah. Kjeld Kirk Kristiansen, der Enkel des Firmengründers, war in den 1990er Jahren nicht zufrieden mit den Strategieentwicklungsmethoden, die in der Entwicklungsabteilung und der Chefetage von Lego zur Verfügung standen. Konsequenterweise begab er sich auf die Suche nach anderen Möglichkeiten. Und entdeckte sie in der hauseigenen Produktion. In der Zusammenarbeit mit zwei Wissenschaftlern aus Lausanne und dem damaligen Leiter der Lego A/S Produktentwicklung wurde „Lego Serious Play“ entwickelt. Bis die erste spielbare Version fertiggestellt war, vergingen noch einige Jahre.

Schließlich wurde der Spielprozess für Manager, der eigentlich für das Lego-Unternehmen entwickelt worden war, im

Jahr 2010 durch Lizenz auch für andere Firmen zugänglich gemacht. Seither tauchen die Bausätze mit bis zu 6500 Spielsteinen und Figuren auch in vielen Konferenzräumen auf. Inzwischen gibt es verschiedene Strategie-Prozesse wie „Realtime Strategy“ für die ganze Firma oder für das einzelne Management-Team.

Spiel gut für Manager

Für Lego, dessen Name übrigens auf das dänische „leg godt“ – „spiel gut“ – zurückgeht, läuft es damit jetzt auch im Bereich Erwachsenenpiel prächtig. Nicht ganz unschuldig ist die Entwicklung hin zum Informationszeitalter. Angesichts der Informationsflut, die 24 Stunden am Tag über viele Konzerne hereinbricht, setzen Firmen heute vor allem auf Analysen, Zahlenkolonnen und Auswertungen. Damit bleiben jedoch wichtige Elemente wie das intuitive Entscheiden der Kunden oder auch noch unentdeckte Potentiale der eigenen Produkte außen vor. Der spielerische Umgang mit den Bauklötzchen bietet eine andere Herangehensweise, und zwar eine, die Erfolg verspricht.

„Serious Play“ ist kein Marketing-Spaß, die Grundlage für die Erwachsenen-Variante des Lego-Spiels ist wissenschaftlich abgesichert. Forschungen im Bereich Psychologie haben schon vor vielen Jahren gezeigt, dass der Mensch im Spiel am schnellsten lernt. Das gilt nicht nur für Kinder. Jedoch wird der Spieltrieb im Laufe des Lebens schwächer, Erwachsene müssen sich deshalb gezielt an den Tisch setzen, um zu spielen.

Ebenfalls gesichert ist die Erkenntnis, dass die Hände eine enge Verbindung mit dem Gehirn haben und motorische Bewegungen in Kombination mit Denkprozessen zu einem verbesserten Verständnis führen. Außerdem wirkt sich das Spiel motivations- und leistungssteigernd aus. Unternehmer, die sich beruflich an das Experiment mit den Legosteinen herangewagt haben, loben, dass durch das Spiel die Intuition gestärkt wird und damit Ergebnisse erzielt werden, die sonst nicht erreicht werden können. Wenn es im Unternehmen gut flutscht, dann auch dank der kleinen Bausteine.

NATUR

Ein ganz schöner Stinker

Der Wiedehopf ist Vogel des Jahres 2022 – Als „Stinkevogel“ hat er einen recht zweifelhaften Ruf

Die meisten kennen den Vogel des Jahres 2022 sicher nur aus dem alten Kinderlied „Die Vogelhochzeit“, denn darin soll ja bekanntlich der Wiedehopf der Braut den Blumentopf bringen. Schon einmal gesehen haben ihn aber wohl nur die wenigsten. Tatsächlich kommt er in Deutschland höchst selten vor. Man schätzt, dass es nur noch 800 bis 950 Brutpaare gibt.

Der Naturschutzbund NABU und der Landesbund für Vogelschutz in Bayern (LBV) riefen bereits zum zweiten Mal öffentlich zur Wahl des „Vogels des Jahres“ auf. „Gewinner“ wurde für dieses Jahr der spektakulär hübsche Wiedehopf, der – wie wir später erklären werden – auch als Stinkevogel bezeichnet wird. Aber nicht nur wegen seines Aussehens oder seiner Geruchsabsonderung wählte man ihn, sondern auch, weil auch diese Vogelart bedroht ist. Inzwischen ist er auf der Roten Liste der Brutvögel in Deutschland als gefährdet eingestuft.

Etliche Vogelarten sind bereits ausgestorben, andere vom Aussterben bedroht.

Um dem entgegenzuwirken, riefen die Naturschützer diese Wahl ins Leben, um so die Aufmerksamkeit auf bedrohte Vogelarten zu richten. Laut dem Natur-

schutzbund benötigen Wiedehopfe offene, artenreiche Landschaften und Obstgärten zur Aufzucht ihrer Jungen. Vor allem der starke Pestizid-Einsatz und das

damit verbundene Insektensterben machen den Vögeln das Leben schwer. Geeignete Brutplätze, unter anderem in morschen Bäumen, sind dringend nötig, denn diese werden häufig abgeholzt. Auch in Mauerritzen oder alten Spechthöhlen fühlt er sich heimisch und nistet darin.

Weil Wiesen häufig zu Ackerflächen werden, wird für die Wiedehopfe auch die Nahrungssuche immer schwerer. Mit seinem langen, gebogenen Schnabel, der beinahe wie eine Pinzette aussieht, stöbert er am Boden große Insekten, Larven, aber auch Heuschrecken und kleine Eidechsen auf. Die Vögel sind wärmeliebend und in Südwesteuropa, Nordwestafrika sowie von Vorderasien bis Sumatra, aber auch im Baltikum anzutreffen. Bei uns sieht man ihn in wärmeren süddeutschen Gefilden eher als im Norden. Die kalte Jahreszeit verbringt der Zugvogel südlich der Sahara in Afrika.

Der Wiedehopf, dessen lateinischer Name „Upupa epops“ von seinem Ruf, dem dreisilbigen Balzruf „upupup“ her-

rührt, ist einer der auffälligsten heimischen Vögel und gehört zur Ordnung der Rackenvögel (sehr bunte, häufig tropische Vögel). Seine aufstellbare Federhaube, das orange-bräunliche Federkleid und die schwarz-weiß gestreiften Flügel mit Schwanz, dazu der lange gebogene Schnabel, machen aus ihm eine echte Schönheit. Seine Haube, die er nach jeder Landung und bei Erregung aufrichtet, lässt ihn optisch um einiges größer erscheinen. Selbst die ganz jungen Wiedehopfe können schon nach kurzer Zeit ihre Häubchen aufrichten.

Und warum nun eigentlich „Stinkevogel“? Früher gab es vielerorts das Sprichwort „Du stinkst wie ein Wiedehopf“. Das rührte daher, dass Wiedehopf-Weibchen und Jungvögel bei Gefahr ein stinkendes Sekret aus einer Hautdrüse am Ende des Rückens (Bürzel) absondern, um Feinde abzuschrecken. Aber dieses prachtvolle Wesen aus der Tierwelt nun einfach Stinkevogel zu nennen, wäre eine ziemliche Gemeinheit. *Silvia Friedrich*



Spektakuläres Aussehen, aber selten anzufinden: Wiedehopf mit aufgestellter Haube

● FÜR SIE GELESEN

Tödlicher
Widerstand

Arno Esch gilt als Symbol des liberalen Widerstandes gegen die SED-Diktatur. Das aktuell erschienene Buch „Arno Esch“ von Natalja Jeske mit sehr vielen Dokumentationen enthüllt erstmals sein ganzes Leben. Geboren 1928 im Memelland, erlebte er mit seiner Familie das Kriegsende in Mecklenburg und damit in der russischen Besatzungszone. Während die meisten jungen Menschen das Vergangene schnell vergessen wollten, galt das nicht für Esch. Er wollte mitgestalten und trat 1946 der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDP) bei. Grund war deren Aufruf zur Achtung der Menschenwürde und der Freiheit. Eschs Vorbilder waren seine Professoren. Seit Herbst 1946 studierte er Jura an der Universität Rostock.

Jeske sieht bei Esch nüchterne Sachlichkeit und Verslossenheit, andererseits Begeisterungsfähigkeit und „eine ungeheure Angriffslust im Diskutieren“. Dabei ging Esch auf die Zuhörer ein, wollte sie überzeugen, ihre Köpfe gewinnen und dann die Parolen der SED/FDJ widerlegen. Seine vielen Aktivitäten und seine Dynamik brachten ihn bald in den LDP-Landesvorstand.

Dumme westliche Propaganda

Nicht wenige Westdeutsche forderten damals, nach einer Wiedervereinigung auch alle Funktionäre der bürgerlichen Parteien zur Verantwortung zu ziehen. Aus Furcht vor der Schande einer „Entkommunifizierung“ ließen sich manche zu allzu offenen Äußerungen hinreißen – und wurden vom sowjetischen Volkskommissariat des Inneren (NKWD) verhaftet. „Eine unbegreiflich dumme westliche „Ostpropaganda“, schrieb Eschs Mitstreiter Friedrich-Franz Wiese. Um noch etwas Einfluss zu haben, bejahte die LDP die Gründung der DDR und ihre Teilnahme an der Regierung. Zugleich trat Esch für das Entstehen einer „Radikal-Sozialen Freiheitspartei“ innerhalb der LDP ein, die geheim bleiben und erst nach Abzug der Russen in einem offenen politischen Kampf gegen die SED die Macht übernehmen sollte.

Mit seinen sehr vielen legalen Aktivitäten aber wurde Esch zur echten Gefahr für die SED-Staatsjugend. Er wusste um seine persönliche Gefährdung, glaubte aber an seine politischen Freunde – vergebens: Am 18. Oktober 1949 wurden Esch und Wiese verhaftet. In insgesamt 17 Verhören wurden beide zermürbt. Um nicht weitere Mitglieder zu gefährden, nahm Esch alle Schuld auf sich. Obwohl in der UdSSR offiziell die Todesstrafe abgeschafft war, wurden beide dazu verurteilt. Im Gnadengesuch baten beide um eine Umwandlung in eine Freiheitsstrafe. Wegen seines politischen Verhaltens entschuldigte Esch sich jedoch nicht. Das Militärtribunal in Moskau minderte Wieses Strafe in 25 Jahre Arbeitslager. Bei Esch blieb es bei der Todesstrafe, die am 24. Juli 1952 vollstreckt wurde. Zuvor hatte er Mithäftlingen zugerufen: „Ein Arno Esch wird so aufrecht und gerade zu sterben wissen, wie er gelebt hat.“

Friedrich-Wilhelm Schломann



Natalja Jeske: „Arno Esch“, veröffentlicht von der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, Schwerin 2021, gebunden, 451 Seiten, Schutzgebühr 10 Euro

Tipps vom Profi

Ein Haarpraktiker gibt nützliche Hinweise rund um das Thema Haare sowie zur natürlichen Haar- und Kopfhautpflege

FOTO: SHUTTERSTOCK



Der Ratgeber „Haarsprechstunde“ wirkt häufig wie eine Werbebroschüre: Michael Rogalls bietet aber auch einen umfassenden Blick auf die Haar- und Kopfpflege, gibt nützliche Hinweise bei Kopfhautproblemen sowie

Haarausfall und lässt so im Leser den Wunsch keimen, selbst einen Haarpraktiker aufzusuchen. Viele Exkurse verdeutlichen die Außen- und Innenansicht der Haare und bieten konkrete Ansatzpunkte für zu Hause. CRS

Michael Rogall: „Haarsprechstunde“, Herbig in der Franckh-Kosmos Verlags-GmbH, Stuttgart 2021, gebunden, 155 Seiten, 20 Euro

GESELLSCHAFT

Scharfe Kritik an
Linksextremisten

Judith Sevinç Basad, selbst Autorin mit Migrationshintergrund, entlarvt die totalitäre Ideologie der „Social Justice Warriors“

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Sie sei zu weiß, um mit Menschen, die aufgrund ihrer Hautfarbe oder sonstiger Merkmale diskriminiert werden, mitzufühlen. Solche Kritik musste sich Judith Sevinç Basad bereits anhören, als sie die verschwurbelte Ideologie selbsternannter „Social Justice Warriors“, also jener Gutmenschen, die sich vermeintlich für mehr soziale Gerechtigkeit einsetzen, als zutiefst diskriminierend und unaufrichtig entlarvte.

Basad, aus einer türkischen Einwandererfamilie stammend, hat Germanistik und Philosophie studiert und ihren Master zum Thema „totalitäre Tendenzen in der queere-feministischen Bewegung“ geschrieben. Aus eigener Erfahrung als Tochter eines türkischen Gemüsehändlers wehrt sie sich gegen die Oktroyierung einer Opferrolle.

Anhand zahlreicher Beispiele führt Basad mit ihrem Buch „Schäm dich...“ dem Leser die rassistische Haltung der linken Ideologen gegenüber „People of Colour“, also farbigen Mitmenschen, vor Augen. Denn die Aktivistinnen der von den USA ausgehenden Bewegung setzen voraus, dass die weiße Rasse sich als privilegiert ansehe und deshalb jedem Weißen der Rassismus bereits in die Wiege gelegt worden sei. Weiße Männer seien besonders betroffen.

Die Bekämpfung dieses weißen Rassismus nehme oft groteske Züge an, etwa, wenn Studenten im Unterricht dazu angehalten werden, sich schuldig zu fühlen, weil sie Angehörige einer weißen Mehrheitsbevölkerung sind. Zur Überwindung

ihres Rassismus sollen sie zugunsten von Frauen, Farbigen oder Diversen auf eigene Erfolge verzichten. Doch auch hierbei ist Vorsicht geboten: Ein falscher Blick auf einen Farbigen oder gut Gemeintes genügen schon, um von den Aktivistinnen in die Schmutzlecke gestellt zu werden.

Gefährlich werde der Aktivismus, so Basad, wenn er Einfluss auf die Politik gewinnt, wie es die sogenannte Cancel Culture beweist. Diese Ideologie führt zur Änderung von Straßennamen oder dem Umschreiben von Kinderbüchern oder der Geschichte insgesamt. Längst beteiligten sich die Leitmedien in Deutschland an der Verbreitung dieser Ideologie. Gefährlich werde es, wenn linker Extremismus Einzug in die Gesetzgebung halte, wie die Diskussion um die Streichung des Begriffs „Rasse“ aus dem Grundgesetz gezeigt habe.

Basad schreibt gegen die stereotype Einteilung von Menschen. Die Behauptung, dass „die Privilegierten“ allen Einwanderern den sozialen Aufstieg verwehren, habe wenig mit der Realität zu tun. Ein sehr empfehlenswertes Buch für jeden, der spürt, dass etwas schief läuft in der Gesellschaftsentwicklung.



Judith Sevinç Basad: „Schäm dich. Wie Ideologinnen und Ideologen bestimmen, was gut und böse ist“, Westend Verlag, Frankfurt 2021, broschiert, 224 Seiten, 24 Euro

FANTASY

Eine Schule
mit Drachen

Emily Skyes Kinderbuchreihe über die geheimnisumwobene Schule „Sieben Feuer“ steuert auf den sechsten Band zu

VON CHRISTIANE RINSER-SCHRUT

Henry ist ein guter Fußballspieler, bis er eines Tages von seinem bis dahin unbekanntem Cousin aufgesucht wird, der ihm die Nachricht überbringt, er dürfe nach Sieben Feuer zur Schule gehen. Dass ihm in dieser Schule Drachen begegnen, darf keiner wissen, auch seine Mutter nicht.

Bunt, spannend und lustig schreibt Emily Skye, ein Pseudonym, ihr Drachenreiterabenteuer. Wer die Reihe noch nicht kennt, kann sich darüber freuen, nicht lange auf den nächsten Band warten zu müssen. Fünf Bände sind bereits erschienen und der sechste folgt in diesem Monat.

Der erste Band „Die geheime Drachenschule“ erschien 2018. Ihm folgte ein Jahr später „Der Drache mit den silbernen Hörnern“. 2020 erschienen „Die Rückkehr des siebten Clans“ und „Das Erwachen der Blattfinger“. Dem fünften Band „Das Tribunal der Sieben Flammen“ wird sich im Januar der Titel „Die Rebellion der Drachenreiter“ anschließen. Aber damit wird die Reihe noch nicht beendet sein. Es gibt also viel zu lesen, und das macht Spaß. Die Sätze haben keinen komplizierten Aufbau, den Dialogen kann auch ein achtjähriges Kind folgen, und die Kapitel haben eine gute Länge. Immer wieder gibt es schwarz-weiße Illustrationen von Pascal Nölder; der erste Band enthält in der Mitte einen mehrseitigen Farbdruck, die anderen Bände verzichten auf diese bunte Unterbrechung.

Zur Geschichte: Henry kommt nach Sieben Feuer auf die Wolkenburg und soll ein Drachenreiter werden, doch sein Drache will das dazu zwingend notwendige geistige Band nicht knüpfen. Trotzdem schafft es der Junge mit Hilfe seiner ungleichen Freunde, das Band zu seinem Drachen zu knüpfen. In den Geschichten rettet Henry Drachen, Menschen und verhindert immer wieder die böse Mächenschaft der Lady Blackstone. Die Abenteuer spielen auf der nebelumwaberten Insel oder in Großbritannien. Die Hauptfiguren kommen in allen Bänden vor. Aber in jeder Geschichte kommen weitere Charaktere hinzu, sodass sich Henrys Erlebnisse nicht eins zu eins wiederholen.

Über drachenstarke Freundschaft

Wer lieber ein Hörbuch konsumiert, hat mit Philipp Schepmann einen echten Köhner in der Konserve. Schepmanns angenehme Stimme birgt eine große Vielfalt an Klangfarben. Jeder Charakter wird gleich erkannt. Die gekürzten Hörbuchversionen, die je zehn Euro für zwei CD kosten, glätten einige Stolpersteine des ersten Bands, die aber beim Lesen nicht weiter ins Gewicht fallen.



Emily Skye: „Die geheime Drachenschule – Das Tribunal der Sieben Flammen“, Baumhaus Verlag, Köln 2021, gebunden, 320 Seiten, 12 Euro

TRAKEHNER-VERBÄNDE

Alle zusammen für das edle Rassetier

Dank engagierter Menschen gelang es, nach der Flucht aus Ostpreußen die Pferde zu erhalten

VON JULIA HANSEN

Nicht weniger als fünf Institutionen kümmern sich seit Jahrzehnten um das Trakehner Pferd, die Zucht, sportliche Förderung, Wahrung des Andenkens und vor allem um den Zusammenhalt der Menschen, denen die Tiere aus Ostpreußen am Herzen liegen.

Der Trakehner Verband

Wie kein Zweiter hat Fritz Schilke, in Königsberg Geschäftsführer der ostpreussischen Stutbuchgesellschaft, zusammen mit dem Vorsitzenden der Organisation, Siegfried Freiherr v. Schroetter, nach dem Krieg dafür gesorgt, dass die Zuchtorganisation Fortbestand hatte. Am 23. Oktober 1947 konstituierte sich in Hamburg der „Verband der Züchter und Freunde des Warmblutpferdes Trakehner Abstammung e.V.“, kurz „Trakehner Verband“. 1962 fand der erste Trakehner Hengstmarkt, also die Körung der Hengste, in Neumünster statt. Heute verzeichnet der Verband über 3500 Mitglieder, 2500 Stuten sind in der Zucht und über 140 Hengste stehen zur Verfügung. Der Trakehner Verband mit Sitz in Neumünster führt mehrere internationale Veranstaltungen im Jahr durch, allein beim Jahres-Höhepunkt, der Körung und Elite-Auktion im Herbst, sind Gäste aus fast 20 Nationen vertreten. Aktuelles sportliches Aushängeschild des Verbandes ist die Stute TSF Dalera BB, die mit Jessica von Bredow-Werndl in diesem Jahr nicht nur Deutsche Meisterin in der Dressur wurde, sondern auch Olympiasiegerin in Tokio und Europameistern im eigenen Land.

www.trakehner-verband.de

Der Trakehner Förderverein

Einfach hatte es kein Pferdezüchterverband nach dem Zweiten Weltkrieg. Doch im Gegensatz zu den Züchtern in Westdeutschland standen die Trakehner vor dem Nichts. Hier galt es schnell, die Initiative zu ergreifen. Und das tat der Ostpreuße Dietrich von Lenski als Gründer des Vereins, später Vorstandsmitglied und Ehrenmitglied im Trakehner Verband.

Die Tradition, das Wissen um Ostpreußen, seine Pferde und Menschen sollte auch auf andere Weise einer breiten Öffentlichkeit vermittelt werden. Der Trakehner Förderverein wurde geboren. Pragmatische Hilfe war gefragt: Züchter des Trakehner Pferdes mit wertvollem Zuchtmaterial erhielten auf begründeten Antrag hin Beihilfen. Das war erst der Anfang. Denn nun musste auch der Sportgedanke, der das Zuchtziel bestimmte, nach vorn getragen werden. Seit Mitte der 1990er Jahre ist TSF, die Trakehner Sportpferde-Förderung, zur Talent-schmiede geworden. Schon die erste Maßnahme griff aufs Beste: Mit der US-Amerikanerin Michelle Gibson wurde Peron TSF bei den Olympischen Spielen von Atlanta 1996 Fünfter in der Einzelwertung. Mittlerweile genießen diverse Pferde und Reiter eine gezielte Ausbildungsförderung. Über sogenannte TSF-Lehrgänge werden talentierte Trakehner und deren Reiter gefördert und auf den turniersportlichen Einsatz vorbereitet. Trainingseinheiten bei Bundestrainern oder namhaften Trainern sorgen darüber hinaus für eine konsequente sportliche Weiterentwicklung.

Die Mittel für die Erhaltung dieser ältesten Reitpferderasse Deutschlands werden ausschließlich von privater Seite aufgebracht. www.trakehnerfoerderverein.de



Olympiasieger: Jessica von Bredow-Werndl mit der Stute TSF Dalera BB

Foto: Trakehner Verband

Die Trakehner-Turniersport-Gemeinschaft (TTG)

Anlass für die Gründung der Trakehner-Turniersport-Gemeinschaft war die Finanzierung des Trakehner Bundesturniers ausschließlich durch Sponsoring sowie persönliche und private Spenden. Das Trakehner Bundesturnier ist eine deutschlandweit einzigartige Veranstaltung, bei der sich ausschließliche Trakehner dem sportlichen Wettbewerb stellen. Als eingetragener gemeinnütziger Verein ist es der TTG möglich, den großzügigen Spendern steuerlich absetzbare Spendenquittungen auszustellen. Die TTG hat es sich weiterhin zur Hauptaufgabe gemacht, gezielt Nachwuchspferde zu sichten und zu fördern, um sie in den großen Sport zu bringen. Aber die TTG macht noch viel mehr und unterstützt in zahlreichen Einzelprojekten die Bewahrung des Kulturguts des Trakehner Pferdes, zum Beispiel auch durch Jungzüchterreisen nach Trakehnen.

Stiftung Trakehner Pferd

Ebenfalls von Dietrich von Lenski gegründet, fördert die Stiftung Trakehner Pferd seit über 30 Jahren Projekte rund um das

Trakehner Pferd. Lange hat sie sich für den Erhalt des Schenkelbrandes stark gemacht. Die Stiftung stellt Fördermittel für Landes- und Bundesstutenschauen und das Internationale Trakehner Bundestur-

nier zur Verfügung, veröffentlicht Publikationen zum Trakehner und sichert wertvolle Dokumente und Kunstobjekte. Sie wird heute geleitet von dem Original-Ostpreußen Hubertus Hilgendorff. Es be-



Trakehnen: Das Landstallmeisterhaus mit dem Tempelhüter-Standbild

steht eine Kooperation mit dem Deutschen Pferdemuseum in Verden und dem Ostpreussischen Landesmuseum in Lüneburg. Und ebenfalls seit langer Zeit unterstützt die Stiftung Trakehner Pferd den Hengstmarkt in Neumünster mit besonderen Ehrenpreisen. Sie finanziert ihre Arbeit aus Erträgen des Stiftungskapitals sowie aus Spenden, Vermächtnissen und Erbschaften.

www.trakehner-verband.de

Der Trakehnen Verein

1732 wurde das königliche Stutamt Trakehner durch den preußischen König Friedrich Wilhelm I. gegründet und damit der Grundstein für die weltberühmte Pferdezüchtung gelegt. Der Mythos Trakehnen hat den Krieg und die fluchtartige Räumung des Hauptgestüts im Jahre 1944 in seinen Pferden überlebt. Trakehner Pferde werden auf allen Kontinenten gezüchtet. Anders Trakehnen heute: Es liegt im russischen Teil Ostpreußens und heißt heute Jasnaja Poljana. Die traditionsreichen Anlagen des ehemaligen Hauptgestütes drohen nach über 280-jähriger Geschichte zu verfallen. Deshalb hat sich vor über 25 Jahren der „Verein der Freunde und Förderer des ehemaligen Hauptgestüts Trakehnen“ gegründet.

Im Einvernehmen mit der örtlichen Bevölkerung und den russischen Behörden soll das Kulturerbe bewahrt werden. Gleichzeitig ist die Erhaltung des ehemaligen Landstallmeisterhauses und des damaligen Reitburschenhauses ein wichtiger humanitärer Beitrag, da sie seit Ende der 1940er Jahre als Schule genutzt werden. Der Trakehnen Verein möchte das hippologische Kulturdenkmal der Pferdezüchtung mit seiner über 280-jährigen Geschichte erhalten, das Andenken an das Gestüt mit seinen Pferden und Menschen durch die Errichtung des dortigen Museums wahren sowie die Völkerverständigung durch den Jugendaustausch mit der dortigen Schule und einer Schule in der Bundesrepublik fördern.

www.trakehnenverein.de

Entwicklung der Trakehner-Zucht nach dem Zweiten Weltkrieg

Neuanfang im Westen Von der 30.000 Kopf starken Population erreichten lediglich knapp 1000 Tiere den rettenden Westen. Nur 27 Stuten aus dem Hauptgestüt Trakehner kamen in der heutigen Bundesrepublik an. Trakehner leben dennoch weiter.

Verband der Züchter und Freunde des Warmblutpferdes Trakehner Abstammung Bereits am 23. Oktober 1947 konstituierte sich in Hamburg der „Verband der Züchter und Freunde des Warmblutpferdes Trakehner Abstammung e.V.“, kurz „Trakehner Verband“.

Trakehner Hengstmarkt 1962 fand der erste Trakehner Hengstmarkt in Neumünster statt, der bis heute zu den gefeierten Veranstaltungshöhepunkten im Jahr zählt und von Gästen aus der ganzen Welt besucht wird. Heute genießen Trakehner in den sportlichen Disziplinen und wegen ihrer Vielseitigkeit hohes Ansehen, und Züchter, Freunde und Förderer der edlen Pferderassen sorgen für ihr Fortbestehen rund um den Globus.

● AUFGESCHNAPPT

Der zeitgeistige Hofdichter ist wieder gefragt. In der „Süddeutschen Zeitung“ fordern die preisgekrönten Schriftsteller Mithu Sanyal, Simone Buchholz und Dmitrij Kapitelman: „Deutschland braucht eine Parlamentspoetin.“ So die Schlagzeile, notfalls darf es wohl auch ein Mann sein. Vorbild ist Kanada. Dort fungiert eine Dichterin vom Creek-Indianervolk an dieser Stelle. Das Amt beim Bundestag solle alle zwei Jahre neu besetzt werden, und zwar „so divers wie nur irgend möglich“. Angetan zeigte sich die grüne Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt. Sie möchte „den Impuls der Autor:innen gerne aufnehmen“. Schriftstellerin Buchholz hat schon genauere Vorstellungen. „Parlamentspoet“ solle jemand sein, der „den Betrieb stört“ und sich beispielsweise „zwei Jahre lang nur mit Rüstungslobbyismus beschäftigt“. Oder „eine junge türkischstämmige Rapperin“. Oder – ganz konkret und auch ihren akustischen Vorlieben treu bleibend – „der Rapper ‚Haftbefehl‘, so jemanden fände ich wahnsinnig interessant“. E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Ulf Poschardt prangert in der „Welt“ (8. Januar) den Umgang mit Kindern in der Pandemie an, der dazu geführt habe, dass sich die Zahl der Kinder, die wegen eines Selbstmordversuchs auf der Intensivstation gelandet sind, vervierfacht habe:

Die vulnerablen Gruppen wurden schlecht geschützt. Und die vulnerabelste Sache der Welt, die Kinderseele, wurde vielfach missbraucht und geschändet ... Schulschließungen, die üble Rhetorik, Kinder zu potenziellen Oma-und-Opa-Umbringern zu machen, der fahrlässige Umgang mit Studien zum Infektionsrisiko ‚Kinder‘ – all das hat zu falschen Entscheidungen geführt. Die kinderlose Kanzlerin sagte vor einem Jahr: ‚Will mir nicht anhängen lassen, dass ich Kinder quäle.‘ Doch genau das hat ihre Politik getan und die der Ministerpräsidenten.“

Stefan Schubert hegt tiefes Misstrauen gegenüber der staatlichen Pandemiepolitik. Auf „kopp-report.de“ (8. Januar) äußert er einen finsternen Verdacht:

„Beinahe die gesamte Welt öffnet sich und sieht in der milden Omikron-Variante die Möglichkeit einer natürlichen Immunisierung. Nur Deutschlands Politiker handeln genau gegensätzlich ... Beinahe wirkt es so, als ob die Politik eine gezielte Eskalation betreibt, um die neue Massenbewegung aus Demonstrationen und Spaziergängen erst zu diffamieren und dann zu kriminalisieren.“

Marco Gallina erklärt auf „Tichys Einblick“, (10. Januar), warum die einst als rebellisch geltende politische Linke heute immer stärker nach harten Maßnahmen des Staates gegen oppositionelle Bürger ruft:

„Seit dem Auftauchen der politischen Linken in der Französischen Revolution hat diese unter Beweis gestellt, dass sie mit demselben moralischen Anspruch, mit dem sie Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit suggeriert, diese wieder davonfegen kann, wenn es der Ausmerzungen vermeintlicher Freiheitsfeinde dient. Das Beispiel der nach Schlagstöcken und Wasserwerfern rufenden Linken gegen Corona-Demonstranten zeigt demnach nur eines: wie sehr die politische Linke das gegenwärtige Deutschland als ihr ureigenes Geschöpf betrachtet.“

Alexander Wendt konstatiert in seinem Blog „publicomag.com“ (6. Januar) eine gefährlich um sich greifende Freiheitsverachtung in Deutschland:

„Noch nie war der illiberale Block so breit und selbstzufrieden wie heute. Der Grundkonsens der alten Bundesrepublik darüber, was Bürgerrechte bedeuten, löst sich auf.“

● WORT DER WOCHE

„Ich möchte mir nicht aufzwingen lassen, so zu reden wie eine kleine Gruppe von Menschen, die glauben, den Stein der Weisen zur Verbesserung der Gesellschaft gefunden zu haben.“

Jürgen von der Lippe, TV-Unterhalter, erklärt im „Spiegel“ (9. Januar), warum er Gendersprache boykottiert

DER WOCHENRÜCKBLICK

Kommen Sie noch mit?

Wie Christian Lindner seinen Schwenk begründet, und warum Olaf Scholz kalte Füße bekommt

VON HANS HECKEL

Worüber regen die sich eigentlich so auf? Egal, wohin man blickt: In bald jedem noch so kleinen Städtchen und längst auch zahllosen Dörfern des Landes versammeln sich immer größere Gruppen, oftmals viele tausend Leute, zum „Spaziergang“ gegen die Corona-Politik. Im Zentrum des Verdrusses steht die angepeilte Impfpflicht.

Dabei ist das Vorhaben doch sehr gut begründet! Vor der Wahl hieß es aus Politiker-mund zwar noch, dass es niemals zu einer Impfpflicht kommen werde – heiliger Eid! Besonders FDP-Chef Lindner hat sich da aus dem Fenster gelehnt, was man von ihm als Chef einer sich liberal nennenden Partei ja auch erwarten durfte.

Doch kaum war die Bundestagswahl durch, änderte sich die Ansage. Lindner begründet seinen jähen Seitenwechsel damit, dass sich ja auch die Lage geändert habe, worauf die Politik schließlich reagieren müsse. Niemand kann es bestreiten, da hat er recht: Tatsächlich stehen wir vor einer wesentlich anderen Situation als im vergangenen September. Die damals dominierende Delta-Variante ist durch Omikron verdrängt worden, das die spanische Regierung zur gewöhnlichen Grippe herabgestuft hat, weil die neue Mutante deutlich mildere Verläufe auslöst als ihre Vorgänger und deshalb eher mit einer Influenza vergleichbar sei als mit einer menschenbedrohenden Pandemie.

Diese Veränderung nimmt die deutsche Politik also zum Anlass, die Maßnahmen noch einmal drastisch zu verschärfen und den Zwang zum Impfen ins Spiel zu bringen. Sollte eine auf Omikron folgende Variante bei Durchschnittsgesunden nur noch einen bedeutungslosen Schnupfen hervorrufen, müssen wir wohl damit rechnen, dass Christian Lindner empfiehlt, den Deutschen nur noch im absoluten Ausnahmefall das Verlassen des Hauses zu erlauben – wegen der „veränderten Lage“.

Diesem Verständnis von Logik entspricht der Zeitplan zur Einführung der Pflicht. Erst einmal solle es Ende Januar eine „umfassende Orientierungsdebatte“ im Bundestag geben. Und wozu? Wer muss sich denn noch orientieren, wo bis auf die AfD-Spitze und Wolfgang Kubicki doch alle Parteiführungen längst für den Zwang sind? Es kommt noch

besser: Im Februar findet wegen des Karnevals nur eine Sitzungswoche statt, sodass nicht vor der Woche ab dem 14. März mit einer Entscheidung zu rechnen sei, wie der „Tagesspiegel“ aus Koalitionskreisen erfahren haben will. Und dann muss der Bundesrat zustimmen, der aber erst wieder am 8. April tagt. Vor Anfang Mai werde das mit der Impfpflicht also nichts. Und wenn erst noch ein zentrales Register aufgebaut werden muss, in dem alle Geimpften verzeichnet sind, eher nicht vor Juni.

Fassen wir kurz zusammen: Es ist (fragen Sie Lauterbach!) höchster Alarm! „Die Politik muss handeln!“ Aber der Karneval hat Vorrang, da muss der Alarm warten. Der Bundesrat wiederum folgt seinem ganz eigenen Terminkalender, den er unter keinen Umständen anpassen kann. Und schließlich fordert die deutsche Statistik-Bürokratie ihr Recht, bevor auch nur irgendwas läuft.

Die bestechende Logik des Ethikrates

Wie können diese „Spaziergänger“, die Schwurbler und Verschwörungsdingstas nur auf den absurden Verdacht kommen, dass uns die Politik mit ihrem ständigen Panikprogramm eine Bären aufbindet? Ja, wie können die nur?

Interessant ist auch die Haltung des „Deutschen Ethikrates“ zur Impfpflicht. Unlängst noch lehnte das Gremium die Pflicht ab, nun ist es dafür, hat im Gleichklang mit der Regierung seine Richtung um 180 Grad gedreht. Selbstredend auch nur deshalb, weil sich eben die Lage verändert hat.

Die Ablehnung einer Pflicht begründete der Ethikrat unter anderem damit, dass ja gar nicht klar sei, ob man per Impfung vollständig vor einer Infektion geschützt sei. Heißt: Solange der zuverlässige Schutz vor Infektion durch eine Impfung nicht erwiesen ist, fehlt der Impfpflicht die ethische Grundlage.

Da hat sich der Kenntnisstand bekanntermaßen deutlich verbessert. Heute wissen wir, dass uns die Impfung NICHT vor Ansteckung und Erkrankung schützt (sondern den Krankheitsverlauf bestenfalls lindert). Jetzt aber findet der Ethikrat eine Impfpflicht auf einmal vertretbar. Kommen Sie noch mit?

Müssen Sie auch gar nicht. Denn möglicherweise kommt sowieso alles ganz anders. Wissen Sie, was meine Furcht vor der Impfpflicht ganz wesentlich verringert hat? Es war das schöne Wort „Zentrales Impfreister“. Da sitzt eine Gesundheitsbürokratie, die

Zur Impfpflicht gibt es keine Alternative, denn es ist höchster Alarm! Doch der Karneval hat erst einmal Vorrang



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de